



Auf gegleist

Rückblick auf das erste Jahr der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden

Verena Schwander, Präsidentin der KESB Emmental, über Aufbauarbeiten, Qualität und die Rolle der Sozialarbeitenden ► 38



Arme sind kränker

Soziale Ungleichheit und Gesundheit in der Schweiz ► 34



Soziale Arbeit ist...

Lesen Sie den Gastartikel von «Integratör» Müslüm – für die Extraportion «Süpevitamin» ► 13

Fachbereich

- 4 Development Center im Bachelor:
Stimmen zur ersten Durchführung
- 6 Utopie oder bald Realität?
Bedingungsloses Grundeinkommen
- 8 Zugänge zur Systemtheorie:
Die Schnittstelle von Theorie und Person
- 12 News & Infos
- 13 Gastbeitrag: Soziale Arbeit ist...
von Müslüm

Soziale Intervention

- 14 Wirkungen der Sozialhilfe:
Unterstützungsprozesse und ihre Effekte
- 20 Weiterbildung

Soziale Organisation

- 22 Zunehmende Etablierung der
Schulsozialarbeit im Kanton Bern
- 24 Offene Kinder- und Jugendarbeit:
Gemeinden in der Verantwortung
- 27 Weiterbildung und Aktuelles

Soziale Sicherheit

- 28 Leistungsbezugsverläufe und Risikoprofile
von neuen Arbeitslosen
- 31 Öffnet sich die Schere zwischen
Arm und Reich?
- 34 Soziale Ungleichheit und Gesundheit:
Arme sind kränker
- 36 Weiterbildung und Aktuelles

Sozialisation und Resozialisierung

- 38 Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden
arbeiten auf Hochtouren
- 41 Hilfe bei der Einschätzung des Kindeswohls
- 43 Neue Perspektiven für junge Erwachsene
in der Sozialhilfe
- 47 Weiterbildung

Institut Alter

- 48 Internet macht «Best Ager» nicht
glücklicher – aber es hilft
- 50 «Befähigen statt helfen» in bernischen
Alters- und Pflegeheimen
- 53 Weiterbildung und Aktuelles

6



Foto: Stefan Bohrer

28



43



50





Johannes Schleicher
Leiter Fachbereich Soziale Arbeit
johannes.schleicher@bfh.ch

...auf höchstem Niveau?

Es war im gezeichneten und gebeutelten Armenien, dass wir wieder in die Lage kamen, unseren Kolleginnen den Sozialstaat Schweiz zu erklären. Ich hatte das kürzlich schon vor Bachelor-Studierenden am Kap der Guten Hoffnung versucht. Es fällt mir schwer, aber ich weiss nicht, warum. Es ist, als hätte ich eine Botschaft zu rechtfertigen, wie sie der alzheimerkranke Vater dem Sohn Arno Geiger verkündet («Der alte König in seinem Exil»): Das Leben ist ohne Probleme auch nicht leichter.

Was hat man denn hier für Probleme? Dass einem Leute im Hauseingang übernachten würden, wenn man nichts tut? Dass man weiss – aber kaum sieht –, dass es auch hier eine kleine Sockelarbeitslosigkeit gibt? Dass im Nachbarquartier Männer ihre Kinder oder Frauen schlagen? Dass wir verlernt haben, den Tod hinzunehmen? Dass viele Menschen im Winter trübsinnig und des Lebens überdrüssig werden? Dass Krieg schon lange her – aber noch immer nicht weit weg ist?

Ein Blick auf die Beiträge im neuen «impuls» zeigt, dass im Mittelpunkt der Interessen unseres Fachbereichs trotzdem die ganz elementaren Fragen stehen: die Sicherung der Existenz und die Prävention und Bewältigung grundlegender menschlicher und zwischenmenschlicher Daseinskrisen. Es geht uns noch immer um die Grundlagen. Um das Minimum an Sicherheit, das alle Menschen brauchen, um sich als Teil der Gesellschaft zu empfinden und wo möglich zu entfalten. Die politische und individuelle Gewährleistung dieser Grundsicherheit gehört offenbar auch dort zum Kernauftrag von Sozialarbeit, wo Überlebenskampf den Alltag nicht mehr prägt.

Impressum

Herausgeberin: Berner Fachhochschule BFH,
Fachbereich Soziale Arbeit
Erscheinungsweise: 3-mal jährlich
Auflage: 10 600 Explare
Redaktion: Brigitte Pfister, Denise Sidler Kopp
Fotos: Alexander Jaquemet, Marius Schären, Martin
Bichsel, Jan Zychlinski, Rolf Siegenthaler und weitere

Layout: Studio Longatti, Biel
Druck: Schlaefli & Maurer AG, Uetendorf
Copyright: Texte und Bilder sind urheberrechtlich
geschützt. Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Genehmigung der Redaktion.
Abonnement: soziale-arbeit.bfh.ch/impuls
ISSN 1661-9412

Development Center

im Bachelor: Stimmen zur ersten Durchführung

Mit 174 Studierenden und 29 Coachs ist im September 2013 das erste speziell für den Bachelorstudiengang Soziale Arbeit entwickelte Development Center durchgeführt worden. Die Logistik war herausfordernd, der Aufwand gross. Hat es sich gelohnt? Die Verantwortliche des Moduls, ein Coach und zwei Studierende berichten.

Der Auftakt ist geglückt

«Als wir vor etwas mehr als einem halben Jahr mit der Entwicklung des Development Centers (DC) begannen, wussten wir noch nicht im Detail, was auf uns zukommen würde.

Den Stein ins Rollen brachte die Curriculumsrevisi-on. Sie hatte zum Ziel, ein Studienprogramm auszuarbeiten, das u.a. die Sozial- und Selbstkompetenzen der Studierenden noch stärker fördert. Ein Modul, bestehend aus einem halbtägigen DC zu Beginn des Studiums und anschliessenden Einzelcoachings verteilt über das Studium zur Weiterentwicklung der Kompetenzen, zeigte sich nach gründlicher Evaluation verschiedener Möglichkeiten als das geeignetste Modell, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Im Gegensatz zu einem Assessment Center, welches einer Eignungsabklärung gleich kommt, handelt es sich bei einem DC um eine Standortbestimmung zur Initialisierung einer Entwicklung. Im Bachelorstudiengang Soziale Arbeit gilt diese Bestimmung den individuellen Sozial- und Selbstkompetenzen der Studierenden – eine Neuheit in der Hochschulausbildung für Soziale Arbeit.

Für das Development Center entwickelten vier Dozentinnen und wissenschaftliche Mitarbeiterinnen unter Einbezug eines externen Beraters eine Reihe von Aufgaben. Während des DC lösen die Studierenden diese Aufgaben alleine oder in Gruppen. Geschulte DC-Assessorinnen und -Assessoren beobachten sie dabei und geben ihnen im Anschluss individuelle Feedbacks zum beobachteten Verhalten.

Die erste Durchführung wurde von allen Beteiligten mit Spannung, Nervosität und teilweise auch etwas Skepsis erwartet. Eine sorgfältige und bis ins Detail reichende Organisation entpuppte sich neben den Schulungen der DC-Assessorinnen und -Assessoren als wichtigster Pfeiler des DC.

Die Rückmeldungen zeigen: Die Studierenden schätzen die Möglichkeit einer Standortbestimmung zu Beginn des Studiums und sind positiv überrascht von der Variation der Aufgaben. Die Befürchtung, dass sie nur am PC sitzen und Wissensfragen beantworten müssen, zerschlug sich schnell.

Die individuellen Feedbackgespräche erlebten viele Studierende als positiv und bereichernd. Sie waren überrascht, dass eine «fremde Person» sie innert eines halben Tages so treffend einschätzen konnte. Es gibt aber auch Studierende, die sich durch die Rückmeldungen in Schubladen gesteckt fühlen und dem DC eher kritisch gegenüberstehen.

Die Herausforderung besteht nun für alle Studierenden darin, auf der Grundlage der Feedbacks persönliche Lernziele im Bereich der Sozial- und Selbstkompetenzen zu definieren und kontinuierlich an ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu arbeiten. Dieser Schritt ist für einzelne mit freudiger Gespanntheit, für andere mit Unsicherheit und Skepsis verbunden. Professionelle Coachs sorgen im Rahmen der individuellen Einzelcoachings für die nötige Unterstützung und Begleitung. Der Umstand, dass die DC-Assessorinnen und -Assessoren zugleich auch die Rolle als Coach übernehmen, erweist sich dabei als wichtig, da sie die Standortbestimmung vorgenommen und bereits eine Beziehung zu den jeweiligen Studierenden initiiert haben.

Eine kontinuierliche Evaluation der Erfahrungen der Studierenden und DC-Assessorinnen und -Assessoren wird zeigen, inwiefern sich das Modell «Development Center mit anschliessenden Einzelcoachings» bewährt und die Förderung der Sozial- und Selbstkompetenzen erreicht werden kann. Eine erste Auswertung zeigt: Der Auftakt ist geglückt. Mit Schwung, Zufriedenheit und Begeisterung aus der ersten DC-Durchführung geht es nun an die Weiterentwicklung.»

Judith Studer, Modulverantwortliche
«Coaching Selbst- und Sozialkompetenz»
judith.studer@bfh.ch

Gestern – Heute – Morgen

«Nein, das DC ist nicht Schnee von gestern, auch wenn die erste Durchführung nun hinter uns liegt. Unzählige werden noch folgen. Und so ist es angemessen, sich Gedanken darüber zu machen, was gut war, wo wir momentan stehen und was es in Zukunft zu optimieren gilt.

Gestern: Ich war von der Gesamtorganisation des DC sehr beeindruckt. Alles hat geklappt – von den Schulungen im Vorfeld bis hin zu den in jedem Zimmer vor-



Judith Studer



Silvia Schmuckli



Claudia Schanz-Bärtschi



Kevin Lerjen

handenen Arbeitsmaterialien. Diese Rahmung war äusserst hilfreich. Die Studierenden waren zu Beginn einigermaßen nervös, obwohl sie wussten, dass es sich nicht um eine Prüfungssituation handelte. Auch ich als Coach war aufgeregt.

Für den Start ins DC hätte ich mir mehr Zeit gewünscht; Zeit, gemeinsam mit den Studierenden in diesem speziellen Setting anzukommen. Im Verlaufe des DC wurde die Stimmung jedoch gelöst. Es wurde viel gelacht.

Zur Erfassung der Selbst- und Sozialkompetenzen fand ich diejenigen Aufgaben geeignet, bei denen die Studierenden kontrovers diskutierten.

Kürzlich habe ich mit «meinen» Studierenden die Feedbackgespräche geführt. Interessant war, dass meine Beobachtungen und die Selbsteinschätzungen der Studierenden nicht weit auseinanderlagen. Wir haben Themen gefunden, an denen die Studierenden arbeiten wollen. Die angebotenen Coachings werden mit Wohlwollen entgegengenommen.

Heute: Wir Coachs setzen uns nun zusammen und diskutieren die Stärken und Schwächen des Development Centers aus unserer Sicht. Was soll beobachtet werden und was konnten wir rückblickend tatsächlich beobachten? Diese Auseinandersetzung mit dem ersten DC bildet die Basis für die noch kommenden. Auch die Studierenden werden um Feedback gebeten.

Morgen: Auf das nächste DC freue ich mich. Ich bin gespannt, wie die Erkenntnisse aus diesem Jahr einfließen werden. Ich rechne damit, dass sich das Development Center stetig weiterentwickeln wird.»

Silvia Schmuckli, Coach
s.schmuckli@bluewin.ch

Es entstanden witzige Situationen, die im normalen Alltag so wohl nie zu Stande gekommen wären

«Die Gruppen- und Einzelarbeiten im DC waren, obwohl ich solche Veranstaltungen schon einige Male erlebt hatte, sehr interessant und spannend. Es war nicht einfach, das Ganze nicht als «Prüfung» anzusehen, und so verhielten wir uns alle zwischendurch etwas kompliziert und gehemmt. Es war schwierig, die Coachs einzu-

schätzen und zu erkennen, was sie genau beobachteten. Zwischendurch entstanden witzige Situationen, die im normalen Alltag so wohl nie zu Stande gekommen wären. Ich habe das Gefühl, dass wir in unseren Gruppen gute Teamarbeit geleistet haben und es für alle ein guter und erfahrungsreicher Nachmittag war. Ich habe neue, aber auch bekannte Handlungsweisen bei mir beobachtet.

Nach dem DC stand das Gespräch mit dem Coach an. Für mich war dieses Gespräch ein sehr positives Erlebnis. Ich war gespannt und etwas nervös. Ich wusste nicht, was mich dort erwartet und was von mir erwartet wird. Im Gespräch meldete mir mein Coach zurück, welche Stärken und Schwächen sie bei mir sah – zum Teil Bekanntes und zum Teil Erstaunliches. Es war ein gutes Gespräch und ich freue mich bereits auf unser nächstes.»

Claudia Schanz-Bärtschi, Studentin
schac3@bfh.ch

Fantasie, Improvisationskünste und Kreativität waren gefordert

«Mit ein wenig Ungewissheit und Nervosität, aber natürlich auch mit einer gehörigen Portion Vorfreude trat ich das Development Center an. Den ganzen Nachmittag lang absolvierte man in einer Gruppe diverse, mehr oder auch weniger anspruchsvolle Übungen. Es waren Fantasie, Improvisationskünste und Kreativität gefordert. Was mir besonders in Erinnerung bleibt, ist das Feedback, welches man sich nach jeder Übung innerhalb der Gruppe gab. Auch war es sehr interessant zu entdecken, wie man selbst in einer komplett unvorbereiteten Situation innerhalb einer Gruppe agiert und reagiert. Das DC war sehr kurzweilig und äusserst interessant. Für mich persönlich war das anschliessende Feedbackgespräch mit dem Coach sehr lehr- und aufschlussreich. Die verschiedenen Situationen und das eigene Verhalten wurden dabei analysiert und besprochen. Der Coach gab mir Tipps und Verbesserungsvorschläge für die eigene Selbst- und Sozialkompetenz mit auf den Weg.»

Kevin Lerjen, Student
lerjk1@bfh.ch

Utopie oder bald Realität?

Bedingungsloses Grundeinkommen



Annina Tischhauser
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
annina.tischhauser@bfh.ch

Seit vergangenem Oktober ist es definitiv: Das Stimmvolk wird in zwei, drei Jahren über die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen abstimmen. Damit gewinnt eine Debatte weiter an Fahrt, die zunächst eher milde belächelt als ernsthaft geführt wurde. Zu unwahrscheinlich schien es, dass das alte, nun von einer bunt zusammengewürfelten Trägerschaft neu lancierte Anliegen eines Grundeinkommens zu bewegen oder gar zu überzeugen vermag. Der Verein «SOZ Bern» lud Anfang November 2013 zur Diskussion.

Die Idee der Initiantinnen und Initianten scheint in der Tat utopisch: Jeder Mensch in der Schweiz, egal ob erwerbstätig oder nicht, erhält ein Grundeinkommen zur Existenzsicherung, ein Leben lang. Damit soll «ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben» möglich sein, wie es im Initiativtext heisst – und für jene, die es nicht so nötig haben, mehr Selbstbestimmung, Kreativität und Eigenverantwortung. Ein mutiges, streitbares Anliegen. Denn: Ist den Menschen das zuzutrauen? Kann sich die Schweiz das leisten? Und: Welche Probleme unserer Zeit würden damit überhaupt gelöst?

Sozialarbeitende von der Thematik unmittelbar betroffen

Dass diese Fragen inzwischen landauf, landab ernsthaft diskutiert werden, zeigte auch das grosse Interesse an der Veranstaltung der «Soz Bern» (vgl. Kasten). Auch und gerade aus Sicht der Sozialarbeitenden greift die Initiative wichtige Problemfelder auf, wie eine Mitarbeiterin des Bieler Sozialdienstes anschaulich darlegte: Ein grosser Teil ihrer Klientinnen und Klienten könnte mit einem Grundeinkommen in der vorgeschlagenen Höhe von CHF 2500 im Monat auf den stigmatisierenden Gang aufs Sozialamt verzichten. Den Sozialarbeitenden würde also (endlich) die Arbeit ausgehen? Im Gegenteil, ist eine Studentin überzeugt: Ein Grundeinkommen führe nicht, wie mancherorts befürchtet und aus liberaler Sicht teilweise auch gewünscht, zum Totalabbau des Sozialstaats. Die Soziale Arbeit erhielte vielmehr die Chance, sich jenseits der Existenzsicherung und der erdrückenden Bürokratie neu zu definieren.

Kein «linkes» Anliegen

Blaise Kropf, Grossrat der Grünen und Gegner der Initiative, machte klar, dass beim Grundeinkommen nicht von einem «linken» Anliegen die Rede sein kann: Ein Grundeinkommen werde die Wirtschaft dazu verleiten, die Löhne nach unten zu korrigieren und nehme dem Kampf um existenzsichernde Löhne den Wind aus den Segeln. Darüber hinaus sei die Entkoppelung von Arbeit und Erwerb unserer Gesellschaft nicht zuzumuten und wäre der Werthaltigkeit von Erwerbsarbeit abträglich. Dem muss zustimmen und widersprechen, wer in dieser Debatte die heute unbezahlte Arbeit in den Blick nimmt: Der «privaten» Betreuungs-, Pflege- und Hausarbeit, die 50 Prozent aller geleisteten Arbeitsstunden entspricht, wird gesellschaftlich in der Tat nicht annähernd die gleiche Anerkennung zuteil wie Erwerbsarbeit – dass sie deswegen nicht zuzumuten sei, wäre indessen neu.

Ist mit dem Grundeinkommen also ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit zu haben und wird damit grundlegend an der Verteilung von Rechten, Pflichten, Möglichkeiten und Ressourcen gerüttelt? Leider nein, sagen Initiantinnen wie Ina Praetorius, deren Stimme auf dem Podium nicht vertreten war. Aber: Zuerst brauche es das Grundeinkommen, dann könnten die Rollen neu verteilt werden. ●



Bedingungsloses Grundeinkommen

Rund 150 Ehemalige, Studierende und Dozierende waren der Einladung der «SOZ Bern», dem Verein Bildungsstätte für Soziale Arbeit Bern, gefolgt, sich am 6. November 2013 über die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens zu informieren und mit namhaften Persönlichkeiten zu diskutieren: Hans Ruh, Sozialethiker und Theologe, führte unter historischen, ethischen, sozialen und liberal-anarchistischen Gesichtspunkten in die umstrittene Thematik ein. Oswald Sigg, ehemaliger Bundesratssprecher und prominentester Kopf des Initiativkomitees, sowie Blaise Kropf, Grossrat der Grünen und Gewerkschaftssekretär, legten die Pro- und Contra-Argumente aus. Johannes Schleicher, Leiter des Fachbereichs Soziale Arbeit, moderierte die Veranstaltung.

Der Initiativtext für das Grundeinkommen besteht aus drei schlichten Sätzen: «Der Bund sorgt für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Das Grundeinkommen soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen. Das Gesetz regelt insbesondere die Finanzierung und die Höhe des Grundeinkommens.» Den Initianten schwebt ein Betrag von etwa CHF 2500 pro Monat vor. Wer einer Erwerbsarbeit nachgeht, hätte gleich viel Geld zur Verfügung wie zuvor: Bei CHF 7000 Einkommen monatlich verteilte sich der Betrag neu auf CHF 2500 Grundeinkommen und CHF 4500 Lohn. Hinter dem Begehren steht ein überparteiliches Komitee.

SOZ
BERN



- 1 v.l.n.r.: Johannes Schleicher, Oswald Sigg, Hans Ruh, Blaise Kropf
- 2 Oswald Sigg
- 3 Rund 150 Personen folgten der Einladung der «SOZ Bern».
- 4 Hans Ruh



Zugänge zur Systemtheorie:

Die Schnittstelle von Theorie und Person



Prof. Salvatore Cruceli
Dozent
salvatore.cruceli@bfh.ch

Wie beeinflusst die langjährige Auseinandersetzung mit der Systemtheorie einen Menschen und sein Denken? Und wie kommt es dazu, dass sich ein Mensch überhaupt eingehend mit der Systemtheorie beschäftigt? Salvatore Cruceli ist in einem persönlichen Forschungsprojekt diesen Fragen nachgegangen und hat fünf Lehrpersonen aus Hochschulen in Luzern, Wien, Berlin und München interviewt. Deren Portraits und eine kurze Auswertung des Projektes lesen Sie in einer dreiteiligen Artikelserie in dieser und den beiden nächsten «impuls»-Ausgaben.

Systemtheorie ist nicht gleich Systemtheorie. Dies zeigt nicht zuletzt der erbitterte Theoriestreit, der den Fachdiskurs systemtheoretisch begründeter Sozialer Arbeit seit Ende der 90er-Jahre prägt. Die sich auf Niklas Luhmann berufenden Zugänge können unter dem Namen «Bielefelder Schule» zusammengefasst werden, während Silvia Staub-Bernasconi die wichtigste Vertreterin der sogenannten «Zürcher Schule» ist. Die beiden Zugänge sind so unterschiedlich, dass berechtigterweise gefragt werden kann, was den gleichzeitigen Rückbezug auf Systemtheorie irgendwie rechtfertigen könnte. Das Welt- und Menschenbild, das Verständnis von Wissenschaft und Forschung, der Stellenwert ethisch-normativer Aussagen und nicht zuletzt das Verständnis der Profession Soziale Arbeit sind in den beiden Schulen zu einem grossen Teil geradezu gegensätzlich.

In den ersten Jahren meiner Lehrtätigkeit konzentrierte ich mich vor allem auf den Ansatz von Silvia Staub-Bernasconi. Dieser hat im gesamten deutschen Sprachraum bis heute hohe theoretische Relevanz. Dank der langjährigen Denk- und Schreibarbeit dieser Pionierin verfügt die Soziale Arbeit über verschiedene diagnostische Verfahren und daraus abgeleitete Handlungsanleitungen. Die Theorie von Staub-Bernasconi ist äusserst systematisch aufgebaut und schaut mit analytischem Blick auf die individuelle, soziale und gesellschaftliche Dimension sozialer Probleme. Soziale Arbeit versteht sich dank solcher Bemühungen zunehmend als eigenständige Profession, mit einer spezifischen und grundsätzlich gleichberechtigten Expertise, die sich vor anderen Professionen nicht zu verstecken braucht.

Trotz der beträchtlichen Verdienste der Zürcher Schule hat sich meine persönliche Vorliebe im Laufe der letzten Jahre eindeutig hin zur Bielefelder Schule verschoben. Das auf Anhieb schwer zugänglich erscheinende, abstrakte gedankliche Gebäude hat eine überraschend hohe Relevanz für die Praxis.

Auch scheint mir, dass die intensive Beschäftigung mit systemisch-konstruktivistischen Ansätzen meinen Blick auf die Welt nicht nur in Bezug auf die Soziale Arbeit verändert. Mein Welt- und Menschenbild ist nicht mehr dasselbe und auch mein Denken strukturiert sich gemäss systemischen Kategorien neu. Der Paradigmenwechsel findet somit nicht nur in Theorie und Praxis statt, sondern betrifft mich auch als Person. Aus dieser Konstellation heraus entstand der Wunsch, andere Fachpersonen direkt danach zu befragen, wie sich die Auseinandersetzung mit Systemtheorien in ihrem Denken, in ihren Überzeugungen und persönlichen Werten niederschlägt. Kurz: was die Beschäftigung mit Systemtheorien mit ihnen als Person macht.

Die folgenden, unsystematischen und thesenartig formulierten Aussagen sind an der Schnittstelle von Theorie und Person angesiedelt. Sie beschreiben meinen persönlichen Erkenntnisstand vor Beginn des Forschungsprojekts und sind nicht ohne weiteres generalisierbar.

1. Systemtheoretisch betrachtet ist das Weltbild von einer radikal konstruktivistischen Sichtweise geprägt. Diese verweist auf eine laufend stattfindende Konstruktionsarbeit des die Welt beobachtenden menschlichen Geistes. Radikaler Konstruktivismus bedeutet in dem Sinne nicht, dass die Welt einfach «erfunden» würde. Wir erleben kontinuierlich und z.T. schmerzhaft, wie sich unsere gedanklichen Konstruktionen in der – wohlgemerkt real existierenden (!) – Welt nicht mehr bewähren und deshalb laufend revidiert werden müssen.
2. Systemisches Denken ist in hohem Masse «prozesshaft» und «zirkulär», denn es besteht ein Bewusstsein darüber, dass die Komplexität der Welt durch lineare Ursache-Wirkung-Zusammenhänge in keiner Weise erfasst werden kann. Die Frage nach dem «Warum» verliert so an Bedeutung. Viel interessanter ist die Frage nach dem «Wie». Diese stellt Abläufe und deren Prozesscharakter in den Vordergrund.



Prof. Dr. Martin Hafen, Dozent an der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, Experte für Prävention und Gesundheitsförderung

3. Aus Sicht systemisch-konstruktivistischer Zugänge werden die vertrauten Kategorien «Mensch» und «Identität» radikal in Frage gestellt. «Mensch» ist gemäss Luhmann als theoretisches Konzept nicht mehr brauchbar. «Identität» (dazu gehören z.B. Beruf, Geschlecht, Nationalität) wird nun lediglich als eine gedankliche Konstruktion verstanden und ist nicht real.
4. Kommunikationsprozesse werden aus einer ganz neuen Perspektive wahrgenommen. Höchst interessant ist dabei die Frage, wie Kommunikation im Rahmen eines konstruktivistischen Weltbildes überhaupt stattfinden kann. Wenn A und B miteinander kommunizieren bzw. miteinander zu kommunizieren glauben, ist es aus systemischer Sicht letztlich so, dass A nie überprüfen kann, was B denn verstanden hat und umgekehrt. Und doch ist es offensichtlich, dass Kommunikation funktioniert. Oder?
5. Der Radikale Konstruktivismus führt letztlich zu einer neuen Einordnung der Wertefrage. Es kann keine absolut gültigen Werte geben. Hier entsteht eine grosse Spannung zu normativen Zugängen, die den An-

spruch haben, universale Werte zu benennen. Eine Konsequenz davon ist u.a., dass die Expertise in der Sozialen Arbeit neu definiert wird. Expertin oder Experte ist nicht mehr, wer aufgrund von begründetem Fachwissen eine Diagnose stellt und Handlungsanleitungen gibt. Die Expertise in der Sozialen Arbeit besteht vielmehr im kompetenten Umgang mit Prozessfragen und im Wissen darum, dass es keine Wahrheiten gibt, sondern nur noch unterschiedliche Sichtweisen.

Die dreiteilige Artikelserie besteht aus fünf Portraits und einem abschliessenden Fazit. Die fünf Thesen und – ganz allgemein – das Verhältnis von Theorie und Person werden dabei als inhaltliche Rahmung dienen. Auch wird sich so an verschiedenen Stellen die Chance ergeben, auf spezifische Eigenheiten der systemtheoretisch begründeten Schulen zu verweisen. Meine fünf Interviewpartnerinnen und -partner sind: Prof. Dr. Martin Hafen in Luzern, Prof. Dr. Heiko Kleve in Berlin-Potsdam, Dr. Sabine Klar in Wien, Prof. Dr. Tilly Miller in München und Prof. Dr. Juliane Sagebiel in München.

Begegnung mit Martin Hafen: Purist und Antidogmatiker

Martin Hafen spricht mit unverwechselbarem Basler Dialekt. Er sei an der Frage nach dem Zusammenhang von (System-)Theorie und Person sehr interessiert: «Spannendes Projekt. Da mache ich gerne mit. Man kann erzählen und selber reflektieren. Das ist doch toll!»

1988 beginnt Martin Hafen das Sozialarbeitsstudium. Er ist inzwischen schon 30-jährig, verheiratet und Vater eines einjährigen Bubens. Vorher hatte er, mehr schlecht als recht und ohne besondere Motivation, ein Studium in Deutsch, Englisch und Geschichte begonnen und dieses schliesslich abgebrochen. Die nun neu einsetzende Lebensphase ist geprägt von einer engagierten Auseinandersetzung mit Theoriefragen. Nach der Diplomierung zum Sozialarbeiter folgen ein Soziologie-Studium und die Dissertation. 2005 erlangt er mit einem 700-seitigen Werk den fälligen Dokortitel.

Der erstgeborene Sohn ist inzwischen zu einem jungen Erwachsenen herangereift, die beiden jüngeren Söhne, mit Jahrgang '92 bzw. '94, nicht mehr allzu weit davon entfernt. In all diesen Jahren ist Martin Hafen – abwechselnd und immer wieder auch gleichzeitig – Ehemann, Familienvater, Hausmann, Student, Doktorand, Geschäftsleiter und Redakteur eines Magazins im Suchtbereich und vieles mehr. Seit 2001 ist er an der Hochschule Luzern in Lehre und Forschung tätig.

Martin Hafen beschreibt sich als ehrgeizig, beflissen und gleichzeitig kommunikativ. Dank dieser Eigenschaften schaffte er es in jungen Jahren, obwohl nach eigener Aussage «nicht übermässig talentiert», bis in die Tischtennis-Nationalmannschaft.

In der Studienzeit profitiert er von den damals noch existierenden grossen Freiräumen. Ideale Rahmenbedingungen für die nun einsetzende, langjährige Beschäftigung mit der soziologischen Systemtheorie von Niklas Luhmann. Auf die Frage, was denn deren Faszination ausmache, antwortet Martin Hafen im Laufe des Interviews mit vielfältigen, differenzierten und immer wieder neuen Elementen.

Grundlegend ist dabei, dass diese Theorie ihm einen Rahmen bietet, einen «roten Faden oder ein Raster», für andere Theorien, insbesondere für alle anderen soziologischen Theorien, «die ich nun einfach einordnen kann. Ich habe immer diesen Vergleichshintergrund gehabt mit der Systemtheorie.» Martin Hafen kann sich kaum mehr vorstellen, wie sein «Denken vor der Systemtheorie war». Es ist ein «Beobachtungshintergrund, ein Sinnhorizont und ich bin nicht mehr in der Lage, daraus auszutreten. Ich kann mir nicht mal mehr vorstellen, ausser episodisch, wie ich die Welt vorher gesehen habe. Ich habe teilweise auch, so wie es halt unter Sozialarbeitenden und Sozialarbeitsstudierenden fast ein wenig üblich ist, einen etwas normativen Blick auf die Welt gehabt. Ich wollte Leute überzeugen von guten und schlechten Dingen, bin dann teilweise ein wenig ins Moralisierende abgedriftet. Das habe ich durch die Theorie verloren. Ich bin nun gefangen in diesem Sinnhorizont, der zum Glück dafür ein sehr breiter ist, der mir sehr viel Sicherheit gibt im Alltagsleben wie im Berufsleben.»

Bei der Systemtheorie handle es sich um «eine extrem nicht-normative Theorie, wirklich eine sehr beschreibende, nüchterne Theorie. Das hat mich richtiggehend fasziniert. Es ist nicht Aufgabe der Wissenschaft, Normen aufzustellen.» Die Wissenschaft solle sich auf die nüchterne Beschreibung beschränken. Normativität komme danach, in einem zweiten Schritt, auf der Basis dieser Beschreibung. Gemäss Martin Hafen ist das aber nicht mehr Teil der Wissenschaft. «Meine Werturteile fälle ich nicht als Wissenschaftler, sondern als Privatmensch und als Sozialarbeiter und ich bin, glaube ich, auch so ein vehementer Kapitalismuskritiker, aber nicht als Systemtheoretiker, sondern als Privatmensch.»

Zentral für Theorie und Praxis ist für Martin Hafen die in der soziologischen Systemtheorie fundamentale Idee der Kontingenz. Die Dinge erscheinen uns auf eine bestimmte Weise und es gibt keine rational fassbaren Gründe dafür. «Wir könnten die Dinge auch anders sehen.» Schöne Beispiele für Kontingenz erlebt Martin Hafen während einer zweijährigen Asienreise, noch vor Beginn des Studiums: «Das war eine sehr prägende Erfahrung, was Kontingenzbewusstsein betrifft, was andere Lebensmöglichkeiten betrifft. Man kann auch anders leben als wir das hier in unserem Kontext tun. Zu sehen wie diese Leute leben, in Indien, in China ... wie ihr Leben dort verläuft und auch sie glücklich und unglücklich sind.» Kontingenz ist auch in seiner Lehrtätigkeit eine entscheidende Kategorie: «Mein zentrales Ziel ist, das Kontingenzbewusstsein der Studierenden zu erweitern. Man kann die Dinge auch anders sehen.»

Eine weitere bedeutende Dimension der soziologischen Systemtheorie ist für Martin Hafen die konsequente Differenzausrichtung. Hier geht es um die schwer vermittelbare philosophische Idee, dass die Dinge nicht einfach aus sich heraus so sind wie sie sind, sondern sich erst durch die fortlaufende, dynamische Abgrenzung von ihrer Umwelt konstituieren. Paradoxerweise ist diese Differenz für das erkennende Subjekt wie ein blinder Fleck, daher nicht sichtbar, sondern höchstens ableitbar. Das macht deren besondere Schwierigkeit aus. Martin Hafen kommt immer wieder in die Situation, dass Studierende ihm da nicht mehr folgen können. Er hat nun aber ein gutes Erklärungsbeispiel gefunden: «Mein Lieblingsbeispiel, um die Differenz von System und Umwelt zu plausibilisieren, kam mir irgendwann mal als Idee unter der Dusche: Da ist das Loch, das immer nur ein Loch ist über dessen Rand. Das Loch kann kein Loch sein, wenn es nicht über den Rand definiert wäre. Das Loch ist die Einheit der Differenz von Loch und Rand. So ist das System, genau so.» Ein Loch existiert nicht aus sich heraus, es kann nur dann verstanden werden, wenn es über dessen Umwelt beschrieben wird.

Martin Hafen meint, dass die Schwierigkeit mit der Differenzausrichtung in unserer abendländischen Kultur angelegt sei. «In asiatischen Kulturen denken die Leute differentiell.» Obwohl selber nicht religiös («rein von der Theorie kann ich nur ein Agnostiker sein. Gott mag existieren oder nicht existieren. Wie könnte ich es wissen?»), sieht Martin Hafen im Buddhismus einige Bezüge zur systemtheoretischen Differenzausrichtung: «Zen-Meditation ist eigentlich genau der Versuch, aus dieser

Differenzlogik herauszuspringen; also die Differenz zu verlassen, in den unterscheidungsfreien Zustand hineinzukommen, der dann als Nirvana bezeichnet würde. Das Problem ist, man kann nicht darüber erzählen, weil man sofort wieder in die Unterscheidungswelt hineinkommt, sobald man diesen Zustand verlassen hat ... wunderbar, passt alles sehr schön zusammen.» In erster Linie bietet die soziologische Systemtheorie Martin Hafen jedoch ein begriffliches Instrumentarium für sein Spezialgebiet: Prävention und Gesundheitsförderung. Sein langjähriges Projekt ist es, «auf der Basis der soziologischen Systemtheorie eine Reflexionstheorie von einem praktischen Handlungsfeld zu erstellen. Ich mache schwerpunktmässig genau das. Ich beschreibe auf der Basis der Systemtheorie verschiedene Handlungsfelder, hier spezifisch im Kontext von Prävention, Gesundheitsförderung und Sozialer Arbeit. Das ist mein Markenzeichen. Da habe ich mir mittlerweile, im deutschsprachigen Raum, eine gewisse Reputation erarbeitet.»

Aus Perspektive der systemtheoretischen Differenzausrichtung ist dabei der Bruch bzw. die Schnittstelle zwischen theoretischem Denken und Praxis besonders bedeutsam: «Wie kann ich Prävention kommunikativ mit meinen eigenen Mitteln so gestalten, dass ich zur relevanten Umwelt für ein System werde, in dem Sinne, dass es die Informationen abgewinnt, von dem was ich da als Lärm veranstalte.»

Seinen Freund Peter Fuchs, den vielleicht wichtigsten direkten Nachfolger von Niklas Luhmann, beschreibt er als «absoluten Antidogmatiker unter den Systemtheoretikern». Martin Hafen hätte sicher nichts dagegen, wenn ich ihm diese Eigenschaft ebenfalls zuschreiben würde. Einerseits strenger Purist in der kohärenten Anwendung der soziologischen Systemtheorien – Martin Hafen ist für eklektizistische Experimente nicht zu haben – andererseits durchaus bereit, innerhalb dieses begrifflichen Systems, die Positionen von Luhmann zu kritisieren und/oder zu erneuern. Purist und Antidogmatiker. ●

Neue Mitarbeitende



Simone Wild

Was ich mag: meine Liebstes, guten Wein und gutes Essen, viel Sonne und Wärme

Was ich nicht mag: Unaufrichtigkeit und Intrigen, Winter, launische Menschen

Simone Wild leitet seit Oktober 2013 die Administration des Bachelorstudiengangs Soziale Arbeit. Sie hat ursprünglich eine kaufmännische Grundausbildung absolviert, besitzt ein Weiterbildungsdiplom in Verbands- und NPO-Management und ist Dipl. Berufsbildnerin und Prüfungsexpertin beim kaufmännischen Verband. Bevor sie zur BFH kam, war sie einige Jahre in einer NGO tätig. Von 1997 bis 2005 arbeitete sie im Studierendensekretariat am Lehrstuhl für Sozialarbeit und Sozialpolitik an der Uni Fribourg und von 2005 bis 2013 am Institut für Soziologie in Basel.



Noé Burri

Was ich mag: das alte Wankdorfstadion, nach Auslandsaufenthalten in Berns Altstadt zurückkehren (auch wenn es kalt ist)

Was ich nicht mag: «20 Minuten» und «Blick am Abend»

Seit September 2013 arbeitet Noé Burri als Sachbearbeiter im Kompetenzzentrum Mediation und Konfliktmanagement und kümmert sich um die administrativen Anliegen der Studierenden. Nach der Ausbildung zum Kaufmann sammelte Noé Burri erste Berufserfahrungen, bevor er 2011 für einen Sprachaufenthalt einige Monate in Australien verbrachte. Wieder in der Schweiz angekommen, entschloss er sich, die Berufsmaturität im Teilzeitpensum zu absolvieren und arbeitet nebenbei erstmals im Bildungsbereich.



Markus Iff

Was ich mag: gute Gesellschaft, Sonnenschein und Musse auf über 2000 m ü.M.

Was ich nicht mag: Ignoranz, Stillstand und kalte Hände

Markus Iff arbeitet seit Mitte November 2013 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Kompetenzzentrum Qualitätsmanagement. Während seiner Tätigkeit als Bergführer studierte Markus Iff Psychologie an der Universität Bern. Nach seinem Abschluss wirkte er zunächst als Berufsberater und war anschliessend während rund vier Jahren im Qualitätsmanagement des Gesundheits- und Sozialwesens tätig.



Caroline Pulver

Was ich mag: Städtereisen, Englisch, historische Romane, diskutieren, Zeit verbringen mit Familie und Freunden

Was ich nicht mag: Unentschlossenheit, keinen Plan haben, trockene Heizungsluft

Nach ihrem Abschluss als Sozialarbeiterin an der BFH arbeitete Caroline Pulver auf einem polyvalenten Sozialdienst im Berner Oberland. Im Januar 2013 beendete sie den Master in Sozialer Arbeit, den sie berufsbegleitend absolvierte, und ist seit September wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bachelorstudiengang. Nebst ihrer Tätigkeit im Kindes- und Erwachsenenschutz und in der Sozialhilfe verfügt sie über Praxiserfahrungen in der Spitalsozialarbeit, dem Strafvollzug und in verschiedenen stationären Einrichtungen.

Newsletter

Verkürzen Sie sich die Zeit zwischen den «impuls»-Ausgaben: Abonnieren Sie unseren Newsletter. Der viermal jährlich erscheinende Newsdienst richtet sich an alle thematisch Interessierten, an ehemalige und aktive Studierende, an Medienschaffende und Praxispartner.

soziale-arbeit.bfh.ch/newsletter.

Edition Soziothek

Die Edition Soziothek ist ein Non-Profit-Verlag, der sozialwissenschaftliche Studien und Forschungsarbeiten publiziert, die nicht für den kommerziellen Buchhandel bestimmt sind. Bei den Publikationen handelt es sich hauptsächlich um Bachelor- und Masterthesen, die mit dem Prädikat «sehr gut» oder «hervorragend» beurteilt wurden sowie um Forschungsarbeiten von öffentlichen und privaten Stellen.

www.soziothek.ch



Soziale Arbeit ist...

von Müslüm



Semih Yavsaner alias Müslüm ist ein Berner Künstler und Komiker. 2013 hat er den Förderpreis für die Integration der Migrationsbevölkerung der Stadt Bern erhalten für seine unkonventionelle, innovative und originelle Art, sich als «Integratör» mit dem Thema auseinanderzusetzen.
www.muesluem.ch

...in jeder von der Umwelt gegebenen Situation «Mensch» zu sein.

Für mich hat «Mensch-sein» mit einer Eigenschaft zu tun, die uns die Natur aus evolutionstechnischen Gründen mitgegeben hat, das «Schtraicheln» – unser erstes zwischenmenschliches Erlebnis. Alles fängt mit Schtraicheln an, die bedingungslose Mutterliebe.

Wenn wir heute von unserer ursprünglich sozialsten Fähigkeit Gebrauch machen, dann scheitern wir aber Bedingungen. Wir schtraicheln um geschtraichelt zu werden. Das ist ein grosser Unterschied zu der eigentlichen Absicht, die beim Schtraicheln von Bedeutung wäre. Die Industrie hat diese asoziale Eigenschaft des «bedingten Schtraichelns» entdeckt und einen Fremdkörper erschaffen, der diesem modernen «Anspruch» von uns nun doch gerecht wird. Ein Objekt, das wir schtraicheln und zwar benaidenswert oft und ausgiebig, weil «es» uns dann auch mit Schtraichelnheiten verwöhnt. Oder zumindest unser Ego.

Ja, ein Aifon müsste man sein. Mal abgesehen vom Elechtrosteckerli, das man jeden Abend in sein Füdäli bekommt. Aber auch das wäre unserem Narsissmus Recht, solange wir diese übernatürliche Schtraichelai bekommen.

Denn, während das natürliche Schtraicheln zwischen Menschen in der Öffentlichkeit einen immer grösseren Seltenheitswert bekommt und manchmal sogar als unmoralisch empfunden wird, geniesst dieser süchtigmachende Fremdkörper eine noch nie dagewesene Toleranz für das Fremde. Wir könnten fast schon von einer neuen Religion sprechen, deren Machtsymbole auf unseren Dächern und Hügel stehen. Diese Antennen ermöglichen den nötigen Austausch von Informationen, also Glaubenssätze, auf welche wir angewiesen sind, um unsere seitgemessene Konfession unaingeschränkt leben zu können – und sozusagen unserem Schtraicheln einen Sinn zu geben. Somit sind wir «Gläubigen» überall mit der nötigen Bandbreite versorgt und können uns jedersamt mit allen anderen radikalen Aifonisten «solidarisieren». Kollektive «Schtraichel-Orgien» sind die Folge.

Auch wenn sich dieses fundamentalistische Traiben des letzten Satzes im weitesten Sinn chuschelig und sozial anhört, will ich hier die Gelegenheit nützen und meine «Gefühle» gegenüber unserem Fremdkörper chund geben. Weil mir vor lauter «gefällt mir» gar nichts mehr gefällt, weil ich vor lauter Träumen meinen Traum nicht mehr sehen kann! Weil ich vor lauter «Den-Moment-Einfangen» viele schöne Momente verpasst habe. Auch wenn ich mich der Blasphemie schuldig mache, ihr ALLE sollt es wissen, die Liebe zu unserer seelenlosen Religion ist nichts anderes als ASOSIAL und CHREISI.

Allaine mein Supervitamin wird nicht reichen für diese Revolution! Wir müssen ein Kollektiv werden! Eine Choalision der sätlich-natürlichen Schtraichelnden! Das Wort «Choalision» stammt vom Ausschterben bedrohten Choalabärl. Ich brauche es, weil wir, die Sozialen, fast vor dem gleichen Schicksaal stehen. Darum, lasst uns die Psöidoschtraichler mit diesem supervitaminischen Gedanchengut entmaterialisieren, so dass SIE und WIR wieder Ains werden. Denn von der Natur haben sich die maischten von uns bereits verabschiedet. Wenn wir uns jetzt noch aufgrund unserer Fremdkörper voneinander entfremden, dann wird die Finanzkrise unser chlainschtes Problem sein.

Wir müssen aus unserer Passivität erwachen und den natürlichen Chontacht zu uns und zu unseren Mitmenschen wieder aktivieren. Egal ob mit oder ohne Diplomabschluss. Weil, das Leben kann Mann und Frau sich nicht anlesen, chaine Literatur dieser Welt kann dem Gefühl einer Begegnung nachkommen.

In Liebe
 Dr. Immi. Müslüm

Wirkungen der Sozialhilfe

Unterstützungsprozesse und ihre Effekte

Die Sozialhilfe hat in den letzten 20 Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Die Frage nach den Wirkungen der Sozialhilfe ist deswegen von besonderem Interesse. In einer Studie des Fachbereichs Soziale Arbeit wurde untersucht, wie sich das Sozialhilfegeschehen auf die Lebenswelt der Betroffenen auswirkt.



Prof. Dr. Dieter Haller
Dozent
dieter.haller@bfh.ch



Florentin Jäggi
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
florentin.jaeggi@bfh.ch



Christian Beiser
Stellenleiter Existenz & Wohnen, Caritas Vorarlberg
Externer Projektmitarbeiter
christian.beiser@bfh.ch

Erfolg und Misserfolg der Sozialhilfe werden oft ausschliesslich an der Ablösequote gemessen. Ob und in welchem Zeitraum eine Klientin bzw. ein Klient in die Erwerbsarbeit (oder gegebenenfalls in eine Sozialversicherung) abgelöst werden kann, hängt jedoch nicht nur vom Geschehen in der Sozialhilfe selbst, sondern auch von der Ressourcenlage der Betroffenen und den Strukturen des Arbeitsmarktes ab. Dabei ist der Einfluss der Sozialhilfe begrenzt. Infolge des Strukturwandels des Arbeitsmarktes wird die Integration von Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügern erschwert. Während arbeitsintensive Beschäftigungen in der industriellen Fertigung abgebaut werden, entstehen neue Arbeitsplätze mit erhöhten Bildungsanforderungen (z.B. in den Bereichen Technologie, öffentlicher Dienst, Bildung). Nur sehr wenige Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe bringen die erforderlichen Qualifikationen mit. Zudem ist ein erheblicher Anteil der Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler nicht nur von materiellen, sondern auch von sozialen und gesundheitlichen Defiziten – von sogenannten Mehrfachproblematiken – betroffen (Kutzner 2009: 53–54; Haller 2010: 24–27). Auf die Schwierigkeit, Klientinnen und Klienten in den ersten Arbeitsmarkt abzulösen, weist ein Sozialarbeiter hin, der im Rahmen der vorliegenden Studie interviewt wurde:

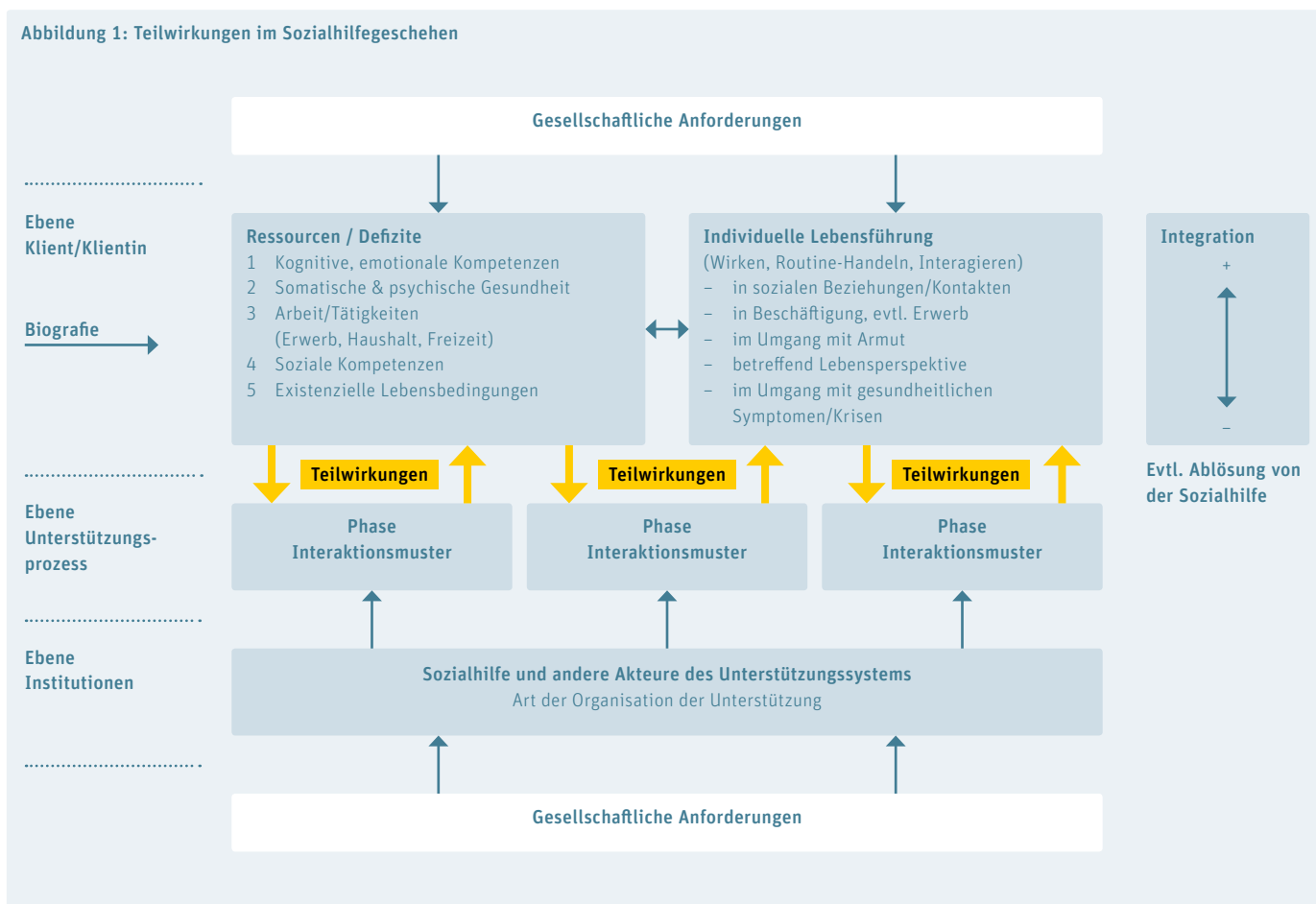
«Es wird geguckt, wer abgelöst wird und wer nicht. Dieser Fokus ist immer noch zu stark. Das entspricht nicht mehr der Lebensrealität von vielen Klienten. Man müsste mehr darauf gucken, was sich im Kleinen verändert.»

Der vorliegenden Studie liegt ein erweitertes Wirkungsverständnis zugrunde. Was die Sozialhilfe bewirkt, lässt sich aufgrund der Datenlage nicht alleine an der Ablösequote ablesen. Im Fokus sind stattdessen auch die sogenannten «lebensweltlichen Wirkungen». Diese äussern sich im Alltagshandeln der Klientinnen und Klienten und entfalten sich in ihrem Umfeld (Haller 2007: 134). «Lebensweltliche Wirkungen» lassen sich auch als «Teilwirkungen» verstehen, die idealerweise zur sozialen und beruflichen Integration beitragen. Sie können aber auch in negativer Ausprägung auftreten und den Integrationsprozess hemmen. Im Modell zum Sozialhilfeprozess werden «Teilwirkungen» zwischen den Interaktionsmustern und der individuellen Lebensführung verortet (vgl. Abbildung 1). Diese Anordnung soll verdeutlichen, dass sie einerseits aus den Interaktionen zwischen den Sozialarbeitenden und den Klientinnen und Klienten hervorgehen, dass sie andererseits aber auch von der Ressourcenlage und der Lebensführung der Betroffenen sowie von Ereignissen in ihrer Lebenswelt beeinflusst werden.

Fünf «lebensweltliche» Wirkungen

Im Folgenden wird ein Modell mit fünf «lebensweltlichen Wirkungen» vorgestellt: «materielle Existenzsicherung», «Stabilisierung», «Krise», «Kompetenzzuwachs» und «Stagnation». Das Modell enthält zwei Dimensionen: «Lebenssituation» und «Handlungsfähigkeit». Während auf der ersten Dimension die Veränderung der allgemeinen Lebenslage – zwischen Stabilisierung und Krise – abgebildet wird, lässt sich anhand der zweiten Dimension die Entwicklung der Handlungsfähigkeit nachzeichnen – zwischen Kompetenzzuwachs und Stagnation. Wie sich die Lebenssituation und die Handlungsfähigkeit der Klientinnen und Klienten entwickeln, hängt entscheidend von der finanziellen Aus-

Abbildung 1: Teilwirkungen im Sozialhilfegeschehen



stattung ab. Die materielle Existenzsicherung, die im Rahmen des Sozialhilfeprozesses geleistet wird, hat einen wesentlichen Anteil an der Stabilisierung der Lebenssituation – solange die Klientinnen und Klienten Wohnung, Lebensmittel und Kleidung bezahlen können. Umgekehrt können Sanktionen und Kürzungen der Sozialhilfeleistungen die Existenzgrundlage erschüttern und Krisen auslösen. Die Lebenslage – stabil oder krisenhaft – bildet wiederum den Rahmen für das Handeln der Klientinnen und Klienten. Auf die Entwicklung der Handlungsfähigkeit kann sie begünstigend oder einschränkend wirken (vgl. Abbildung 2, Seite 17).

Um das Zusammenspiel von Klientenhandeln, Interaktionen mit den Sozialarbeitenden und Wirkungen zu verstehen, werden Bezüge zu den letzten beiden «impuls»-Beiträgen hergestellt. Dort wurden verschiedene Typen bzw. Segmente von Klientinnen und Klienten sowie verschiedene Interaktionsmuster vorgestellt (die beiden Artikel sind zu finden unter soziale-arbeit.bfh.ch/impuls > Archiv; Anm. d. Red.).

Existenzsicherung

Das in der Schweizer Bundesverfassung verankerte Recht auf Existenzsicherung wird im Unterstützungsprozess der Sozialhilfe umgesetzt. Aus den Gesprächen mit den Klientinnen und Klienten geht hervor, dass der Grundbedarf meist rasch abgedeckt ist. Dank der finan-

ziellen Unterstützung gelingt es, den Lebensbedarf der Betroffenen sicherzustellen, Obdachlosigkeit zu verhindern und die medizinische Grundversorgung zu gewährleisten.

Die knappe Bemessung des Sozialhilfegeldes ist für die Betroffenen aber eine Belastung. Nach Aussage eines Klienten ist es «zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig». Wie das folgende Zitat eines Klienten exemplarisch zeigt, ist der Umgang mit materieller Knappheit insbesondere für Personen schwierig, die nicht nur die eigenen, sondern auch die Bedürfnisse ihrer Kinder befriedigen müssen:

«Mir fehlen schon wieder 400 Franken. Aber es ist halt so, wenn man Kinder hat. Wenn sie in ein Lager gehen, dann heisst es, dass sie Regenbogen, Regenjacke und dieses und jenes brauchen. Normalerweise reicht der Lebensunterhalt für die Kinder. Aber du rechnest nicht mit einem Lager.»

Das Leben in Armut wird von den Betroffenen unterschiedlich gut gemeistert. Sogenannte «Integrationskämpferinnen und -kämpfer» und «Eigenwillige» kommen mit den finanziellen Engpässen einigermaßen zurecht, weil sie in der Lage sind, passende Strategien zu entwickeln. «Alltagskämpferinnen und -kämpfer»



Abbildung 2: Fünf «lebensweltliche» Wirkungen



hingegen sind oft überfordert. Ihre Handlungsfähigkeit ist aufgrund der massiven gesundheitlichen Belastungen eingeschränkt. Allfällige Kürzungen des Sozialhilfegeldes stürzen sie in noch tiefere Krisen.

Stabilisierung

Der Aufbau einer stabilen Lebenssituation bildet oft die Grundlage für eine verbesserte soziale und berufliche Integration. Stabilisierungen manifestieren sich im Befinden und der Gesundheit der Klientinnen und Klienten. Eine erste Stabilisierung erfolgt im Zuge der Existenzsicherung. Für die Betroffenen ist der Gang zum Sozialamt mit negativen Gefühlen wie Angst, Scham und Abhängigkeit verbunden. Entsprechend erleichtert sind sie, wenn ihnen die Sozialhilfe die überlebenswichtigen Güter zur Verfügung stellt. Sie sind «positiv überrascht», «froh» und «dankbar» für die Hilfe, die sie erhalten.

Bei Personen mit Mehrfachproblematik – meist «Alltagskämpferinnen und -kämpfer» – dauert es jedoch oft Monate, bis sich die Situation beruhigt. Stabilisierungen sind im Rahmen des Interaktionsmusters «aufbauen und sich einlassen» möglich. Dadurch, dass ihnen die Sozialarbeitenden «Zeit geben» und «Druck wegnehmen» entsteht für die Klientinnen und Klienten eine Art «Schonraum». Sie lernen ihre Lage realistisch einzuschätzen und in kleinen Schritten zu verbessern. Die Analyse und Dokumentation ihrer Situation hilft den Betroffenen, ihre Gedanken zu ordnen. Auch das Erledigen von administrativen Pendenzen – die Klientinnen und Klienten sprechen oft vom «Papierkram» – trägt zur Stabilisierung bei. Wie das folgende Zitat eines Sozialarbeiters zeigt, gelingen Stabilisierungen oft nur in kleinen Schritten und in Zusammenarbeit mit dem Unterstützungssystem:

«Der erste Schritt war, dass wir für sie ein Zimmer gefunden haben und sie dort zur Ruhe kommen konnte. Dadurch ging es ihr besser und sie hat wieder Energie finden können [...] ein weiterer Schritt war, dass sie dann wieder mit einer Psychotherapie angefangen hat und dass sie die Behandlung bei der Hausärztin wieder aufgenommen hat. Also, dass langsam wieder ein System drum herum entstanden ist.»

Krise

Der Sozialhilfeprozess führt jedoch nicht immer zu Stabilisierungen. Stattdessen können Krisen entstehen oder bestehende Krisen verschärft werden. Oft gehen die Krisen aus dem Interaktionsmuster «fordern und sich widersetzen» hervor, das von heftigen Konflikten zwischen Sozialarbeitenden und Klientinnen und Klienten geprägt ist. Diese Entwicklungen sind vor allem bei «Alltagskämpferinnen und -kämpfern» und «Eigenwilligen» zu beobachten, weil sie die Erwartungen der Sozialhilfe entweder nicht erfüllen können oder nicht erfüllen wollen. Folgen dieses Widerstands sind eine verstärkte Druckausübung durch die Sozialarbeitenden und allenfalls eine Kürzung der Sozialhilfegelder. Diese Sanktionen treffen «Alltagskämpferinnen und -kämpfer» besonders hart, weil sie ohnehin grosse Mühe haben, mit dem knappen Budget auszukommen. Auch das emotionale Befinden der Klientinnen und Klienten leidet unter diesem Druck. Die Betroffenen fühlen sich von den Sozialarbeitenden ungerecht oder als «minderwertig» behandelt. Manche sind verzweifelt und fürchten um ihre Existenz. Diese Problemspirale zeigt sich etwa im folgenden Zitat eines Klienten, der sich gestresst fühlt und seine Hoffnung verloren hat:

«Sie macht mir so viel Stress. Sie sollte einfach wissen, dass ich nicht in der Verfassung bin für solchen Stress. Ich bin nicht gesund. [...] Ich habe einfach die Hoffnung verloren. Ich weiss nicht wie es weitergeht in meinem Leben.»

Teilweise richtet sich die Wut der Betroffenen gegen die Sozialarbeitenden und den Staat, teilweise aber auch gegen sich selbst. Während einige Klientinnen und Klienten Selbstmordgedanken äussern, drohen andere ihren Sozialarbeitenden. Aufgrund der materiellen Knappheit äussern einige Personen den Gedanken, kriminell zu werden (z.B. zu dealen).

Kompetenzzuwachs

Idealerweise erlangen Klientinnen und Klienten in Sozialhilfeprozessen Wissen und Fähigkeiten, die sie im Hinblick auf ihre soziale und berufliche Integration weiterbringen. Tatsächlich findet bei einigen Betroffenen ein Kompetenzzuwachs statt. Jedoch sind die Entwicklungsschritte unterschiedlich gross. Bei «Alltagskämpferinnen und -kämpfern», die sich in einer mehrfach-problematischen Situation befinden, ist Kompetenzentwicklung vorerst nur im kleinen Rahmen möglich. Zusätzlich bedarf es einer intensiven und mehrdimensionalen Begleitung – nur möglich im Rahmen des Interaktionsmusters «aufbauen und sich einlassen». In den Interaktionen mit den Sozialarbeitenden lernen die Betroffenen Hilfe anzunehmen, im Beschäftigungsprogramm entwickeln sie eine Tagesstruktur, in der Familienbegleitung erwerben sie Erziehungskompetenzen usw. Die kleinen Schritte in der Kompetenzentwicklung zeigen sich am Beispiel eines Klienten, der wieder lernen muss, den eigenen Briefkasten zu leeren:

«Früher hatte ich definitiv Abneigungen, den Briefkasten zu leeren. Jetzt freue ich mich, den Briefkasten zu leeren und sofort zu schauen, was da konkret gemacht werden kann. Das hat meine Sozialarbeiterin zum Beispiel geändert.»

Auch bei «Integrationskämpferinnen und -kämpfern» lassen sich Entwicklungsschritte beobachten. Aufgrund der Ressourcenstärke dieser Personen ist eine weniger intensive Unterstützung ausreichend. Jedoch könnten Investitionen in die Fähigkeiten der Betroffenen (z.B. Finanzieren von Kursen und Ausbildungen) die berufliche Integration und die Ablösung in die Erwerbsarbeit beschleunigen.

Hintergrund der Studie

Ausgangspunkt der Studie sind verschiedene Entwicklungen in der Sozialhilfe seit Beginn der 90er-Jahre. Auf der einen Seite hat die öffentliche Sozialhilfe als letztes Netz der sozialen Sicherung in der Schweiz stark an Bedeutung gewonnen, was sich in angestiegenen Sozialhilfequoten und Sozialhilfekosten äussert (Bundesamt für Statistik 2013). Dies hat zu einem erhöhten Kostendruck geführt, der infolge des negativen Sozialhilfediskurses in den Boulevardmedien weiter verstärkt wurde. Auf der anderen Seite sind im gesetzlichen Auftrag weitere Ziele zur Verbesserung der Situation der Betroffenen verankert. Dazu gehören neben der materiellen Existenzsicherung auch die Verhinderung von Ausgrenzung und die Förderung der sozialen und beruflichen Integration sowie die Hilfe zur Selbsthilfe.

Trotz dieses Spannungsfelds wurden die konkreten Inhalte der Unterstützung und die Wirkungen der angewandten Massnahmen bisher kaum erforscht. Die BFH widmete sich in den Jahren 2009 bis 2012 dieser Forschungslücke. In einer qualitativen Untersuchung wurde eine Typologie der Fallverläufe von Sozialhilfeklientinnen und -klienten, der sogenannten Klientenkarrieren, entwickelt (vgl. Kasten zur Methodik der Studie). Diese beschreibt die Interventionen, Verlaufsphasen und Wirkungen der Unterstützungen und berücksichtigt dabei den Einfluss von soziodemographischen und lebensweltlichen Merkmalen der Klientinnen und Klienten. Ziel der Untersuchung war es, das Geschehen in der Sozialhilfe detailliert zu beschreiben. Auf dieser Basis kann die Studie Wissen zur Verfügung stellen, das einerseits für die Entwicklung von Beratungsangeboten genutzt werden kann, und den Fachkräften andererseits Impulse für ihre alltägliche Praxis geben kann.

Stagnation

Der Gegenpol zum Kompetenzzuwachs ist die Stagnation. Sie ist das Resultat von Unterstützungsprozessen, die den Klientinnen und Klienten keine Entwicklungsschritte ermöglichen. Die Chance auf soziale und berufliche Integration nimmt mit zunehmender Dauer des Sozialhilfebezugs ab. Je länger die Betroffenen vom Arbeitsprozess weg sind, desto geringer ist der Wert ihrer Qualifikationen. Auch verlieren sie ihre Kompetenzen, weil sie diese nicht mehr aktiv anwenden können. Stagnationen sind häufig Folge des Interaktionsmusters «vernachlässigen und aushalten». Sowohl die Sozialarbeitenden als auch die Klientinnen und Klienten verlieren den Glauben an die Wirksamkeit ihrer Handlungen. Oft geben auch fehlende Zeitressourcen der Sozialarbeitenden den Ausschlag für die Vernachlässigung. Betroffen sind einerseits «Integrationskämpferinnen und -kämpfer», die auf dem ersten Arbeitsmarkt nur geringe Chancen haben (z.B. aufgrund des Alters, aufgrund fehlender Sprachkompetenzen); andererseits auch «eigenwillige» Klientinnen und Klienten. In diesen Fällen sind Integrationsversuche (z.B. über Beschäftigungsprogramme) häufig gescheitert, weil sie nicht mit dem Lebensentwurf der Betroffenen übereinstimmen. Gemeinsam ist beiden Gruppen, dass sie nach und nach Hoffnung und Motivation verlieren. Sie fühlen sich «abgeschrieben» und «abgehängt». Während sich einige Personen über die ausbleibende Unterstützung bei der Jobfindung beklagen, beschwerten sich andere über die fehlende Finanzierung von Suchtmittelentzügen. Wie das folgende Zitat zeigt, sind die fehlenden Entwicklungsperspektiven mit Belastungen und Ängsten verbunden:

«Mittlerweile ist es mir schon fast egal. [...] Ich denke auch nicht, dass sich in nächster Zeit gross etwas ändern wird. Mich belastet einfach, dass jetzt der Winter wieder kommt. Ja, ich wäre eigentlich schon froh, wenn ich etwas zu tun hätte.»

Die Betroffenen ziehen sich zunehmend zurück und eine Ablösung von der Sozialhilfe rückt in weite Ferne. Diese Entwicklung birgt Gefahren. Eine Sozialarbeiterin erklärt, dass in diesen Fällen «Probleme auftauchen können, wo vorher keine waren».

Folgerungen für die Organisation von Unterstützungsprozessen

Was sind Wirkungen in der Sozialhilfe und wie äussern sie sich in der Lebenswelt der Klientinnen und Klienten? In diesem Artikel wurden fünf «lebensweltliche» Wirkungen beschrieben: Existenzsicherung, Stabilisierung, Krise, Kompetenzzuwachs und Stagnation. Aus der Beobachtung, dass sowohl negative als auch positive Veränderungen stattfinden, lassen sich Folgerungen für die Organisation von Unterstützungsprozessen ableiten. Zunächst ist festzuhalten, dass es der Sozialhilfe rasch gelingt, die materielle Existenzgrundlage der Betroffenen zu sichern. Bei ressourcenstarken Klientinnen und Klienten, d.h. insbesondere bei «Integrationskämpferinnen und -kämpfern», wird damit die Basis für weiterreichende soziale und berufliche Integrationschritte gelegt. Investitionen in die Qualifizierung dieser Personen könnten den Prozess zusätzlich beschleunigen. Liegen hingegen Mehrfachproblematiken vor – was auf die meisten Fälle der Stichprobe zutrifft – sind ergänzende Hilfestellungen und längerfristige Begleitungen erforderlich. Diese Unterstützungsprozesse erzielen zunächst «lebensweltliche» Wirkungen. Insbesondere bei «Alltagskämpferinnen und -kämpfern» erfolgen eine Stabilisierung der Lebenssituation und ein Zuwachs an Kompetenzen. Erst auf der Basis dieser «lebensweltli-

chen» Veränderungen sind nachhaltige Ablösungen von der Sozialhilfe möglich. Wenn zusätzliche Hilfeleistungen jedoch ausbleiben, droht die Gefahr, dass Unterstützungsprozesse ins Leere laufen oder dass sich Wirkungen ins Gegenteil verkehren. Im ersten Fall ist mit einer Stagnation oder mit einem Abbau der Handlungsfähigkeit zu rechnen. Die Betroffenen verlieren den Anschluss an den Arbeitsmarkt und können ihre Fähigkeiten nicht mehr anwenden. Die zweite – noch problematischere – Entwicklung zeigt sich in der Auslösung bzw. Verschärfung von Krisen. Hervorgerufen werden diese in erster Linie durch Sanktionen und Kürzungen bei Personen, die sich über Druck nicht motivieren lassen. Dazu zählen einerseits «Alltagskämpferinnen und -kämpfer», die die Richtlinien der Sozialhilfe aufgrund ihrer Mehrfachproblematik nicht einhalten können, und andererseits «Eigenwillige», die die Richtlinien aufgrund alternativer Lebensentwürfe nicht einhalten wollen. Kürzungen erweisen sich in diesen Fällen als kontraproduktiv. Verstärkte Scham und soziale Isolation sind Folgen davon. Auch Selbstverletzungen, Gewalt gegen Sozialarbeitende oder illegale Geldbeschaffung sind nicht auszuschliessen.

Letztlich ist es eine politische Entscheidung, wie viel Zeit und Geld in Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger investiert werden soll. Allfällige Kürzungen des Sozialhilfegeldes, wie sie zurzeit in Politik und Medien diskutiert werden, sind kritisch zu hinterfragen. Die vorliegenden Ergebnisse weisen auf problematische Effekte solcher Massnahmen hin. ●

Methodik der Studie

Den Kern der Studie «Interventionen und Wirkungen der Sozialhilfe» bilden 33 Fallstudien zu den Karrieren von Klientinnen und Klienten aus den Regionen Bern, Basel, Zürich und Ostschweiz. Die Ergebnisse der Analysen wurden zu einer Typologie verdichtet, welche die Lebenslage der Klientinnen und Klienten, den Interaktionsprozess und die Wirkungen abbildet. Auch die in diesem Artikel vorgestellten Wirkungskategorien sind als Typen zu verstehen. Sie fassen die in den Daten regelmässig festgestellten Einzelereignisse zu gedanklichen Figuren zusammen. Nach Max Weber (1988) ist ein Idealtypus «[...] keine Darstellung des Wirklichen, aber er will der Darstellung eindeutige Ausdrucksmittel verleihen». Zur Erarbeitung der Klienten-Typologie wurden pro Fall drei Quellen genutzt: Daten zu soziodemographischen Merkmalen der Klientinnen und Klienten und zu chronologischen Merkmalen des Fallverlaufs, die Informationen aus einem halbstandardisierten Interview mit den fallführenden Fachpersonen sowie die Informationen aus einem umfassenden, qualitativen Interview mit den Betroffenen. Die Datenanalyse und die parallel laufende Entwicklung der Typologie erfolgten mit den Analyseverfahren der Grounded Theory (Glaser & Strauss 1998 und Haller 2000).

Literatur:

- Bundesamt für Statistik (2013): Nettoausgaben für Sozialhilfe pro Empfänger/in nach Kanton, 2005–2010. Zugriff am 27.2.2013 auf www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/13/03/03/dos/04.html#parsys_27382
- Glaser, Barney G. and Strauss, Anselm L. (1998): Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung. (Englische Originalausgabe 1967). Bern: Verlag Hans Huber.
- Haller, Dieter (2000): Grounded Theory in der Pflegeforschung und anderen Anwendungsfeldern. Bern: Verlag Hans Huber.
- Haller, Dieter (2007): Sozialräumliche Prozesse und Wirkungen aus Sicht der Klient/innen. Eine theoretische und empirische Analyse. In Haller, D.; Hinte, W. und Kummer, B.: Jenseits von Tradition und Postmoderne. Sozialraumorientierung in der Schweiz, Österreich und Deutschland. Weinheim: Juventa, 126–139.
- Haller, Dieter (2010): Auf der Grundlage von Solidarität und Professionalität. Armut als Aufgabe der Sozialen Arbeit. In: SozialAktuell, 42 (11). 24–27.
- Kutzner, Stefan (2009): Die Hilfe in der Sozialhilfe: integrierend oder exkludierend? Menschenwürde und Autonomie im Sozialhilfewesen. In Kutzner, S.; Mäder, U.; Knöpfel, C.; Heinzmann, C. und Pakoci, D. (Hrsg.): Sozialhilfe in der Schweiz. Klassifikation, Integration und Ausschluss von Klienten. Chur: Rüegger, 25–62.
- Weber, Max (1988): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, herausgegeben von Johannes Winckelmann, Tübingen: J. C. Mohr (Paul Siebeck).

Weiterbildung

Angebot	Datum	Web-Code
Kurse zum Thema Beratung		
Fachkurs Psychiatrisches Basiswissen für die Systemische Beratung	Daten folgen	K-BER-5
Fachkurs Systemisch-lösungsorientierte Beratung mit Kindern und Jugendlichen	Februar bis April 2014	K-BER-1
Fachkurs Elterncoaching	April bis Oktober 2014	K-BER-3
Grundlagen der Systemischen Beratung	14./15./16. Mai 2014, 8.45 – 16.45 Uhr	K-BER-4
Gesprächsführung mit traumatisierten Menschen	23./24. Juni 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-SPE-33
Fachkurs Motivierende Gesprächsführung	August 2014 bis Februar 2015	K-MET-2
Fachkurs Trauma und Beratung	Januar bis April 2015	K-BER-2
Fachkurs Systemisches Gesundheits-Coaching [neu]	März bis Mai 2015	K-BER-6
Kurse zum Thema Case Management		
Basiskurs Case Management	August bis Dezember 2014	K-CM-20
Aufbaukurs Case Management	August 2014 bis Februar 2015	K-CM-21
Kurse zum Thema Mediation und Konfliktmanagement		
Fachkurs Mediation	12 Kurstage, Start mehrmals jährlich	K-MED-1
Erbschaftsmediation	12./13./14. Februar 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-121
Eltern-Jugendlichen-Mediation	18./19. Februar 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-57
Psychohygiene und Lockerungsübungen für das Hirn [neu]	24./25. Februar 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-137
Mobbing und Cybermobbing bei Kindern und Jugendlichen [neu]	27./28. Februar 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-134
Psychologische Grundlagen der Mediation	13./14. März 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-111
Projekte der Gemeinwesenmediation [neu]	26./27. März 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-130
Methodenschatzkiste	3./4. April 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-82
Hocheskalierte Konflikte im Familienkontext	7./8. April 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-103
Allparteiliches Konflikt-Coaching	10./11. April 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-98
Shuttle Mediation [neu]	14./15. April 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-128
Mobbing	23./24. April 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-50
Die mediative Haltung	28./29. April 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-86
Emotionen als Tor zum Verständnis	5./6. Mai 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-124
Mediatives Intervenieren im politischen Kontext [neu]	8./9. Mai 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-110
Spektrum möglicher Interventionen bei Konflikten	12./13. Mai 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-54
Systemische Fragetechniken	21./22. Mai 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-102
Metaphorisches und szenisches Arbeiten in der Mediation	23./24. Mai 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-142
Offene Gruppensupervision	2. Juni 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-112
Methoden der Mediation in Schule und Sozialpädagogik	3./4./5. Juni 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-106
Mediation zwischen Organisationen	11./12./13. Juni 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-5
Best practices	16./17. Juni 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-53
Umgang mit Widersprüchen, Ziel- und Rollenkonflikten in der Mediation [neu]	16./17. Juni 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-126
Von 0 bis 18: Entwicklungspsychologische Aspekte in der Mediation	17./18. Juni 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-105
Interkulturelle Intelligenz: eine Haltung jenseits von «das Richtige und Normale» [neu]	25./26. Juni 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-127
Körpersprache in der Mediation im Spannungsfeld [neu]	30. Juni/1. Juli 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-138
Weitere Kurse für ausgebildete Mediatorinnen und Mediatoren finden Sie unter mediation.bfh.ch		

Angebot	Datum	Web-Code
Kurse im methodischen Handeln		
Wissenschaftliches Schreiben	2./3. Juni und 3./4. Juli 2014 8./9. September und 20./21. Oktober 2014	K-MET-14
Fachkurs Wissenschaftliches Arbeiten für Praxis und Weiterbildungsstudium	September bis November 2014	K-INT-1
Fachkurs Praxisausbildung	Juli 2014 bis Januar 2015	K-SPE-6
Infoveranstaltungen		
Infoveranstaltung Weiterbildung Systemische Beratung	11. Februar 2014, 17.30 – 19.00 Uhr	IW-BER-1
Infoveranstaltung Weiterbildung Case Management	13. Februar 2014, 17.30 – 19.00 Uhr	IW-CM-1
Infoveranstaltung Ausbildung in Mediation und Konfliktmanagement	25. Februar 2014, 18.00 – 20.00 Uhr	IW-MED-16
Infoveranstaltung CAS Mediation und Kommunikation im interreligiösen und interkulturellen Kontext	11. März 2014, 18.15–20.00 Uhr	IW-MED-22
Infoveranstaltung Weiterbildung Case Management	24. April 2014, 17.30 – 19.00 Uhr	IW-CM-2
Infoveranstaltung Weiterbildung Systemische Beratung	14. Mai 2014, 17.30 – 19.00 Uhr	IW-BER-2
Tagung		
Campus M für Mediatorinnen und Mediatoren	6./7./8. Februar 2014	T-MED-2
Certificate of Advanced Studies (CAS)		
CAS Ausbildung in Mediation I – Grundlagen	Einstieg mit jedem Fachkurs Mediation	C-MED-6
CAS Ausbildung in Mediation II – Vertiefung	Einstieg mit jedem Fachkurs Mediation	C-MED-1
CAS Mediative Konfliktintervention	Einstieg mit jedem Fachkurs Mediation	C-MET-5
CAS Konfliktmanagement	Einstieg mit dem Fachkurs Konfliktmanagement	C-SOZ-8
CAS Mediation und Kommunikation im interkulturellen und interreligiösen Kontext	Oktober 2014 bis Dezember 2015	C-MED-9
CAS Supervision in der Mediation	Einstieg mit dem Fachkurs Supervision in der Mediation	C-MED-8
CAS Case Management	Mai 2014 bis Mai 2015 November 2014 bis November 2015	C-CM-1
CAS Systemische Beratung – Grundhaltungen, Prämissen und Methoden	nächster Start Herbst 2014	C-MET-3
CAS Systemische Beratung mit Familien, Paaren und Gruppen	August 2014 bis Juni 2015	C-BER-1
CAS Systemische Beratung in Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit	Einstieg z.B. mit dem Fachkurs Trauma und Beratung	C-BER-2
CAS Praxisausbildung	Einstieg mit dem Fachkurs Praxisausbildung	C-SPE-2
Diploma of Advanced Studies (DAS)		
DAS Case Management	Einstieg jederzeit möglich	D-CM-1
DAS Mediation	Einstieg jederzeit möglich (nach Abschluss der Mediationsausbildung)	D-MED-1
Master of Advanced Studies (MAS)		
MAS Mediation	Einstieg jederzeit möglich (nach Abschluss des DAS Mediation)	M-MED-1
MAS Systemische Beratung in der Sozialen Arbeit	Einstieg jederzeit möglich	M-BER-1

Zunehmende Etablierung der Schulsozialarbeit im Kanton Bern



Roger Pfiffner
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
roger.pfiffner@bfh.ch



Katrin Hofer
Studentische Mitarbeiterin
katrin.hofer@bfh.ch

In den letzten 10 Jahren haben die Gemeinden im Kanton Bern zunehmend Angebote der Schulsozialarbeit realisiert. Aufgrund der grossen kommunalen Gestaltungsfreiheit unterscheiden sich diese Angebote stark. Das Monitoring Schulsozialarbeit 2012 gibt einen aktuellen Überblick über die bestehenden Angebote und grundlegende Versorgungsaspekte.

Im Jahr 2007 hat die BFH erstmals eine systematische Bestandesaufnahme der Schulsozialarbeit im Kanton Bern erstellt (vgl. Neuenschwander et al. 2007). Diesen Sommer, also rund sechs Jahre später, führte der Fachbereich Soziale Arbeit in Zusammenarbeit mit der Erziehungsdirektion des Kantons Bern und der Stellenleitungskonferenz Schulsozialarbeit erneut eine Befragung in den Berner Gemeinden durch. Die Ergebnisse liefern eine aktualisierte Übersicht über die Ausgestaltung der Schulsozialarbeit Ende des Jahres 2012. Das Monitoring Schulsozialarbeit soll alle zwei Jahre wiederholt werden, um Entwicklungen laufend zu beobachten.

Fast sechs Mal mehr Schulsozialarbeitsangebote als 2006

Im Jahr 1972 wurde von der Stadt Bern erstmals im Kanton ein Angebot der Schulsozialarbeit realisiert. Wie aus der Befragung von 2007 hervorging (vgl. Neuenschwander et al. 2007), verfügten Ende 2006 zehn Gemeinden über ein explizit als Schulsozialarbeit bezeichnetes Angebot. Weitere Projekte zur Einführung der Schulsozialarbeit waren zu dieser Zeit in Planung. Das aktuelle Monitoring zeigt nun, dass seither zahlreiche Angebote realisiert wurden und sich die Schulsozialarbeit im Kanton Bern zunehmend als schulgängendes Angebot etabliert. Im Jahr 2012 verfügen rund 45 Prozent aller schulpflichtigen Kinder im Kanton Bern über einen Zugang zu Leistungen der Schulsozialarbeit. Angebote bestehen in 58 Gemeinden, die in 29 Einzugsgebiete zusammengeschlossen sind und sich auf die Regionen Bern-Mittelland, Thun und Emmental konzentrieren (vgl. Abbildung).

Die aktuellen Entwicklungen weisen darauf hin, dass sich die Angebote in den nächsten Jahren weiter verbreiten werden. In mindestens acht Gemeinden startet das Angebot 2013 und in rund 40 Gemeinden laufen konkrete Projekte zur Einführung der Schulsozialarbeit, die ab 2014 umgesetzt werden. Damit kann vermutet werden, dass es im Kanton Bern in den nächsten zwei Jahren zum stärksten Ausbau überhaupt kommt.

Unterschiede in der Ausgestaltung der Angebote

In zwei Dritteln der Gemeinden mit Schulsozialarbeit haben alle Schulstufen (inkl. Kindergarten) Zugang zu Leistungen der Schulsozialarbeit. Bei den restlichen Gemeinden, welche nur die Primarschulen oder nur die Sekundarstufe I versorgen, handelt es sich meist um kleine Gemeinden mit bis zu 2000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Diese verfügen in der Regel nicht über alle Schulstufen oder bieten Schulsozialarbeit über einen Schulverband gemeinsam mit anderen Gemeinden an. In den kleinen Gemeinden werden die Leistungen zudem meist ambulant angeboten. Dies bedeutet, dass die Schulen von einer zentralen Stelle aus versorgt werden und die Schulsozialarbeitenden ihre Leistungen in einer oder mehreren Schulen anbieten (vgl. Iseli und Grossenbacher 2013). Im Kanton Bern ist dies in 21 Gemeinden (36%) der Fall. Mit zunehmender Einwohnerzahl wird in der Regel integrierte Schulsozialarbeit angeboten. Als integriert wird ein Angebot bezeichnet, wenn ein fixer Arbeitsplatz in der Schule vorhanden ist, regelmässige Präsenzzeiten eingehalten werden und ein breiter Versorgungskatalog vorliegt (vgl. Iseli und Grossenbacher 2013). 15 Gemeinden (26%) mit Schulsozialarbeit realisieren ein integriertes Angebot. Die restlichen 22 Gemeinden (38%) verfügen über ein kombiniertes Versorgungsmodell (ambulant und integriert).

Rückgang der Versorgungsdichte und teilweise Unterversorgung in den Gemeinden

Im Jahr 2012 sind im Kanton Bern 82 Schulsozialarbeitende (47 Vollzeitäquivalente) in den Schulen tätig. Damit liegt die durchschnittliche Versorgungsdichte bei 920 Schülerinnen und Schülern pro Vollzeitpensum. Vor sechs Jahren lag der Wert noch bei 862 Schülerinnen und Schülern pro Vollzeitstelle (vgl. Neuenschwander et al. 2007). Dieser Rückgang kann auf die wachsende Anzahl ambulanter Versorgungsmodelle in kleinen Gemeinden zurückgeführt werden. In diesen Gemeinden werden durchschnittlich 2935 Schülerinnen und Schüler pro Vollzeitpensum betreut. Eine deutlich höhere Versorgungsdichte weisen demgegenüber Gemeinden mit integrierten Leistungen auf. Der Wert liegt hier bei 737 Lernenden pro 100 Stellenprozente. Diese grossen Unterschiede hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Ressourcen sind auch innerhalb von Einzugsgebieten zu beobachten, da Sitzgemeinden meist deutlich besser versorgt werden als ihre Anschlussgemeinden. Vergleicht man diese Werte mit den Empfehlungen der Erziehungsdirektion von 600–900 Schülerinnen und Schülern pro Vollzeitstelle (vgl. Iseli und Grossenbacher 2013), wird deutlich, dass in einigen Gemeinden aktuell zu viele Schülerinnen und Schüler mit den vorhandenen Personalressourcen versorgt werden. Hinweise auf eine solche Unterversorgung gibt es in etwa der Hälfte der Gemeinden mit Schulsozialarbeit. In 14 Gemeinden (35%) werden pro Vollzeitpensum 900 bis 1200 Lernende, in sechs Gemeinden (15%) sogar mehr als 1200, versorgt.

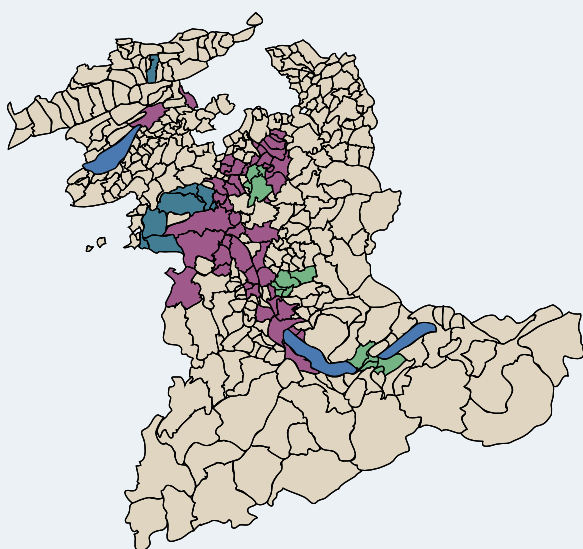
Anbindung der Schulsozialarbeit an den Sozialbereich setzt sich durch

In insgesamt 12 Einzugsgebieten (41%) ist die Schulsozialarbeit fachlich und administrativ dem kommunalen oder regionalen Sozialdienst unterstellt. Aufgrund der Nähe eines Sozialdienstes zum Kinder- und Jugendhilfebereich und seiner fachlichen Kompetenz ist diese Organisationsform naheliegend. Ähnlich verhält es sich mit der Unterstellung bei einer Fachstelle im Bereich Kinder und Jugendliche (6 Einzugsgebiete bzw. 21%). In weiteren fünf Einzugsgebieten (17%) obliegt die Verantwortung für die Schulsozialarbeit direkt der Gemeindeverwaltung (Gemeindeschreiberei resp. Ressort Soziales). Nur in wenigen Fällen ist sie alleine dem Bildungsbereich unterstellt. Insgesamt scheint sich die Angliederung der Schulsozialarbeit an den Sozialbereich durchzusetzen.

Fazit

Über die letzten Jahre ist im Kanton Bern eine Verbreitung der Schulsozialarbeit zu beobachten. Dieser Trend wird sich in Zukunft fortsetzen und sogar noch verstärken. Heute hat im Kanton Bern fast die Hälfte aller schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen Zugang zur Schulsozialarbeit. Eine offene Frage bleibt, ob die gewünschten Wirkungen immer erzielt werden können. Obwohl das Monitoring dazu keine direkten Aussagen machen kann, kommen diesbezüglich für die Gemeinden mit sehr geringer Versorgungsdichte gewisse Zweifel auf. Positiv ist dagegen, dass die Angebote mehrheitlich an alle Schulstufen gerichtet werden. In Bezug auf die fachliche und administrative Unterstellung ist ebenfalls zu begrüßen, dass die Angebote zunehmend bei Sozialdiensten, Jugendämtern und anderen Fachstellen im Bereich Kinder, Jugendliche und Schule angegliedert werden, weil diese über die nötige fachliche Kompetenz verfügen. Dagegen entstand bei der Befragung der Eindruck, dass gerade in Gemeinden mit komplexen Unterstellungsverhältnissen oftmals nicht klar ist, bei wem die Zuständigkeiten liegen. Auch der Sachverhalt, dass die Ressourcen zur Führung der Schulsozialarbeit in einigen Gemeinden nicht klar festgelegt sind, verweist darauf, dass einer effizienten Kooperation von Schule und Jugendhilfe bisher noch nicht die Bedeutung geschenkt wird, die ihr eigentlich zusteht. ●

Abbildung: Versorgung mit Schulsozialarbeit im Kanton Bern (2012)



BFH, Soziale Arbeit

Einführung Schulsozialarbeit (SSA)

- keine SSA
- definitive Einführung 2012
- Projekt SSA (befristet)
- Realisierung 2013

Literatur:

- Iseli, D. & Grossenbacher, S. (2013): Schulsozialarbeit. Leitfaden zur Einführung und Umsetzung. Bern: Erziehungsdirektion des Kantons Bern. 3. Überarbeitete Auflage April 2013.
- Neuenschwander, P.; Iseli, D. & Stohler, R.; unter Mitarbeit von Fuchs, C. (2007): Bestandesaufnahme der Schulsozialarbeit im Kanton Bern. Bern: Berner Fachhochschule, Soziale Arbeit.

Den Monitoringbericht 2012 finden Sie unter soziale-arbeit.bfh.ch/forschung > Publikationen, Schwerpunkt Soziale Organisation.

Offene Kinder- und Jugendarbeit:

Gemeinden in der Verantwortung



Jonathan Gimmel im Interview
Präsident Verband offene Kinder- und
Jugendarbeit Kanton Bern (voja)
jonathan.gimmel@bern.ch

Autor
Daniel Iseli
Dozent
daniel.iseli@bfh.ch

Die offene Kinder- und Jugendarbeit beginnt sich in den Berner Gemeinden zu etablieren. Ursache dafür seien nicht zuletzt vorausschauendes Denken und Handeln, sagt Jonathan Gimmel, Präsident des Verbandes voja. Denn für Gemeinden sei die offene Kinder- und Jugendarbeit schlicht unverzichtbar.

Jonathan Gimmel, Sie sind Präsident des Verbandes voja und arbeiten für die Etablierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit eng mit den Berner Gemeinden zusammen. Welche Bedeutung haben die Gemeinden in der Kinder- und Jugendpolitik?

Jonathan Gimmel: Sie sind die zentralen Akteure! Insbesondere die ganz jungen Menschen sind in erster Linie auf den kommunalen Lebensraum ausgerichtet. Hier findet bis ins mittlere Jugendalter das Aufwachsen statt, hier werden alle wesentlichen Kompetenzen und Ressourcen erworben, Verhaltensweisen trainiert und Selbstwirksamkeit erfahren, um später erfolgreich an der Gesellschaft teilhaben zu können.

Die Kinder- und Jugendpolitik in den Gemeinden muss deshalb darauf abzielen, den jüngeren Generationen optimale Aufwuchsbedingungen bieten zu können. Im Zentrum steht dabei die Stärkung der Familie. Weitere zentrale Sozialisationsorte sind die Schule und der Sozialraum: Während sich Kleinkinder vor allem in der Familie bewegen, gewinnen ausserfamiliäre und auserschulische Beziehungen mit Gleichaltrigen mit zunehmendem Alter an Bedeutung. So erweitert sich der Aktionsradius schrittweise auf die Nachbarschaft, das Quartier, den öffentlichen Raum: zunächst kommunal und später auch regional.

Die BFH lanciert zusammen mit dem Verband voja einen Kurs, der sich der Frage widmet, wie Gemeindebehörden und Trägerschaften die offene Kinder- und Jugendarbeit sinnvoll gestalten können. Warum diese Kooperation?

Die Einbindung der Bedürfnisse der jüngeren Generation in die Politik ist ein herausforderndes Thema. Dies aus einfachem Grund: Keine andere Generation ist für die etablierte Mehrheitsgesellschaft so wandelnd, mobil, unberechenbar, kreativ, verspielt, experimentierfreudig, aufmüpfig, lebenslustig und unverständlich wie die Jugend.

Gleichsam spannend ist die Gestaltung von kommunalen Aufwuchsbedingungen: Denn ohne Vernetzung der Politikbereiche kann es nicht funktionieren. Bereits im öffentlichen Raum wird sichtbar, wie wichtig der Dialog mit den verschiedenen Bevölkerungsgruppen ist. Die Verantwortlichen für die offene Kinder- und Jugendarbeit müssen sich deshalb nebst dem eigenen Dossier auch mit öffentlicher Sicherheit, Raumplanung und Bildung auseinandersetzen.

Der Kurs vermittelt in Kurzform alle wesentlichen Grundlagen über die Entwicklungsaufgaben von jungen Menschen, von Risiko- und Schutzfaktoren bis hin zu Rechts- und Finanzierungsgrundlagen der Jugendarbeit. Auch werden Trends in anderen Politikbereichen, wie z.B. die Schulsozialarbeit erläutert. Ausgerüstet mit einem Füllhorn von bestbewährten Praxisansätzen ermöglicht der Einführungskurs einen konzentrierten und stufengerechten Einstieg in die herausfordernde Tätigkeit der Gemeindebehörden und Trägerschaften in diesem Bereich. Die BFH ist dazu die ideale Partnerin. Der Fachbereich Soziale Arbeit hat grossen Praxisbezug und ist unter anderem auch auf Gemeindefragen spezialisiert. Die Partnerschaft ist ein Glücksfall.



In Fachkreisen wird kritisch diskutiert, dass sich die offene Kinder- und Jugendarbeit oft an ihrem Angebot statt am Bedarf orientiert. Wie reagieren Sie auf solche Kritik?

Offene Kinder- und Jugendarbeit fokussiert den nebst Familie und Schule zentralen dritten Sozialisationsort: den Sozialraum. Sozialisation findet vorwiegend im öffentlichen, ausserschulischen und ausserberuflichen Rahmen statt. Damit wirkt die offene Kinder- und Jugendarbeit als zentrales und in vielen Gemeinden auch einziges Bindeglied im Sozialraum: Bereits bei kleinen Kindern im Quartier, auf Spielplätzen, bei Kinderangeboten oder im Jugendalter mit qualitativen Freizeitangeboten. Die vielen Projekte haben zwar unterschiedliche Schwerpunkte, aber immer die Zielsetzung, die Kinder und Jugendlichen derart zu stärken, dass sie ohne einschneidende Probleme den Weg in die Gesellschaft finden. Vor diesem Hintergrund gehört die Angebotsorientierung der Vergangenheit an. Heute verfügen die oft regional ausgerichteten Kinder- und Jugendfachstellen über Strategien und Konzepte, die sich am politischen und gesellschaftlichen Bedarf orientieren.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit hat sich in letzter Zeit zur Mittlerin zwischen Kindern, Jugendlichen, Eltern und übrigen Anspruchsgruppen in der Gemeinde entwickelt. Sie ist zur Anlaufstelle für Kinder- und Jugendfragen geworden, die in der Gemeinde berät, vermittelt, koordiniert und informiert. Was hat sich an der Verankerung in den Gemeinden verändert?

Die offene Kinder- und Jugendarbeit hat sich im letzten Jahrzehnt in nahezu allen Gemeinden durchgesetzt. Heute werden doppelt so viele Jugendliche erreicht wie noch vor zehn Jahren. Offene Kinder- und Jugendarbeit ist mit ihrem gesamtheitlichen Konzept auch sehr wirtschaftlich. Da sie sehr früh ansetzt und möglichen problematischen Entwicklungen bereits im Ansatz vorbeugt, können hohe volkswirtschaftliche Folgekosten verhindert werden.

Sie sind sehr erfahren in der Kinder- und Jugendpolitik. Was wünschen Sie der bernischen Politik?

Die Bestrebungen der Gemeinden könnten durch eine gezieltere Abstimmung der kantonalen und nationalen Akteure besser unterstützt werden. Denn was nützen aufwändige Kampagnen und Projekte, wenn Kinder und Jugendliche nicht in ihrem Lebensumfeld erreicht werden? Hier lassen sich die öffentlichen Mittel wirkungsvoller einsetzen. Der Kanton Bern ist nicht zuletzt dank einer vorbildlichen Kooperation zwischen der Kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion und den Bernischen Gemeinden in der Kinder- und Jugendpolitik schweizweit in einer Vorbildrolle. Das freut mich sehr. Gleichzeitig stehen wir gegenseitig in der Pflicht, den erfolgreichen Weg der guten Aufwuchsbedingungen weiterzugehen, damit sich die jüngeren Generationen im ganzen Kantonsgebiet eigenverantwortlich in der Gesellschaft etablieren können. ●

Verband voja

Der Verband offene Kinder- und Jugendarbeit Kanton Bern (voja) repräsentiert seit 1999 die professionelle offene Kinder- und Jugendarbeit im Kanton Bern.

Der voja sind insgesamt 222 Gemeinden mit rund 750 000 Einwohnenden sowie verschiedene Kirchgemeinden mit 150 000 Mitgliedern angeschlossen. Im Kanton Bern leben 130 000 Kinder und Jugendliche.

Der Verband fördert die fachliche Qualität und die Entwicklung der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Kanton Bern. Er unterstützt die Sitzgemeinden bei Aufbau, Entwicklung und finanzieller Sicherung des Angebots und die Trägerschaften im Bestreben um deren institutionelle Entwicklung.

Neu: Einführungskurs für Trägerschaften der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Verantwortung für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde. Was heisst das?

Trägerschaften und Gemeindebehörden haben vielfältige Aufgaben in der offenen Kinder- und Jugendarbeit: Sie bearbeiten und beurteilen Fragen der Jugendpolitik in Gemeinde und Region, sie beaufsichtigen die professionelle Kinder- und Jugendarbeit und unterstützen sie in ihrer Aufgabenerfüllung und Entwicklung. Doch was bedeutet das? Wie können diese Aufgaben wahrgenommen und umgesetzt werden? Welche Handlungsspielräume bestehen? Wie arbeitet die offene Kinder- und Jugendarbeit?

Der Kurs bietet eine praxisnahe Einführung in die offene Kinder- und Jugendarbeit und in die entsprechenden Aufgaben von Trägerorganisationen und Gemeindebehörden. Er bietet einen Überblick über das aktuelle Wissen zur Situation der Jugendlichen und die Herausforderungen für das Gemeinwesen. Auftrag, Angebot, Methoden sowie Rahmenbedingungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Kanton Bern bilden einen thematischen Schwerpunkt. Schliesslich werden die strategischen und operativen Aufgaben der Verantwortlichen beleuchtet und Umsetzungsfragen nicht zuletzt im Austausch mit den Teilnehmenden beantwortet.

Informationen und Anmeldung

soziale-arbeit.bfh.ch
Web-Code: K-SOZ-23

Weiterbildung

Angebot	Datum	Web-Code
Kurse zum Thema strategisches und operatives Management sowie Führung		
Projektmanagement	27./28. März und 15./16. Mai 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-SPE-11
Verantwortung für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde. Was heisst das? [neu]	28. April und 5. Mai 2014, 17.00–20.15 Uhr	K-SOZ-23
Sozialmanagementmodelle und Versorgungssysteme [neu]	Mai 2014	K-MAN-5
Sozialplanung [neu]	Juni 2014	K-MAN-6
Kooperation und Netzwerke [neu]	Oktober 2014	K-MAN-7
Fachkurs Konfliktmanagement	Oktober 2014 bis Juni 2015	K-MED-55
Kommunikation, Lobbying und Mittelbeschaffung [neu]	November 2014	K-MAN-8
Certificate of Advanced Studies (CAS)		
CAS Qualitätsmanagement im Gesundheits- und Sozialwesen	April 2014 bis Oktober 2014	C-QM-2
CAS Change Management	September 2014 bis Oktober 2015	C-SOZ-7
CAS Medizincontrolling	nächster Start Herbst 2014	C-QM-1
CAS Führungskompetenzen	nächster Start Frühjahr 2015	C-SOZ-3
CAS Konfliktmanagement	Einstieg mit dem Fachkurs Konfliktmanagement	C-SOZ-8
Master of Advanced Studies (MAS)		
MAS Integratives Management	Einstieg mit jedem CAS-Studiengang möglich	M-MAN-1

Aktuelles zum Schwerpunkt Soziale Organisation

Weiterbildung

Videogestütztes Intensivtraining für Führungskräfte

Fachwissen ist wichtig, wenn ich eine neue Führungstätigkeit übernehme. Die Vermittlung dieser Wissensinhalte gehört zum Standardprogramm in der Weiterbildung. Die Weiterbildungen im Bereich Führungskompetenzen am Fachbereich Soziale Arbeit bieten den Studierenden aber mehr als das.

Wie wirke ich als Führungsperson? Wie kann ich meine Selbstkompetenzen als Führungsperson weiterentwickeln? Diese Fragen haben zur Zusammenarbeit mit Bernhard Jacob und Markus Bach geführt. Sie haben aus dem von der Niederländerin Maria Aarts entwickelten Förderungsprogramm «Marte Meo» ein videogestütztes Intensivtraining für Führungskräfte geschaffen. Dieses Training zeigt anhand von Videoaufnahmen kommunikative Stärken, Fähigkeiten und Schwächen der

Führungsperson sowie interaktionelle Wechselwirkungen auf. Daraus entstehen Handlungsansätze zur Weiterentwicklung der beraterischen Kompetenzen (beispielsweise zur Mitarbeiterführung). Ein Student meldete zurück: «Die zwei Tage mit Bernhard und Markus zeigen bereits Auswirkungen. Ich bin viel wachsamer und sehe in der Interaktion mehr. Die Folge davon ist, dass ich diese lustvoll zu gestalten beginne.»

Informationen zu den Weiterbildungen im Bereich Führungskompetenzen unter soziale-arbeit.bfh.ch/weiterbildung
> Schwerpunkt Soziale Organisation

www.martemeocoaching.de

Leistungsbezugsverläufe und Risikoprofile von neuen Arbeitslosen

Welche Sozialleistungen beziehen neu arbeitslos gewordene Personen in den folgenden sechs Jahren? In einer Studie des Fachbereichs Soziale Arbeit sind die Abfolgen von Bezügen aus der Arbeitslosenversicherung (ALV) und der Sozialhilfe zu Verlaufstypen zusammengefasst und die Merkmale der Beziehenden mit problematischen Verläufen identifiziert worden.



Prof. Dr. Robert Fluder
Dozent
robert.fluder@bfh.ch



Prof. Renate Salzgeber
Dozentin
renate.salzgeber@bfh.ch



Prof. Tobias Fritschi
Dozent
tobias.fritschi@bfh.ch

Was passiert in den folgenden sechs Jahren, nachdem jemand arbeitslos wird? Welche Sozialleistungen werden bezogen? Wie häufig, wie lange und in welcher Abfolge? Die BFH hat im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) personenbezogene Verlaufsanalysen von Sozialleistungsbezügen durchgeführt, um diesen Fragen auf den Grund zu gehen. Dazu wurden Administrativdatensätze und Einzelfallstatistiken anhand einer anonymen Personennummer verknüpft. Auf der Grundlage dieser Daten haben sich Perioden mit Sozialleistungsbezügen, Massnahmen und Erwerbstätigkeit identifizieren und typische Verläufe ermitteln lassen. Diese Verlaufstypen sind anhand von soziodemografischen und arbeitsmarktbezogenen Merkmalen der beteiligten Personen beschrieben worden. Mittels multivariater Modelle wurden die Chancen bzw. Risiken für die einzelnen Verläufe bestimmt. Die daraus resultierenden Erkenntnisse sind wichtige Grundlagen für die präventive Massnahmenplanung. Thema dieses Artikels sind die Leistungsbezugsverläufe von neu arbeitslos gewordenen Personen. In der nächsten «impuls»-Ausgabe wird eine Studie vorgestellt, welche die Verläufe von Sozialleistungsbezügen vor einer IV-Rente analysiert.

Sozialleistungsbezug von rund 150 000 Personen innert sechs Jahren

143 947 Personen, die 2005 neu Arbeitslosentaggel der bezogen haben, wurden in der Studie untersucht (neue Rahmenfrist eröffnet). Für diese Personen wurde ermittelt, wie lange, wie oft und in welcher chronologischen Abfolge sie bis Ende 2010 Arbeitslosenentschädigung (ALE) und/oder Sozialhilfe bezogen haben. Die

Abfolge dieser Verlaufssequenzen wurde zu einer Verlaufstypologie zusammengefasst. Dabei wurde unterschieden, ob die ALE-Bezüge kurz (höchstens zwölf Monate) oder lang waren und ob es zu mehreren Bezugsperioden gekommen ist (vgl. Abbildung, Seite 30; Verlaufstypen 1 bis 4). Von besonderem Interesse waren Verläufe mit einem nachfolgenden Sozialhilfebezug (Verlaufstypen 5 bis 9) und Verläufe mit mehrfachem Wechsel zwischen ALE und Sozialhilfe (Verlaufstyp 10: Pendler). Perioden mit gleichzeitigem Bezug von ALE und Sozialhilfe (kombinierte Bezüge) wurden speziell ausgewiesen.

85,8% der neuen ALE-Beziehenden des Jahres 2005 weisen innerhalb von sechs Jahren ausschliesslich ALE-Bezugsperioden auf (Summe der Verlaufstypen 1 bis 4). 35% beziehen nur einmal und weniger als ein Jahr ALE. Bei weiteren knapp 22% kommt es zu mehreren kurzen ALE-Bezugsperioden. 60% haben ausschliesslich über kurze Perioden von weniger als sechs Monaten ALE bezogen. Diese Verläufe sind (eher) unproblematisch. Es handelt sich dabei oft um Personen, die zwischen zwei Anstellungen nur kurze Zeit arbeitslos sind. Sie haben gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt und finden rasch wieder eine Stelle. In der heutigen Arbeitswelt kommt es häufig vor, dass zwischen zwei Jobs eine kurze Phase von Arbeitslosigkeit liegt.

29% der betrachteten Fälle verzeichnen in den sechs untersuchten Jahren eine oder mehrere längere ALE-Bezugsperioden (Typen 2 und 4). Einem Teil dieser Personen gelingt auch nach langer Arbeitslosigkeit eine Reintegration in den Arbeitsmarkt – andere können anschliessend ihren Lebensunterhalt aus anderen Quel-



len decken: durch eine Erwerbstätigkeit des Partners bzw. der Partnerin, durch andere Ersatzeinkommen wie Unfall-/Krankentaggelder oder IV-Renten oder durch einen Vermögensverzehr.

9 Prozent mit besonders problematischen Verläufen

14,2% der neuen ALE-Beziehenden erhalten in den sechs Beobachtungsjahren ebenfalls Sozialhilfe (Typen 5 bis 10). 2,3% beziehen Sozialhilfe ausschliesslich während eines ALE-Bezugs (kombiniert mit ALE: Typen 5 und 6). Somit haben 11,9% der neuen ALE-Beziehenden einen Übergang in die Sozialhilfe (mindestens eine Periode mit ausschliesslichem Sozialhilfebezug).

Knapp 3,0% erhalten nach einem kurzen ALE-Bezug Sozialhilfe (Typ 7). Dabei handelt es sich u.a. um Personen, die von der Erfüllung der Beitragspflicht befreit sind und bereits nach 260 Bezugstagen (d.h. knapp 12 Monaten) ausgesteuert werden. Es können aber auch Personen sein, die einen Job gefunden haben, dessen Lohn aber nicht zur Existenzsicherung ausreicht. Ein weiterer Teil betrifft nicht mehr vermittlungsfähige Personen (z.B. aus gesundheitlichen Gründen). Bei diesem Verlaufstyp ist der Anteil der Personen mit einer späteren IV-Rente besonders hoch (16% im Vergleich zu 3,8% bei allen ALE-Neubeziehenden im Durchschnitt).

Bei 4,9% der Fälle folgt die Sozialhilfe nach einem langen ALE-Bezug (Typ 8) oder nach einem Kombi-Bezug (Typ 9). Dreiviertel dieser Personen werden im Laufe der sechs Jahre ausgesteuert (73% im Vergleich zum Anteil von 21% bei allen neuen ALE-Beziehenden). Fast die Hälfte dieser Personen (44%) ist nach sechs Jahren immer noch in der Sozialhilfe. Personen dieses Verlaufs-

typs haben offenbar erhebliche Schwierigkeiten, sich wieder nachhaltig beruflich zu integrieren – hier besteht ein ausgewiesener Handlungsbedarf.

4,0% bzw. 6000 Personen sind Pendler zwischen ALE und Sozialhilfe, diese Personen kommen also nach ALE und Sozialhilfe anschliessend erneut in die ALE (Typ 10). Mit einer Bezugsdauer von rund 3,4 Jahren (etwa zur Hälfte ALE und zur Hälfte Sozialhilfe) bleiben diese Personen sehr lange abhängig von Sozialleistungen. Auch bei diesem Verlaufstyp ist der Anteil der Personen mit einer Aussteuerung mit 53% hoch. Fast die Hälfte der Personen mit einem solchen Verlauf bezieht am Ende der Beobachtungsperiode ALE oder Sozialhilfe. Verläufe mit einem wiederholten Bezug von ALE und Sozialhilfe sind besonders problematisch.

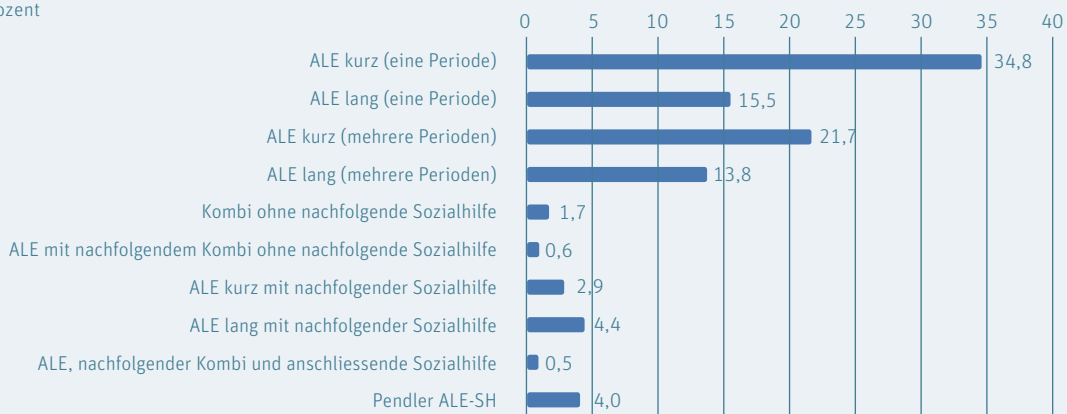
Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass rund 9% der neuen ALE-Beziehenden einen besonders problematischen Leistungsbezugsverlauf aufweisen (Typen 8, 9, 10); auf diese sollte ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

Risikoprofile der Verlaufstypen

Gibt es bestimmte Personengruppen, die eine überdurchschnittlich hohe Wahrscheinlichkeit für einen bestimmten Verlauf haben? Die z.B. erhöhte Chancen für eine rasche Beendigung eines ALE-Bezugs oder ein erhöhtes Risiko für einen späteren Sozialhilfebezug haben? Und welches ist ihre Zusammensetzung nach soziodemographischen und sozioprofessionellen Merkmalen?

Männer sind in Verläufen, die in die Sozialhilfe führen, etwas häufiger vertreten, während Frauen in den Langzeitverläufen von ALE etwas häufiger sind.

Abbildung: Häufigkeiten von typischen Verläufen
in Prozent



Quelle: BSV SHIVALV 2005–2010, Berechnungen BFH, Fachbereich Soziale Arbeit; N=143 947

Der SHIVALV-Datensatz besteht aus Administrativdaten der IV und der ALV sowie der Sozialhilfestatistik. Er wird vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) jährlich erstellt. Darin enthalten sind alle Leistungsbeziehenden der drei Teilsysteme im Alter von 18 bis 65 Jahren.

ALE: Arbeitslosenentschädigung
SH: Sozialhilfe

Kombi: kombinierter Bezug von ALE und Sozialhilfe
Pendler: mindestens je ein Übergang ALE → SH und SH → ALE

Ein deutliches Muster zeigt sich beim Alter. Junge Erwachsene sind vor allem bei den Kurzzeitverläufen von ALE überrepräsentiert. Aufgrund einer nur kurzen Beitragszeit ist ihre Anspruchsberechtigung oft eingeschränkt. Umgekehrt liegen die Verhältnisse bei Personen über 45 Jahren: Sie haben zwar ein geringeres Arbeitslosenrisiko; wenn sie aber arbeitslos werden, verbleiben sie relativ lange in der Arbeitslosigkeit. Sie sind daher hauptsächlich in den Langzeitverläufen wesentlich häufiger anzutreffen als die übrigen Altersgruppen.

Nicht nur das Risiko arbeitslos zu werden, hängt von der Nationalität ab, sondern auch das Risiko für problematische Verläufe. So haben Personen mit Schweizer Herkunft und in der Tendenz auch Personen aus den Nachbarländern und aus Nordeuropa öfter nur Verläufe mit einmaligen kurzen ALE-Bezügen. Personen aus Ländern ausserhalb der EU sind bei mehrfachen Langzeitbezügen von ALE und bei Verläufen, die in die Sozialhilfe führen, deutlich übervertreten.

Auch die Familiensituation hat einen Einfluss auf das Risiko für einen bestimmten Verlauf. Ledige sind in den Kurzzeitbezügen von ALE häufiger vertreten, während bei Verheirateten Langzeitverläufe öfter vorkommen. Geschiedene sind in allen Verläufen mit einer Beteiligung der Sozialhilfe deutlich überrepräsentiert, besonders beim kombinierten Leistungsverlauf ALE-Sozialhilfe. Dies dürfte mit der oftmals prekären finanziellen Situation als Folge einer Scheidung zusammenhängen.

Bei der Familiensituation ist bedeutsam, ob eine Person Unterstützungspflichten hat oder nicht. Unterstützungspflichten führen zu einem erhöhten Risiko für längere Leistungsbezüge, kombinierte Bezüge und solche mit wiederkehrenden Leistungsbezugsepisoden (Pendler). Hohe Kinderkosten und Betreuungspflichten gehen einher mit finanziellen Risiken und einer eingeschränkten Flexibilität am Arbeitsmarkt.

Auch sozioprofessionelle Merkmale bestimmen die Chancen auf eine rasche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Hier kommt der Berufsbildung eine Schlüsselstellung zu. Ein Drittel der ALE-Neubeziehenden verfügte über keine Berufsausbildung – bei der gesamten Bevölkerung sind es nur 14%. Diese Personen sind in Verläufen mit langen und mehrmaligen ALE-Bezügen, bei Verläufen mit einer Sozialhilfefolge und bei den Pendlern deutlich übervertreten. Hier zeigt sich, dass es für Personen ohne arbeitsmarktrelevante Qualifikation schwierig ist, eine stabile und ausreichend entlohnte Beschäftigung zu finden. Die guten Arbeitsmarktchancen von Personen mit einer Tertiärausbildung zeigen sich an ihrem hohen Anteil beim Verlauf mit einer einmaligen und nur kurzen ALE-Bezugsperiode.

Haben Arbeitslose aus bestimmten Branchen ein erhöhtes Risiko für problematische Verläufe? Es sind v.a. Beschäftigte aus dem Gastgewerbe, der Landwirtschaft und zum Teil dem Baugewerbe, die ein erhöhtes Risiko für lange Verläufe und Verläufe mit Sozialhilfefolge haben. Jobs mit prekären Anstellungsbedingungen, mit einem tiefen Lohn und befristeten Verträgen dürften für dieses Risiko verantwortlich sein. Ein erheblicher Teil dieser Verläufe führte in die Sozialhilfe. Es zeigt sich zudem, dass Personen mit bestimmten Berufen (Risikoberufe des Strukturwandels), ein deutlich erhöhtes Risiko für kombinierte Verläufe, Verläufe mit Sozialhilfefolge und für einen Pendlerverlauf haben. ●

Literatur:

Verläufe, Risikoprofile und Einflussfaktoren für die berufliche Integration von neuen ALV-Beziehenden, Schlussbericht erstellt im Auftrag des SECO, Februar 2013, unveröffentlicht.

Öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich?



Rudolf Farys
Assistent
Institut für Soziologie, Uni Bern
rudolf.farys@soz.unibe.ch



Oliver Hümbelin
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Fachbereich Soziale Arbeit, BFH
oliver.huembelin@bfh.ch

«Die Mär der sich öffnenden Schere ist unausrottbar», titelte eine Schweizer Tageszeitung kürzlich. «Während in den jüngsten Krisenjahren in vielen europäischen Ländern die Einkommensschere zwischen Reichsten und Ärmsten stärker auseinander geht, erweist sich die Schweiz als Hort der Stabilität.» Aktuelle Auswertungen zeigen ein differenzierteres Bild.



Zuverlässige Quellen zur Entwicklung der Ungleichheit in der Schweiz sind nicht einfach auffindbar. Der Autor der eingangs erwähnten Tageszeitung hat sich im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten informiert und ist bei seinen Recherchen beim Bundesamt für Statistik fündig geworden. Dieses publiziert seit neuestem Zahlen zur Entwicklung der Ungleichheit in der Schweiz. Eine zuverlässige Quelle, könnte man meinen. Es lohnt sich jedoch genauer hinzuschauen. Die Bundesstatistiker beziehen sich nämlich auf eine Erhebung, in welcher eine Auswahl der Schweizer Haushalte einen Monat lang Einnahmen und Ausgaben dokumentiert. Bekannterweise sind derartige Stichprobenerhebungen verzerrt, weil einkommensschwache Personen seltener an Befragungen zur Einkommenssituation teilnehmen. Es ist

zudem schwer vorstellbar, dass die Grossverdiener der Schweiz einen Monat lang akribisch Buch über ihre Ausgaben führen – etwa für gekaufte Zwiebeln. Entsprechend sind Haushalte mit sehr hohem und sehr geringem Einkommen in solchen Befragungen schwierig bis gar nicht erreichbar, und es kommt deshalb zu einem sogenannten «Mittelschichtbias» (Diekmann 2009: 309). Für eine gesamthafte Beurteilung der Ungleichheit ist das zentral.

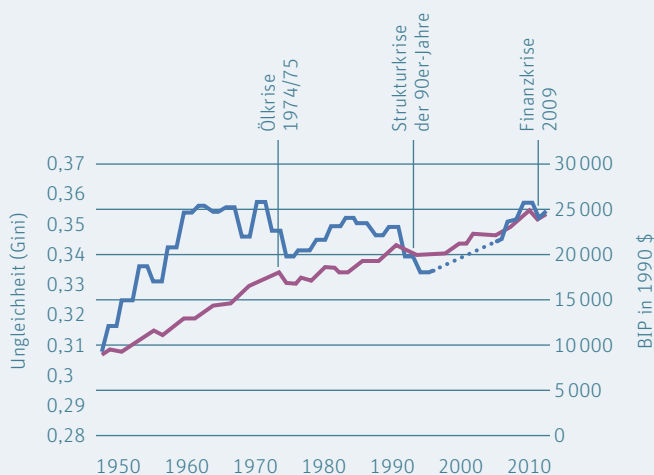
Entwicklung der Ungleichheit von 1950 bis 2010

Aussagekräftiger sind Steuerstatistiken der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Diese Daten wurden im Rahmen eines Nationalfonds-Projekts zur Ungleichheit in der Schweiz (vgl. Kasten, Seite 33) für den Zeitraum

1950 bis 2010 ausgewertet (vgl. Abbildung). Das Ausmass der Ungleichheit ist retrospektiv betrachtet durchaus Schwankungen unterworfen. Am geringsten war die Ungleichheit Anfang der 50er-Jahre. Danach stieg sie kontinuierlich an und erreichte historische Höchstwerte im Jahre 1971. Anschliessend folgte eine Phase des Auf und Ab. In der historischen Betrachtung auffällig ist die – gemessen an den Wachstumsraten – rasante Zunahme der Ungleichheit in den 2000er-Jahren, die im Jahr der Finanzkrise (2009) gestoppt wurde. In der jüngeren Geschichte kann demzufolge durchaus gesagt werden, dass die Ungleichheit zugenommen hat.

Der Grad der Ungleichheit ist demnach keineswegs stabil und es drängt sich die Frage nach den Ursachen der Veränderungen auf. Der Prozess, wie sich ökonomische Ressourcen in einer Gesellschaft verteilen bzw. konzentrieren, kann als Zusammenspiel von wohlstandsgenerierenden Marktprozessen und ausgleichenden politischen Interventionen gesehen werden.

Abbildung: Entwicklung von Wohlstand und Ungleichheit in der Schweiz (1950–2010)



Quellen: Maddison Historical Statistic, Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV)
Berechnungen: Uni Bern/BFH

■ Gini ■ BIP in 1990 \$

Erläuterungen zur Grafik: Die violette Linie zeigt die Entwicklung des Wohlstandes, gemessen über das Bruttosozialprodukt pro Kopf in internationalen \$ zu Preisen von 1990 (längste verfügbare kohärente Zeitreihe). Die blaue Linie zeigt die Gleichheit bzw. Ungleichheit der Einkommen, gemessen über den Gini-Koeffizienten des steuerbaren Einkommens von natürlichen Personen (Werte nahe bei 1 stehen für eine sehr ungleiche Verteilung, Werte nahe bei 0 stehen für eine gleichmässige Verteilung). Die Lücke (gepunktete Linie) ergibt sich aus der Umstellung des Steuerbemessungssystems, die von den Kantonen etappenweise vorgenommen wurde. Gesamtschweizerische Steuerdaten für den Zeitraum von 1995 bis 2003 existieren deshalb nicht.

Ungleichheit und Wirtschaftswachstum

Es bestehen unterschiedliche Meinungen darüber, wie sich die konjunkturelle Entwicklung auf die Ungleichheit auswirkt. Eine weit verbreitete These besagt, dass Wirtschaftswachstum mit wachsender Ungleichheit verbunden ist, weil nicht alle gleichermassen vom technologischen Wandel profitieren (OECD 2011). Gut Gebildete wüssten die Gunst der Stunde zu nutzen, während schlecht Qualifizierte abgehängt würden. Demgegenüber wird vermutet, dass Wachstumsphasen zu einer allgemeinen Zunahme des Wohlstands führen. Es seien vielmehr wirtschaftliche Krisen, die eine Segregation der Gesellschaft antreiben und zu einer Zunahme der Ungleichheit führen. Argumentiert wird hierbei mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit, die zu Verarmung führt. Es gibt aber auch Studien, die gar keine systematischen Beziehungen zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Ungleichheit feststellen.

Umverteilung durch den Sozialstaat

Neben der wirtschaftlichen Entwicklung, spielt die Ausgestaltung des Sozialstaates eine bedeutende Rolle. So wird die Ungleichheit, die durch Markteinkommen zustande kommt, durch soziale Transferleistungen, wie beispielsweise Renten, erheblich verringert (Modetta und Müller 2012). Die Entwicklung der kollektiven Sozialen Sicherheit ist ein Phänomen der neueren Geschichte, das eng an das sich zaghaft entwickelnde Bewusstsein für Krisen gekoppelt ist. Verglichen mit anderen europäischen Ländern wurde die Debatte um die Soziale Sicherheit in der Schweiz erst spät aufgenommen, aber leidenschaftlich geführt (Halbeisen et al. 2012: 70). Ausgehend von 1950 lassen sich grob drei Entwicklungsphasen ausmachen:

Ausbau der Sozialen Sicherheit in prosperierendem Umfeld (1950–1975)

Die Nachkriegszeit war gekennzeichnet durch Vollbeschäftigung und Lohnwachstum, das sich über mehrere Jahrzehnte erstreckte. Parallel dazu entwickelte sich das System der Sozialen Sicherheit eher zaghaft. Zwar bekannte sich die Schweiz 1952 zu den internationalen Mindestnormen, diese erfüllte sie vorerst aber nicht. Es fehlte eine Invalidenversicherung (IV) und AHV-Renten waren zu tief angesetzt. 1960 wurde zwar die IV eingeführt, ohne Handlungsdruck blieb der Schweizerische Sozialstaat im europäischen Vergleich vorerst aber unterentwickelt. Die AHV-Renten wurden erst 1972 auf ein annähernd existenzsicherndes Mindestniveau gehoben.

Soziale Sicherheit im Zeichen der Wachstumskrise (1975–1979)

Nach 30-jähriger Phase des Wirtschaftsbooms war der Schreck über die Erdölkrise (Herbst 1973) und die Folgejahre mit Rezession gross. Ein allgemeines Krisenbewusstsein breitete sich aus. Als Folge wurde ein nationales Obligatorium einer Arbeitslosenversicherung eingeführt.

Ausbau des Sozialstaats in wechselhafter Konjunkturlage (1990 bis heute)

Die im 20. Jahrhundert längste Phase wirtschaftlicher Stagnation zeigte sich in den 90er-Jahren. Wurde die Arbeitslosigkeit in vorangehenden Krisen mit der Rückwanderung ausländischer Arbeitskräfte weitgehend «exportiert», war die Krise in der Zeit ab 1990 mit einer zunehmenden Verunsicherung hinsichtlich der Zukunft von Arbeitsplätzen und einer Zunahme der Arbeitslosenquote verbunden. Gleichzeitig entwickelte sich die Sozialpolitik zu einem hart umkämpften Politikfeld.

Ungleichheit in prosperierenden Zeiten und in Krisen

Aus der gemeinsamen Betrachtung von Wohlstandsentwicklung und Ungleichheit lässt sich Verschiedenes über das Zusammenspiel von Wirtschaft und Sozialpolitik und deren Auswirkung auf die Ungleichheit erkennen. Zunächst ist ersichtlich, dass Phasen des Wachstums mit einer Zunahme der Ungleichheit verbunden sind (vgl. Abbildung). Deutlich wird das während der Prosperitätsphase der 50er- und 60er-Jahre. Dies zeigt sich auch in der Phase von 2004 bis 2010. Gleichzeitig gehen Jahre der Krisen mit einer Reduktion der Ungleichheit einher, was erstaunen mag. Erklärt werden kann dies durch den Rückgang der Einkünfte der oberen Einkommensklassen, deren Erträge aus Vermögensbeständen (Aktien) in Zeiten der Krisen stärker tangiert sind. Die Daten zeigen auch, dass Krisenjahre in der Schweiz ohne Zunahme der Ungleichheit und ohne Verarmung von breiten Bevölkerungsschichten überstanden werden konnten. Dies nicht zuletzt dank des Systems der Sozialen Sicherung, dass ab den 90er-Jahren mehr Absicherung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bot. Auch stellte die Erhöhung der AHV-Renten einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Altersarmut dar, der sich in der Reduktion der Ungleichheit ab 1972 unmittelbar zu zeigen scheint (vgl. Abbildung). Gerade für die Schweiz, in der sich die jüngste Finanzkrise (bisher noch) nicht als tiefgreifende Wirtschaftskrise gezeigt hat, stellt sich daher die Frage, ob eben nicht gerade die Soziale Sicherheit eine wichtige Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg ist.

Das Ringen um Wahrheit

Ungleichheit wird heute vielerorts als dringliches politisches Problem wahrgenommen. Eine internationale Expertengruppe bestehend aus Politikerinnen und Politikern, Vertretenden der Wissenschaft und NGO's sieht die Entwicklung der Ungleichheit als das zentrale ökonomische Risiko der kommenden Jahre (WEF 2013). Auch in der Schweiz äussert sich der Unmut zu Verteilungsfragen (Abzocker-Initiative, Mindestlohn und 1:12). Gleichzeitig steht die Finanzierbarkeit bestehender Sozialwerke zur Debatte (laufende Revisionen von ALV, IV und AHV). Vor diesem Hintergrund wurde das Thema der Einkommensverteilung intensiv von den grossen Interessenverbänden beachtet. Sowohl der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) als auch Avenir Suisse versuchen mit verschiedenen Publikationen das Meinungsbild der Schweizer Bevölkerung zu prägen.

Hier wird klar, dass das Ringen um Macht in der demokratischen Schweiz auch ein Ringen um Wahrheit ist. Mit publizierten Studien werden Meinungen gemacht und politische Mehrheit gewonnen. Umso wichtiger ist die sorgfältige Aufarbeitung und Analyse verlässlicher Datengrundlagen. Das Forschungsprojekt Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in der Schweiz erarbeitet solche Grundlagen, indem es eine gesicherte Datengrundlage für eine längere Zeitperiode erstellt und analysiert (vgl. Kasten). Es leistet damit auch einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion.

Literatur:

- Diekmann, Andreas (2009): Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen (20. Aufl.). Reinbek: Rowohlt.
- Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit und Veyrassat, Beatrice (2012): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. Basel: Schwabe.
- Modetta, Caterina und Müller, Bettina (2012): Einkommensungleichheit und staatliche Umverteilung. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Organisation for Economic Cooperation and Development OECD (2011): Divided We Stand. Why Inequality Keeps Rising. Paris: OECD Publishing.
- World Economic Forum WEF (2013): Global Risks 2013. Eighth Edition. Genf: World Economic Forum.

Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in der Schweiz

Das Forschungsprojekt wird in Zusammenarbeit der BFH (Fachbereich Soziale Arbeit) und der Universität Bern (Institut für Soziologie) bearbeitet und vom Schweizerischen Nationalfonds finanziell unterstützt. Gerne möchten wir Sie auf die Projekt-Website aufmerksam machen:

Unter www.inequalities.ch können Sie sich zum Forschungsdesign und -Team kundig machen und weitere Ergebnisse einsehen. So wurden erste Resultate am Kongress «Ungleichheit in Zeiten der Krise» der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie (SGS) (Sommer 2013) präsentiert. Ausserdem finden Sie im Bereich «Datenvisualisierung» eine interaktive Grafik, die die Entwicklung der Einkommensungleichheit auf kantonaler Ebene von 1969 bis 2009 abbildet. Publiziert ist ferner der Schlussbericht zu einer Studie im Auftrag von Travail Suisse. In dieser wurde untersucht, wie sich Veränderungen der Familienzulagen auf die Ungleichheit in der Schweiz auswirken.

Soziale Ungleichheit und Gesundheit: Arme sind kränker



Pascale Zürcher
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
pascale.zuercher@bfh.ch

«The right to health applies to all human beings regardless of their race, colour, sex, language, religion, political or other opinion, their social origin, property, birth or other status.» Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) spricht klare Worte: Alle Menschen haben das Recht auf Gesundheit – losgelöst von ihrem sozialen Status, ihrem Geschlecht oder anderen Merkmalen. Auch in der Schweiz steht das Thema auf der Agenda: Im Frühling findet erstmals eine nationale Tagung statt mit dem Ziel, Fachleute aus Wissenschaft, Praxis und Politik zu vernetzen.

Sozial schlechter gestellte Menschen sind häufiger krank und sterben früher. Dabei verläuft die Gesundheit nach einem sozialen Gradient: Je tiefer der Bildungsstand, der berufliche Status und das Einkommen einer Person, je tiefer also der sozioökonomische Status, desto schlechter sind ihr Gesundheitszustand und ihr Gesundheitsverhalten und desto kürzer ist ihre Lebenserwartung verglichen mit sozial besser gestellten Personen.

Erste Erkenntnisse eines sozialen Gradienten von Gesundheit gehen auf die Whitehall Studies in den 60er-Jahren von Michael Marmot (2004) zurück. In seinen Langzeitstudien über die Gesundheit von britischen Staatsangestellten im Alter zwischen 40 und 64 Jahren stellte er fest, dass das Erkrankungs- und Sterberisiko mit steigender Hierarchiestufe im Staatsapparat abnahm (Marmot 2004). Zusammenhänge zwischen den Kerndimensionen sozialer Ungleichheit – Bildung, Einkommen und Berufsstatus – und Gesundheit lassen sich in allen Ländern beobachten, ungeachtet dessen, wie hoch das Wohlstandsniveau oder wie weit das Soziale Sicherungs- und Gesundheitssystem ausgebaut ist (Richter/Hurrelmann 2009).

Schlüsselfaktor Erwerbstätigkeit

Der Zusammenhang kann auch für die Schweiz in einer Vielzahl von Studien belegt werden (GEF 2010; Wiedenmayer, Lieberherr & Marquis 2009; BFS 2013 u.a.m.). Die Bedeutung von sozioökonomischen und soziokulturellen Faktoren für die Gesundheit wird im letzten nationalen Gesundheitsbericht (2008) betont. Insbesondere den eng miteinander verknüpften Faktoren «Bildung» und «Einkommen» wird eine besonders hohe Vorhersagekraft für den Gesundheitsstatus zugeschrieben (ebd.: 24). Damit eng verknüpft ist die Erwerbstätigkeit. Je nach Qualität der Arbeit, Arbeitsbedingungen oder beruflicher Stellung im Arbeitsprozess besteht ein unterschiedliches Risiko gesundheitlicher Belastung. Andererseits kann sich auch Erwerbslosigkeit negativ auf die Gesundheit auswirken, insbesondere auf die psychische. Dies bestätigen neuste Ergebnisse einer Studie der BFH über die Gesundheit von Langzeiterwerbslosen im Kanton Bern (Lätsch, Pfiffner & Wild-Näf 2012): Langzeiterwerbslose in der Sozialhilfe fühlen sich im Durchschnitt signifikant

weniger gesund, berichten über deutlich mehr gesundheitliche Probleme und sind markant häufiger in ärztlicher bzw. psychotherapeutischer Behandlung als der Durchschnitt der Schweizer Bevölkerung.

Noch keine nationale Strategie vorhanden

Die Thematik der gesundheitlichen Ungleichheit verliert nicht an Brisanz. Im Jahr 2011 sind 7,6 Prozent der Schweizer Bevölkerung von Einkommensarmut und 14,3 Prozent von Armutsgefährdung betroffen (BFS 2013a). Zudem zeigen neuste Erkenntnisse bezüglich der sozialen Ungleichheit in der Schweiz, dass die Einkommensschere zwischen Arm und Reich in der Schweiz wieder zunimmt (vgl. auch der Artikel von Oliver Hübelin und Rudolf Farys, Seite 31). Aus der internationalen Forschung ist bekannt, dass gesundheitliche und soziale Probleme in Ländern mit einer hohen Ungleichheit häufiger auftreten als in Ländern mit mehr Gleichheit (Wilkinson/Pickett 2010). Trotz der Erkenntnis um den Zusammenhang zwischen sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit gibt es in der Schweiz bislang keine nationale Strategie zur Verringerung gesundheitlicher Ungleichheit. Vielmehr gibt es Strategien, die auf die Gesundheitsförderung und das Empowerment spezifischer Zielgruppen abzielen, wie z.B. die «Bundesstrategie Migration & Gesundheit 2002 bis 2007» oder die «Gesamtschweizerische Strategie zur Armutsbekämpfung» (Meyer 2008).

Von der Verhaltens- zur Verhältnisprävention

Um die Ungleichheit im Bereich Gesundheit zu vermindern gibt es zwei Ansatzpunkte: Einerseits kann beim Abbau der sozialen Ungleichheit eingesetzt werden, indem Unterschiede in Bildung, Einkommen und Beruf verringert werden. Nebst Umverteilungsmassnahmen beinhaltet dieser Ansatz auch Massnahmen, die die Chancengleichheit fördern; z.B. die Verbesserung der Zugangschancen von weniger privilegierten Kindern zum Bildungssystem oder die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für schlechter Qualifizierte.



Nicht jeder kann sich Gesundheit leisten.

Andererseits kann bei einer Verbesserung der Lebensbedingungen (d.h. der materiellen, verhaltensbezogenen und psychosozialen Faktoren) angesetzt werden; etwa mittels Massnahmen zur Minimierung des Unfall- und Verletzungsrisikos sowie zur Verringerung psychosozialer Belastungen am Arbeitsplatz (Villiger/Knöpfel 2009: 81f.).

Im Hinblick auf die gesundheitliche Ungleichheit gibt es zunehmend eine Verschiebung von der Verhaltensprävention, die lange Zeit im Fokus der Gesund-

heitsförderung stand, hin zur Verhältnisprävention: Die Verringerung der sozialen Ungleichheit und die Verbesserung der Lebensbedingungen sollen durch eine Veränderung der Verhältnisse erreicht werden (ebd.).

Dies kann nur gelingen, wenn Gesundheitsförderung in Bezug auf die gesundheitliche Ungleichheit als interdisziplinäres Feld wahrgenommen wird, in dem eng mit der Sozial-, Beschäftigungs- und Bildungspolitik zusammengearbeitet werden muss. Mit der ersten nationalen Tagung zum Thema Gesundheit und Armut in der Schweiz wird am 9. Mai 2014 (vgl. Kasten) der Rahmen bereitgestellt, um den Austausch zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik zu fördern, Akteure miteinander zu vernetzen und politisch für das Thema zu sensibilisieren. ●

Nationale Tagung: Gesundheit & Armut – ungleich gesund

Im Frühling 2014 organisiert die BFH in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Gesundheit, der Stadt Bern, dem Schweizerischen Roten Kreuz, der Caritas Schweiz und der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe eine erste nationale Tagung zum Thema Gesundheit und Armut. Die Tagung richtet sich an Fachpersonen, die sich mit Gesundheitsfragen von Armutsbetroffenen auseinandersetzen.

Das Thema wird von namhaften Referentinnen und Referenten aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven beleuchtet. Anschliessend wird der Austausch – ausgehend von spannenden Projekten aus der Praxis – bezüglich Best Practice, Handlungsbedarf und Lösungsansätzen gefördert.

Datum: 9. Mai 2014

Ort: Sorell Hotel Ador, Laupenstrasse 15, Bern

Informationen und Anmeldung

soziale-arbeit.bfh.ch

Web-Code: T-SOZ-9

Um frühzeitige Anmeldung wird gebeten.

Literatur:

- BFS (2013): Gesundheitszustand, Armut und Verzicht auf Pflegeleistungen. Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen (SILC) 2011. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- BFS (2013a). BFS Aktuell. Ergebnisse 2007 bis 2011. Armut in der Schweiz. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- GEF (2010): Vierter Gesundheitsbericht des Kantons Bern. Die Gesundheitschancen sind ungleich verteilt. Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern.
- Lätsch, David; Pfiffner, Roger & Wild-Näf, Martin (2. Auflage, 2012): Die Gesundheit sozialhilfebeziehender Erwerbsloser in der Stadt Bern. Berner Fachhochschule, Fachbereich Soziale Arbeit.
- Marmot, Michael (2004): Status Syndrome. In: Significance. Wiley Online Library.
- Meyer, Katharina (Hrsg., 2008): Gesundheit in der Schweiz. Nationaler Gesundheitsbericht 2008. Bern: Verlag Hans Huber.
- Richter, Matthias; Hurrelmann, Klaus (2009): Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme, Perspektiven. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Villiger, Simone & Knöpfel, Carlo (2009): Armut macht krank. Warum gesellschaftliche Verhältnisse die Gesundheit prägen. Luzern: Caritas-Verlag.
- Wiedenmayer, Gabriele; Lieberherr, Renaud & Marquis, Jean-François (2009): Soziale und gesundheitliche Ungleichheit in der Schweiz, Sektion Gesundheit der Bevölkerung. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Wilkinson, Richard & Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin: Tolkemitt.

Weiterbildung

Angebot	Datum	Web-Code
Kurse zum Thema Sozialhilfe		
Junge Erwachsene in der Sozialhilfe	4./5. März 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-SPE-2
Fachkurs Funktionen der Sozialen Arbeit in der Sozialhilfe [neu]	Mai bis Juni 2014	K-SOZ-24
Fachkurs Sozialhilfe	Mai bis Juli 2014	K-SOZ-22
Öffentliche Sozialhilfe und Sozialversicherungen [neu]	6./7. Mai und 3./4. Juni 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-SVE-1
Fachkurs Methodisches Handeln in der Sozialhilfe [neu]	September bis Oktober 2014	K-SOZ-25
Fachkurs Methodisches Handeln mit spezifischen Klientengruppen in der Sozialhilfe [neu]	November 2014 bis Januar 2015	K-SOZ-26
Kurse zum Thema Sozialversicherung		
Öffentliche Sozialhilfe und Sozialversicherungen [neu]	6./7. Mai und 3./4. Juni 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-SVE-1
Sozialversicherungsrecht	27./28. Mai 2014 und 17./18. Juni 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-REC-1
Kurse zum Thema Opferhilfe		
Gesprächsführung mit traumatisierten Menschen	23./24. Juni 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-SPE-33
Häusliche Gewalt	18. August 2014, 8.45–17.15 Uhr	K-OH-2
Fachkurs Opferhilfe	nächster Start 1. Quartal 2015	K-SPE-1
Kurse zum Thema Sozialpolitik		
Einführungskurs für Mitglieder von Sozialbehörden im Kanton Bern / Region Thun und Berner Oberland	8. Mai 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-SOZ-10
Einführungskurs für Mitglieder von Sozialbehörden im Kanton Bern / Regionen Bern Mittelland, Seeland, Ob- und Nidwalden	11. und 18. Juni 2014, 17.00 – 20.15 Uhr	K-SOZ-11
Einführungskurs für Mitglieder von Sozialbehörden im Kanton Bern	22. August 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-SOZ-8
Vertiefungskurs 1: Die Sozialbehörde beaufsichtigt und unterstützt den Sozialdienst in der Aufgabenerfüllung	27. März 2014, 17.00 – 20.15 Uhr	K-SOZ-14
Vertiefungskurs 2: Die Sozialbehörde plant den Bedarf an Leistungsangeboten in der Gemeinde	2. Juni 2014, 17.00 – 20.15 Uhr	K-SOZ-15
Vertiefungskurs 3: Risiko- und Missbrauchsprävention in Sozialdiensten – Rolle und Aufgaben der Sozialbehörden	18. September 2014, 17.00 – 20.15 Uhr	K-SOZ-16
Vertiefungskurs 4: Die Sozialbehörde beurteilt die grundsätzlichen Fragestellungen der Sozialhilfe	11. November 2014, 17.00 – 20.15 Uhr	K-SOZ-17
Vertiefungskurs 5: Revision Vormundschaftsrecht: Was heisst das für die kommunalen und regionalen Behörden	6. November 2014, 17.00 – 20.15 Uhr	K-SOZ-20
Verantwortung für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde. Was heisst das? [neu]	28. April und 5. Mai 2014, 17.00–20.15 Uhr	K-SOZ-23
Kurse für Sachbearbeitende		
Einführungskurs für neue administrative Mitarbeitende in öffentlichen Sozialdiensten	23./24. April 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-ADM-1
Sozialversicherungskenntnisse für Sachbearbeitende	27./28./29. August 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-ADM-2
Fachkurs Sachbearbeitung in sozialen Dienstleistungsorganisationen	November 2014 bis Mai 2015	K-ADM-4
Tagung		
Gesundheit & Armut – ungleich gesund	9. Mai 2014, 9.00–16.30 Uhr	T-SOZ-9
Certificate of Advanced Studies (CAS)		
CAS Opferhilfe	Beginn mit jedem Fachkurs Opferhilfe	C-SPE-1
CAS Soziale Sicherheit	Februar bis Dezember 2014	C-REC-2
CAS Soziale Arbeit in der Sozialhilfe [neu]	Mai 2014 bis Februar 2015	C-SOZ-9

Aktuelles zum Schwerpunkt Soziale Sicherheit

Weiterbildung



Neue Weiterbildungen im Bereich Soziale Sicherheit

Die Soziale Sicherheit im engeren Sinne umfasst die Sozialversicherungen und die Sozialhilfe. Die Berner Fachhochschule fokussiert mit zum Teil neuen Weiterbildungen auf den Bereich der Sozialhilfe und die Schnittstelle zwischen den Sicherungssystemen.

Im neuen Kurs Öffentliche Sozialhilfe und Sozialversicherungen werden die zentralen Fachkompetenzen im Arbeitsfeld der Subsidiarität vermittelt. Das Wissen über die obligatorischen und freiwilligen Mitgliedschaften in Sozialversicherungen und über deren Leistungen stärkt Sozialarbeitende in der Beratung, in der Vernetzung und in Verhandlungen. Der Fachkurs Sozialhilfe richtet das Augenmerk dagegen auf die zentralen Fachkompetenzen im Arbeitsfeld der Sozialhilfe: Wie ist die Sozialhilfe organisiert und welchen Stellenwert hat sie im System der Sozialen Sicherheit?

Ausführlicher auf das methodische Handeln konzentriert sich der modulare CAS-Studiengang Soziale Arbeit in der Sozialhilfe. Dieser richtet sich an Fachpersonen auf öffentlichen Sozialdiensten und hat zum Ziel, die Soziale Arbeit in der Sozialhilfe zu stärken.

Sie interessieren sich für eines dieser Angebote? Besuchen Sie unsere Website (die Web-Codes können Sie der Seite 36 entnehmen). Pascal Engler, Dozent und Studienleiter, berät Sie gerne auch persönlich: pascal.engler@bfh.ch.

Forschung

Aufwachsen in Armut – die Sicht von betroffenen Kindern

Armutsstudien aus den letzten Jahren zeigen übereinstimmend, dass in der Schweiz Kinder zu jenen Bevölkerungsgruppen gehören, die überdurchschnittlich oft von Armut betroffen sind. Wie die Heranwachsenden aber aus ihrer Sicht die Einschränkungen erleben und damit umgehen, dazu gibt es in der Schweiz bisher kaum gesicherte Erkenntnisse. Der Fachbereich Soziale Arbeit führt deshalb gemeinsam mit der Hochschule der Künste Bern ein Forschungsprojekt durch, das Lebenswelt, Lebensgestaltung und Handlungsspielräume aus Sicht der betroffenen Kinder untersucht. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Fachgebieten ermöglicht die Verknüpfung von visuellen Forschungsmethoden aus den Sozialwissenschaften und der Designforschung, die sich besonders zur Erfassung der Kinderperspektive eignen. Das Forschungsprojekt zielt darauf ab, dass die Perspektive der betroffenen Kinder in der Armutsberichterstattung stärker sichtbar wird.

Existenzsicherung im Alter

Durch den Ausbau des sozialen Sicherungssystems konnte in der Schweiz die Armut im Alter erfolgreich verringert werden. Die soziale Absicherung orientiert sich jedoch weitgehend an einer ununterbrochenen Erwerbsbiographie und an einem traditionellen Familienmodell, was heute bei immer weniger Personen der Realität entspricht. Entstehen dadurch neue Armutsrisiken im Rentenalter? Ein Forschungsprojekt des Fachbereichs Soziale Arbeit beschäftigt sich mit dieser Frage und untersucht, ob der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel und die veränderten Lebensformen zu Lücken bei der Existenzsicherung im Alter führen. Unter einkommensschwachen Rentnerinnen und Rentnern sollen besonders gefährdete Gruppen mit erhöhtem Armutsrisiko identifiziert werden, um schliesslich konkrete Massnahmen vorzuschlagen, wie diesen gruppenspezifischen Risiken begegnet werden kann. Das Forschungsprojekt stützt sich einerseits auf bestehende Datensätze, um die Einkommensverhältnisse der Rentnerhaushalte zu erfassen. Andererseits werden die Problemsituationen anhand von Interviews mit Betroffenen vertieft untersucht.

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden arbeiten auf Hochtouren



Verena Schwander im Interview

Präsidentin der KESB Emmental und Vizevorsitzende der Geschäftsleitung KESB. Diese besteht aus dem Zusammenschluss der Präsidentinnen und Präsidenten der elf kantonalen sowie der bürgerlichen KESB.

Interview

Prof. Marco Zingaro
Dozent
marco.zingaro@bfh.ch

Text

Brigitte Pfister
Leiterin Kommunikation
brigitte.pfister@bfh.ch

Anfang 2013 haben die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) ihre Arbeit aufgenommen. Zwölf KESB haben im Kanton Bern die 318 früheren Vormundschaftsbehörden abgelöst: Sie sind es nun, die beispielsweise Beistandschaften anordnen oder fürsorgerische Unterbringungen von schutzbedürftigen Personen verfügen. Um eine einheitliche Praxis zu entwickeln, ist auch viel Koordinationsarbeit gefragt. Verena Schwander, Präsidentin der KESB Emmental und Vizevorsitzende der Geschäftsleitung KESB, erzählt im Interview, wie das erste Jahr verlaufen ist.

Nun sind die neuen KESB bereits rund ein Jahr im Amt. Welches waren Ihre prägnantesten Erfahrungen in dieser ersten Phase?

Verena Schwander: Rückblickend kann ich nur staunen, wie viele unterschiedliche Aufgaben oder besser gesagt Herausforderungen wir im ersten Jahr der KESB bewältigt haben.

Die KESB Emmental beispielsweise hat 1800 Dossiers (Dossiers zu Personen, für die bereits eine Massnahme geführt wird, sowie Dossiers zu hängigen Verfahren, d.h. bei denen eine mögliche Massnahme

In jeder einzelnen KESB formierte sich zudem ein neues Team – was bekanntlich mit gewissen Unwägbarkeiten verbunden ist. Für die KESB Emmental – ich kann nur für sie sprechen – bin ich dankbar, dass wir als Team sehr gut funktionieren. Vielleicht hat uns gerade die intensive Aufbauarbeit der ersten Monate zusammengeführt.

Und: Wir hatten Anfang des Jahres noch kaum Arbeitsabläufe definiert. Wir hatten zwar grobe Prozesse bezüglich der einzelnen Geschäfte, doch das genügt im Alltag nicht, wenn es darum geht, ganz konkrete Arbeiten zu erledigen. Es ging deshalb auch um die Klärung von Fragen wie: Wer eröffnet ein Dossier oder macht den Postversand? Ist es die Kanzlei oder der sozialjuristische Dienst? Im ersten halben Jahr haben wir die Arbeitsabläufe definiert, damit wir überhaupt funktionieren können. Im zweiten halben Jahr ging es darum zu schauen, wo und wie wir noch effizienter werden können. Das darf aber nicht auf Kosten der Qualität geschehen. Letztlich geht es darum, die richtige Balance zwischen Effizienz und Qualität zu finden. Da lohnt es sich, auch in Zukunft Zeit zu investieren.

Ausserdem waren wir auch um die Vernetzung und die Klärung der Schnittstellen mit allen Partnern bemüht. Das beginnt bei den Sozialdiensten, umfasst aber auch die Gemeinden, die Polizei, die Psychiatrie,

«Letztlich geht es darum, die richtige Balance zwischen Effizienz und Qualität zu finden. Da lohnt es sich, auch in Zukunft Zeit zu investieren.»

abgeklärt werden muss – Anm. d. Red.) von den bisherigen Vormundschaftsbehörden übernommen, die weiter bearbeitet werden mussten bzw. müssen. Zusätzlich sind wir insbesondere zu Beginn mit neuen Gefährdungsmeldungen regelrecht überhäuft worden. Wir hatten manchmal den Eindruck, man hätte geradezu auf die neue Behörde gewartet.



die Erziehungsberatungsstellen, die Gerichte oder die Staatsanwaltschaften. Die Erwartungen an die KESB waren jedenfalls hoch. Vielleicht war der eine oder andere dann auch etwas enttäuscht, dass wir nicht all das tun können, was vielleicht erwünscht wäre. Sowohl von den Ressourcen als auch von den gesetzlichen Rahmenbedingungen her sind unserer Arbeit Grenzen gesetzt.

Das erste Jahr in der Geschichte der KESB war intensiv, arbeits- und lehrreich. Dieses aussergewöhnliche Jahr hat sehr viel von den Mitarbeitenden und einem selbst abverlangt. Ich glaube, in meinem ganzen Berufsleben habe ich innerhalb eines Jahres noch nie so viel Unterschiedliches gelernt wie in diesem ersten Jahr der KESB und noch selten so viel gearbeitet. Auch 2014 wird noch viel Neues und Zusatzarbeiten bringen, indem wir zum Beispiel noch Pendenzen abbauen müssen. Einen «Courant normal» werden wir hoffentlich 2015 erreicht haben.

Welche Tätigkeiten waren für die Gesamt-Behörde im ersten Jahr zentral?

Zuvor hatten wir 318 Vormundschaftskommissionen, jetzt gibt es 11 kantonale und eine burgerliche KESB, die zusammen die Gesamt-Behörde bilden. Für ein gutes Funktionieren der KESB als Ganzes sind, soweit nicht regionale Gegebenheiten eigene Lösungen

erfordern, einheitliche Abläufe im ganzen Kanton nötig. Wir wollen nicht eine zwölffach unterschiedliche Praxis, sondern eine Praxis, die grundsätzlich für den Kanton Bern gilt.

Für die Koordination der KESB innerhalb des Kantons ist die Geschäftsleitung der KESB verantwortlich. Konkret heisst das, dass auf der Ebene der Geschäftsleitung der KESB Projekte aufgelegt wurden und werden, um zum Beispiel Musterentscheide oder Musterbriefe zu erstellen, einheitliche Vorlagen zu erarbeiten oder die Entscheidpraxis abzugleichen. Um ein konkretes Beispiel zu geben: Wir wollten nicht, dass es grosse Differenzen bei der Festlegung der Gebühren für vergleichbare Entscheide verschiedener KESB gibt. Deshalb haben wir einen einheitlichen Gebührentarif für vergleichbare Geschäfte festgelegt.

Die KESB arbeiten eng mit den Sozialen Diensten zusammen. Wie gestaltet sich diese Zusammenarbeit bis jetzt?

Hier kann ich nur für die KESB Emmental sprechen. Wir arbeiten mit insgesamt neun Sozialdiensten zusammen. Ich finde es wichtig, dass ein regelmässiger Austausch zwischen Sozialdiensten und der KESB stattfindet und man sich auf Augenhöhe trifft. Beim Start waren wir auf das Verständnis der Sozialdienste angewiesen, dass wir eine gewisse Zeit brauchen, um in un-

sere Tätigkeit hineinzufinden und zu einer gewissen Routine zu kommen. Die Sozialdienste sind uns zum Glück von Anfang an sehr wohlwollend begegnet. Die Zusammenarbeit ist im Grossen und Ganzen sehr gut, die KESB und die Sozialdienste sind ja in ihrer Arbeit auch aufeinander angewiesen und voneinander abhängig: Wenn wir eine Gefährdungsmeldung erhalten, benötigen wir im Hinblick auf die Anordnung einer Kindes- oder erwachsenenschutzrechtlichen Massnahme die Abklärung der Sozialdienste. Die Sozialdienste wiederum benötigen unsere Anordnung bzw. die entsprechenden Entscheide, damit sie die Beistandschaften führen können.

«Für ein gutes Funktionieren der KESB als Ganzes sind einheitliche Abläufe im ganzen Kanton nötig.»

Gibt es auch Bemühungen, die Zusammenarbeit zwischen den Sozialen Diensten und der KESB auf kantonaler Ebene zu vereinheitlichen?

Natürlich! Die Koordinationstätigkeit der Geschäftsleitung der KESB greift auch in die Zusammenarbeit mit den Sozialdiensten ein. Neben den bestehenden Hilfsmitteln, die aus der Vergangenheit existieren oder vom Kantonalen Jugendamt erarbeitet worden sind, haben wir in der Geschäftsleitung der KESB zuhanden der Sozialdienste zum Beispiel bereits Merkblätter entworfen oder Musterverträge erarbeitet.

Wie muss man sich die Arbeit der Geschäftsleitung vorstellen? Gibt es Ausschüsse, die sich um spezifische Themen kümmern?

Genau. Wir haben bereits Ausschüsse oder auch Arbeitsgruppen, die sich mit Fragen oder Themen befassen, die koordiniert angegangen, d.h. kantonsweit einheitlich gehandhabt werden sollen. Beispielsweise nimmt sich eine Gruppe offenen Rechtsfragen an, eine andere erarbeitet Vorlagen und eine weitere befasst sich mit «Best practice».

Gehen wir zurück zur Sozialen Arbeit. Meine Prognose war, dass der Anspruch an die Fachleute der Sozialen Arbeit steigen werde, weil die KESB mehr verlangen – auch mehr verlangen müssen als eine durchschnittliche Vormundschaftsbehörde im alten System. Welche Kompetenzen brauchen Fachleute der Sozialen Arbeit aus Ihrer Sicht?

Sie brauchen natürlich Kenntnisse des neuen Erwachsenenschutz- und Kindesschutzrechts. Es sind teilweise schwierige Rechtsfragen, die oft auch nicht mehr gleich geregelt sind wie früher. Man kann somit nicht einfach gleich weiterfahren wie vorher.

Es stellen sich aber auch Sachfragen, wenn es darum geht zu prüfen, was eine bestimmte Person genau braucht: Hier spreche ich das Thema Massschneidung an, kombiniert mit den Grundsätzen, dass behördliche Eingriffe subsidiär, verhältnismässig, zielgerichtet und bedürfnisgerecht für die betroffenen Personen ausge-

staltet sein sollen. Diese Thematik wird uns noch lange begleiten, bis sich das neue Recht eingespielt haben wird. Wichtig ist aber auch zu betonen, dass das nicht nur für Mitarbeitende der Sozialdienste gilt, sondern selbstverständlich auch für diejenigen der KESB selbst.

Der Qualitätsschub, den alle erwartet haben, kommt meines Erachtens nicht alleine durch neue Strukturen. Braucht es nicht generell zusätzliche berufliche Qualifizierungen?

Als wir zum Jahresbeginn starteten, habe ich meinem Team gesagt, dass mindestens im ersten Jahr unsere alltägliche Arbeit selbst die beste Weiterbildung ist. Wir werden uns in einzelnen Bereichen aber sicher inskünftig auch ganz gezielt Wissen von aussen holen müssen. Denn wir stehen ja erst am Anfang einer Professionalisierung, nicht an deren Ende. In einem ersten Schritt gilt es aber, einen gut funktionierenden Arbeitsalltag sicherzustellen, damit wir in einen «Courant normal» hineinkommen. Das wird uns mit der Zeit ermöglichen, die gewünschte Qualitätssteigerung, Professionalisierung, Koordination und Vereinheitlichung zu erreichen.

Wird es künftig in der KESB eine Spezialisierung geben? So dass die einen nur noch Kinderschutz machen werden und die anderen nur noch Erwachsenenschutz?

Ich selber bin davon überzeugt, dass wir durch die Professionalisierung auch zu einer stärkeren Spezialisierung kommen werden. Es macht einen Unterschied, ob man eine Kindesschutzmassnahme, eine fürsorgliche Unterbringung oder eine Altersbeistandschaft mit Vermögensverwaltung anordnet – auch im Umgang mit den betroffenen Personen. Entsprechend bedarf es eines unterschiedlichen Fachwissens und Erfahrungshorizonts. Am Anfang haben wir im Emmental, um möglichst schnell in das neue Recht hineinzukommen, mit Spezialisierungen gearbeitet, basierend auf den bisherigen Erfahrungen der Mitarbeitenden. So sind wir rasch zu Effizienz, aber auch zu einer guten Qualität gekommen. Die Herausforderung wird jetzt sein, dass wir die Aufgabenbereiche der einzelnen Mitarbeitenden wieder verbreitern. Schliesslich brauchen wir auf der einen Seite Generalisten mit einem breiten Wissen und Erfahrungshintergrund, auf der anderen Seite aber auch Spezialisten mit einem in den einzelnen Fachgebieten tiefen und damit spezifischen Wissen. ●

Hilfe bei der Einschätzung des Kindeswohls



Flavia Frei
Fachbereichsleiterin Kinderschutz
Stiftung Kinderschutz Schweiz
flavia.frei@kinderschutz.ch



Andrea Hauri
Dozentin
andrea.hauri@bfh.ch

Soll ich eine Gefährdungsmeldung an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde machen? Ein neuer Leitfaden der Stiftung Kinderschutz Schweiz, verfasst von zwei Dozierenden der BFH, bietet bei der Beantwortung dieser Frage Unterstützung.



Die Überlastung der seit einem Jahr operativ tätigen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) ist in den letzten Monaten immer wieder öffentlich thematisiert worden. In einigen KESB-Kreisen gab es – wenn wir den nicht systematisch erhobenen Erfahrungsberichten aus der Praxis Glauben schenken – seit der Aufnahme ihrer Arbeit eine Zunahme an neu eingereichten Gefährdungsmeldungen für Kinder. In anderen KESB-Kreisen wurden Gefährdungsmeldungen plötzlich rar. Es lohnt sich deshalb, einen Blick auf die Art und Weise zu werfen, wie Fachpersonen aus der Kinder- und Jugendhilfe einschätzen, ob eine Kindeswohlgefährdung vorliegen könnte und ob eine Meldung an die KESB nötig ist.

Der neue Leitfaden der Stiftung Kinderschutz Schweiz bietet Fachpersonen, die mit Kindern und Jugendlichen oder deren Eltern arbeiten, beispielsweise in der Schulsozialarbeit, Familienberatung, Jugendarbeit, Suchtberatung, aber auch Sozialarbeitenden in der Erwachsenenpsychiatrie, Opferhilfe oder in privaten Unternehmungen eine praktische Einschätzungshilfe.

Ziel des Leitfadens ist nicht, dass die KESB möglichst viele Gefährdungsmeldungen erhalten, sondern dass Fachpersonen der Sozialen Arbeit möglichst früh diejenigen Situationen erkennen, in denen belasteten Kindern und deren Familien mit nicht-behördlichen Hilfestellungen nicht ausreichend geholfen werden kann.

Diesen Kindern soll früh ein geeignetes Hilfesystem erschlossen werden; nicht erst nach Jahren, wenn die Situation des Kindes noch schlimmer geworden ist.

Warum ein solcher Leitfaden?

Der Leitfaden ist der dritte einer Trilogie von Leitfäden der Stiftung Kinderschutz Schweiz. Der erste richtet sich an Ärztinnen und Ärzte, der zweite an Fachpersonen der frühen Kindheit. Mit den Leitfäden unterstützt die Stiftung Kinderschutz Schweiz die Qualifizierung der Kinderschutzarbeit. ●

Kurse zum Thema

Die Kurse richten sich – wie auch der Leitfaden – nicht an Fachkräfte, die Abklärungen im Auftrag der KESB durchführen, sondern an Fachpersonen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, insbesondere in den Bereichen Schulsozialarbeit, Opferhilfe, Jugendarbeit, Jugendanwaltschaft und auf Beratungsstellen für Familien und Jugendliche.

Kindeswohlgefährdung erkennen und angemessen handeln

25./26. März 2014

Web-Code: K-EKS-9

Instrumente zur Abklärung von Kindeswohlgefährdungen

15./16./17. April 2014

Web-Code: K-KES-1

Prozessgestaltung von Familienberatung in der Schulsozialarbeit

28./29. April 2014

Web-Code: K-SSA-1

Informationen und Anmeldung

Geben Sie im Code-Suchfeld unter soziale-arbeit.bfh.ch einfach den entsprechenden Web-Code ein und gelangen Sie direkt zum Angebot.

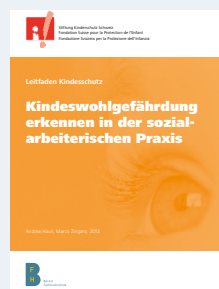
Leitfaden Kinderschutz: Kindeswohlgefährdung erkennen in der sozialarbeiterischen Praxis

Der Leitfaden richtet sich an Fachpersonen der Sozialen Arbeit, die sich fragen, ob das Kindeswohl gefährdet und eine Gefährdungsmeldung an die Kinderschutzbehörde angezeigt ist. Eine Annäherung an die Begrifflichkeiten Kindeswohl und Kindeswohlgefährdung und ein Überblick über die rechtlichen Grundlagen im Kinderschutz bilden den Ausgangspunkt für eine Reihe von praktischen Fragen, welche Sozialarbeitende in ihrem Entscheidungsfindungsprozess leiten. Der Leitfaden ist ein Plädoyer dafür, genau hinzuschauen, wenn unklar ist, ob das Wohl eines Kindes gefährdet ist, Einschätzungen immer im Team und mit Vorgesetzten vorzunehmen und vor allem Verbindlichkeit im Hilfeprozess herbeizuführen. Eine solche Verbindlichkeit besteht, wenn Sozialarbeitende eine ungünstige Situation eines Kindes im Rahmen einer freiwilligen Beratung immer wieder einschätzen, Ziele und Hilfen zusammen mit der Familie festhalten und wenn sie nach einem festzulegenden Zeitraum kritisch reflektieren, ob die Ziele durch die geleistete Hilfe erreicht worden sind und sich die Situation des Kindes tatsächlich verbessert hat. Durch eine hohe Verbindlichkeit in der Fallbearbeitung soll vermieden werden, dass latente Kindeswohlgefährdungen verschleppt werden und dass erst Jahre später nur noch mit sehr einschneidenden Massnahmen das Schlimmste verhindert werden kann.

Der Leitfaden wurde von Prof. Andrea Hauri und Prof. Marco Zingaro – beide Dozierende am Fachbereich Soziale Arbeit – im Auftrag der Stiftung Kinderschutz verfasst.

Er kann für CHF 13.– (inkl. Versandkosten) gedruckt bezogen werden bei der Stiftung Kinderschutz Schweiz (info@kinderschutz.ch); für grössere Bestellungen gibt es Preisermässigungen.

Sie finden den Leitfaden auch als PDF unter soziale-arbeit.bfh.ch/forschung > Publikationen Sozialisation und Resozialisierung (Fachartikel).



Neue Perspektiven für junge Erwachsene in der Sozialhilfe

Flex.job – so heisst ein Angebot für junge Erwachsene in der Sozialhilfe, das vom Kompetenzzentrum Arbeit der Stadt Bern 2010 ins Leben gerufen wurde. Es richtet sich an junge Menschen zwischen 18 und 25 Jahren, die von herkömmlichen Angeboten der beruflichen und sozialen Integration nicht oder unzureichend erreicht werden. Dreieinhalb Jahre nach der Einführung und nach einer Evaluation durch die BFH ziehen die Verantwortlichen nun Bilanz.



Jürg Fassbind ist Leiter des Kompetenzzentrums Arbeit der Stadt Bern



Daniela Flüeler ist Leiterin der Fachstelle Junge Erwachsene, Sucht und Existenzsicherung auf dem Sozialdienst der Stadt Bern



Christine Harzheim ist fachliche Leiterin eines Beratungsangebots für junge Menschen in der Sozialhilfe («Niederschwelliges Integrationsprojekt für junge Menschen ohne berufliche Perspektive», kurz NIP)



David Lätsch ist Dozent am Fachbereich Soziale Arbeit der BFH und Autor der Evaluationsstudie über das Projekt flex.job

Moderation und Text

Denise Sidler Kopp
Kommunikationsfachfrau
denise.sidler@bfh.ch

Jürg Fassbind, im Konzept des Projekts flex.job findet sich die Formulierung, dass immer mehr junge Erwachsene im Kompetenzzentrum Arbeit auftauchen, bei denen eine «Chronifizierung der Abhängigkeit von der Sozialhilfe» drohe. Wie sehen Sie die Lage? Ist sie so dramatisch?

Fassbind: Als dramatisch würde ich sie nicht bezeichnen. In den letzten fünf bis zehn Jahren wurden aber strukturelle Veränderungen vorgenommen, die teils positive Folgen haben, teils aber auch Menschen benachteiligen. Vor einigen Jahren wurde die stark praxisorientierte Anlehre mit einer zweijährigen Attest-Lehre ersetzt, bei der schulische Bildung eine grössere Rolle spielt. Das ermöglicht einen besseren Anschluss ans Bildungssystem, stellt aber für manche Jugendliche eine Überforderung dar. Auch hat die Invalidenversicherung vor rund zehn Jahren den Grenzwert des Intelligenzquotienten herabgesetzt, der darüber entscheidet, ob eine Person mit einer Minderintelligenz in die IV aufgenommen wird. Viele junge Erwachsene, die früher aufgenommen worden wären, sind deshalb heute in der Sozialhilfe.

Daniela Flüeler, Sie haben die kantonale und städtische Politik gut im Blick. Welche Massnahmen werden aktuell ergriffen, um zu verhindern, dass junge Menschen dauerhaft von der Sozialhilfe leben müssen?

Flüeler: Als wirkungsvoll haben sich die Massnahmen erwiesen, die der Kanton zur Schaffung von Lehrstellen getroffen hat. Heute sind genügend Lehrstellen da, so dass eigentlich jeder Jugendliche eine Lehre machen könnte. Wenige junge Erwachsene, die zu uns in die Fachstelle kommen, hatten zuvor noch gar keine Lehrstelle oder kein anderes Angebot.

Dennoch brechen viele Ihrer Klientinnen und Klienten ihre Lehre ab. Woran liegt das?

Flüeler: Unsere Wahrnehmung ist, dass es einer grösser werdenden Gruppe von jungen Erwachsenen an Grundkompetenzen fehlt: aufstehen am Morgen, die wichtigen Sachen dabei haben, pünktlich sein. Es ist für uns schwierig und vom Bürotisch aus schlicht nicht möglich, ihnen diese Kompetenzen beizubringen. Gleichzeitig haben die jungen Erwachsenen oft hohe Erwartungen. Wir sehen beispielsweise jemanden in einer Attest-Lehre, und die Person selbst hat die Vorstellung zu studieren oder eine kaufmännische Lehre zu machen. Es ist ein langer Weg, bis wir diese Wünsche und Erwartungen mit der Realität abgeglichen haben.

Christine Harzheim, teilen Sie die Wahrnehmung, dass es den jungen Menschen heute häufiger an Grundkompetenzen fehlt?

Harzheim: Ich habe in meiner Arbeit den Fokus immer auf junge Menschen gelegt, die in sehr schwierigen Situationen sind, deshalb kann ich die Frage nicht beantworten. Auch ich stelle aber fest, dass es heute mehr Jugendliche gibt, bei denen man als Coach nicht sofort eine Idee hat, wie der Weg in den ersten Arbeitsmarkt aussehen kann. Es sind grössere Belastungen da bei jungen Erwachsenen, Mehrfachbelastungen.

David Lätsch, gibt es Studien zu der Frage, warum manche junge Menschen dauerhaft arbeitslos werden, andere nicht?

Lätsch: Was die Faktoren betrifft, die eine dauerhafte Arbeitslosigkeit relativ zuverlässig vorhersagen, ist die Befundlage oberflächlich simpel: Entscheidend ist das Fehlen einer abgeschlossenen Berufsausbildung. Weniger simpel ist die Frage, warum es manchen nicht gelingt, eine Berufsausbildung abzuschliessen. Ins Gewicht fallen sicher psychische Probleme, die oft aus schwierigen Biografien heraus entstehen. Auch eine wenig ausgeprägte intellektuelle Begabung und eine unzureichende Förderung im Elternhaus spielen nicht selten eine Rolle. Beide tragen dazu bei, dass manche junge Menschen sich schon in der Schule als Versager fühlen und nie das Bewusstsein entwickeln, ihr schulisches und berufliches Geschick selbst steuern zu können. Genau diese beiden Zutaten, intellektuelle Flexibilität und Selbstbewusstsein, sind aber im Berufsleben gefragt, vielleicht mehr noch als früher.

Flüeler: Zu erwähnen sind auch jene jungen Menschen, die in die Schweiz zugewandert sind und durch mangelnde Sprachkenntnisse benachteiligt sind. Oft sind Eltern im Hintergrund, die sich in der neuen Kultur noch nicht zurechtfinden und die Jugendlichen kaum unterstützen können. Die Eltern sind nicht nur bei der Lehrstellensuche wichtig, sondern auch während der Lehre: Im richtigen Moment gut zureden, wenn der Jugendliche Kopfschmerzen hat und nicht zur Arbeit möchte – oder aufmuntern, wenn er heimkommt und ankündigt, er gehe am nächsten Tag nicht mehr hin. Das alles können Sozialarbeitende nicht abdecken.

Welche sozialpolitischen Instrumente gibt es, die einem dauerhaften Sozialhilfebezug junger Menschen entgegenwirken sollen?

Flüeler: In der Stadt Bern hat der Sozialdienst vor acht Jahren die Fachstelle Junge Erwachsene gegründet. Man hatte realisiert, dass junge Menschen in einer ganz anderen Situation sind als ältere Sozialhilfebeziehende und daher anders beraten und betreut werden müssen. Immer wieder gibt es auch Programme für bestimmte Zielgruppen, beispielsweise ein Projekt für junge alleinerziehende Mütter. Auch die Stadt stellt vorgelagerte Projekte: Früherkennung, Primano, die ganze Quartier- und Gemeinwesenarbeit. Da gibt es ein grosses Angebot.

Zu diesem Angebot gehört auch das Projekt flex.job. Jürg Fassbind, können Sie kurz schildern, worum es dabei geht?

Fassbind: Flex.job richtet sich an junge Erwachsene, die schon verschiedenste Brückenangebote absolviert haben, ohne Erfolg. Diese Klientinnen und Klienten sagen uns oft, dass sie nicht weiter beraten und betreut werden wollen, sondern einfach einmal Arbeitserfahrungen sammeln möchten, ganz ohne pädagogischen Rahmen. Diese Möglichkeit wollten wir ihnen durch das Projekt flex.job bieten. Es geht darum, dass sie in kurzen Einsätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt Erfahrungen sammeln können. Zentral ist der Charakter des Probierfeldes: Die Teilnehmenden können Arbeitseinsätze abbrechen, wenn sie merken, dass sie es nicht schaffen, ohne dass es zur Zuschreibung eines Scheiterns kommt. Man nimmt danach einfach einen neuen Anlauf. Parallel steht mit dem niederschweligen Integrationsprojekt NIP ein freiwilliges Coaching zur Verfügung.

Welche Stellen sind an flex.job beteiligt?

Fassbind: Der Sozialdienst wirkt als zuweisende Stelle, ein Arbeitsvermittler bei uns im Kompetenzzentrum Arbeit organisiert die Einsatzplätze, das NIP bietet das Coaching an. Eine wichtige Rolle spielen die Arbeitgeber. Wir sind sehr froh, dass wir immer wieder Betriebe finden, die bereit sind, Einsatzplätze zur Verfügung zu stellen.

David Lätsch, Sie haben das Projekt mit Ihrem Team seit dem Jahr 2011 begleitet und evaluiert. Können Sie die Wirksamkeit aus wissenschaftlicher Sicht beurteilen?

Lätsch: Wirksamkeitsbelege in einem hoch komplexen Feld sind immer mit einer gewissen Skepsis zu betrachten: Es kommen da so viele mögliche Einflussfaktoren zusammen, dass die Verknüpfung Ursache – Wirkung immer mit Unsicherheiten behaftet ist. Unter dieser grundsätzlichen Einschränkung weist unsere Studie durchaus auf erreichte Wirkungsziele hin: Rund 18 Prozent der Teilnehmenden haben im Verlauf des Projekts eine Lehr- oder Arbeitsstelle auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden, in der Kontrollgruppe waren es lediglich 8 Prozent. Etwas komplizierter wird es, wenn man den Blick auf die individuellen Entwicklungen jenseits des harten Kriteriums «Ablösung von der Sozialhilfe» richtet. Im Mittel ist bei den jungen Menschen das, was





der psychologische Fachjargon «Selbstwirksamkeitserwartung» nennt, also die Überzeugung, die eigenen Ziele aus eigener Kraft erreichen zu können, leicht zurückgegangen. Wir erklären uns das so, dass es bei abgebrochenen Arbeitseinsätzen eben doch, trotz der entgegenstehenden Absicht, zu Selbst- und Fremdschreibungen eines Scheiterns kam.

Fassbind: Aus Sicht des Kompetenzzentrums Arbeit bin ich mit dem bisher Erreichten zufrieden. Bis September 2013 haben wir durch flex.job 35 Einsätze ermöglichen können, und zwar jungen Menschen, die oft schon innerlich aufgegeben hatten. Drei Personen haben über flex.job eine bezahlte Stelle bekommen und konnten von der Sozialhilfe abgelöst werden. Sieben Personen haben eine berufliche Grundbildung angefangen. Das ist mehr, als wir erwartet hatten. Die Rechnung zeigt, dass sich das Projekt auch finanziell ausbezahlt hat.

Trotz dieses Erfolgs: Verschiedene Stimmen behaupten ja, dass wir in der Schweiz ein Überangebot an Sicherungsnetzen für junge Menschen hätten. Manche Jungen würden sich allzu sehr darauf verlassen und ihre Eigenverantwortung vernachlässigen. Wie beurteilen Sie das, Christine Harzheim?

Harzheim: Ich sehe ein grundsätzliches Problem. Ich glaube, dass wir im Hilfesystem dazu neigen, uns was Tolles auszudenken mit einer Idee, was hilft. Und es passiert uns sehr leicht, dass der Klient dabei zum Objekt wird. Meine persönliche Erfahrung zeigt, dass Veränderung nur dort stattfinden kann, wo sich der Klient als Subjekt fühlt. Das höre ich von meinen Klientinnen und Klienten häufig als Grund, wenn sie ein scheinbar perfekt passendes Programm abbrechen: Sie fühlen

sich wie eine Marionette und nicht als handelnde und selbstverantwortliche Strategen in ihrem Prozess. Ein Kennzeichen von flex.job und auch des NIP ist es, dass wir versuchen, alles zu unterlassen, was dazu führen könnte, dass der Klient sich als Objekt fühlt. Dabei steht nicht im Zentrum, dass es ihm möglichst gut gehen soll, sondern dass er als Handelnder in der Verantwortung steht. Um Ihre Frage direkt zu beantworten: Ich glaube, dass es zuviel Ähnliches gibt, und dass Klientinnen und Klienten zu wenig danach gefragt werden, ob sie ein Angebot tatsächlich als unterstützend wahrnehmen.

Fassbind: Das sehe ich auch. Betreffend der Koordination zwischen den einzelnen Angeboten möchte ich anmerken, dass hier Besserung in Sicht ist: Der Kanton Bern hat sich mit dem Projekt KoBra (Projekt Koordination Brückenangebote; Anm. d. Red.) eine verbesserte Abstimmung zum Ziel gesetzt, die vor allem auch eine stärker individualisierte Gestaltung von Hilfen ermöglicht.

Wie geht es mit flex.job weiter?

Fassbind: Alle Partner haben sich entschieden auf diesem Weg weiterzugehen. Wir werden flex.job zu dritt weiterentwickeln, weil wir gemerkt haben, dass wir auf institutioneller Ebene noch besser zusammenarbeiten können. Es gibt Optimierungen in der Rollenwahrnehmung, und die Rollen müssen noch besser auf das Projektziel ausgerichtet werden. Auch hinsichtlich der Anschlusslösungen an flex.job wollen wir über die Bücher. ●



Weiterbildung

Angebot	Datum	Web-Code
Kurse zum Thema Kindes- und Erwachsenenschutz		
Die Beistandschaft zur Überwachung des persönlichen Verkehrs	13./14. März 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-REC-14
Medizinische Aspekte im Kindes- und Erwachsenenschutz [neu]	18./19. März 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-KES-5
Kindeswohlgefährdung erkennen und angemessen handeln	25./26. März 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-EKS-9
Auftrags- und ressourcenorientierter Kinderschutz [neu]	1./2./3. April 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-KES-10
Instrumente zur Abklärung von Kindeswohlgefährdungen	15./16./17. April 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-KES-1
Kinderschutz im Kleinkindalter	29./30. April 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-EKS-4
Neues Erwachsenenschutzrecht – Eigene Vorsorge und Massnahmen von Gesetzes wegen	20./21. Mai 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-EKS-8
Kinder anhören und beteiligen	3./4./5. Juni 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-EKS-2
Ambulante, teilstationäre und stationäre Massnahmen im Kinderschutz [neu]	25./26./27. Juni 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-KES-4
Feststellung der Vaterschaft und Unterhaltsregelung	9./10. September 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-REC-12
Neues Erwachsenenschutzrecht – Massschneidung [neu]	18./19. November 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-KES-6
Neues Erwachsenenschutzrecht – Fürsorgerische Unterbringung [neu]	Dezember 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-KES-7
Kurse zum Thema Schulsozialarbeit		
Kindeswohlgefährdung erkennen und angemessen handeln	25./26. März 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-EKS-9
Prozessgestaltung von Familienberatung in der Schulsozialarbeit	28./29. April 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-SSA-1
Einführung in die Schulsozialarbeit	August bis November 2014, 8.45 – 17.15 Uhr	K-SPE-16
Kurse zum Thema Täterarbeit		
Fachkurs I: Grenzverletzendes Verhalten und Gewalt – Entstehung, Erscheinungsformen und Diagnostik	März bis Juni 2014	K-TA-1
Fachkurs II: Täterarbeit – Behandlungs- und Interventionsmethoden in Pädagogik und Therapie	September 2014 bis Januar 2015	K-TA-2
Impulsveranstaltung		
Einführung von Schulsozialarbeit in Gemeinde und Region	August 2014, 13.45 – 17.15 Uhr	T-SPE-1
Certificate of Advanced Studies (CAS)		
CAS Kinderschutz	September 2014 bis August 2015	C-KIS-1
CAS Täterarbeit – Grundlagen	März 2014 bis Januar 2015	C-OHT-1
CAS Täterarbeit – Aggression und Gewalt	März 2014 bis März 2015	C-OHT-4
CAS Mandatsführung im Kindes- und Erwachsenenschutz	Januar bis November 2015	C-KES-1

soziale-arbeit.bfh.ch

Internet macht «Best Ager» nicht glücklicher – aber es hilft



Karen Torben-Nielsen
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
karen.torben@bfh.ch

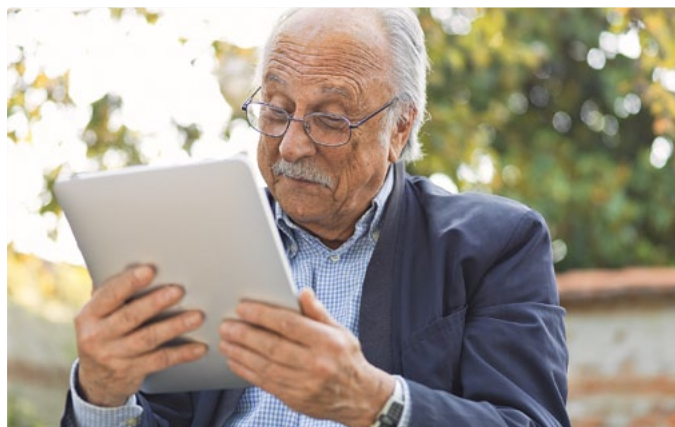


Michaela Maurer
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
michaela.maurer@bfh.ch

Die 60+-Jährigen von heute sind aktiver und sozial vernetzter als je zuvor. Was aber geschieht, wenn ihr Umfeld und ihre Situation sich ändern? Das innovative BFH-Forschungsprojekt Third Age Online (TAO) hat gezeigt, dass Internet und Online-Gemeinschaften (wie z.B. Wikipedia oder Seniorweb) ältere Leute zwar nicht plötzlich glücklicher machen, dass sie aber dennoch helfen, deren Lebensqualität aufrechtzuerhalten.

Können Wikipedia, Seniorweb und andere sogenannte «Online-Communities» oder Gemeinschaften, in denen die meisten Kontakte online stattfinden, die Lebensqualität von Seniorinnen und Senioren (60+) verbessern? Unter der Leitung der BFH hat ein internationales Experten-Team aus der Schweiz, der Niederlande und Deutschland zusammen mit Praxispartnern (u.a. Seniorweb oder wikipedia.de) drei Jahre lang an dieser Frage geforscht. Die Antwort? Ja, die aktive Teilnahme an solchen Online-Communities kann das Leben von älteren Menschen in der Tat bereichern. Obwohl die realen Kontakte entscheidend für die Lebensqualität bleiben, hilft der Online-Austausch älteren Erwachsenen, mit anderen in Kontakt zu bleiben – gerade auch wenn sie später weniger mobil werden.

Ob älter oder jünger, alle möchten sich kompetent fühlen, Gemeinschaft erfahren, selber Entscheidungen treffen und neue Herausforderungen annehmen. Oftmals decken die alltäglichen Aktivitäten diese Bedürfnisse ab. Online-Communities können aber zusätzlich verschiedene dieser Bedürfnisse befriedigen, insbesondere dann, wenn sich das soziale Umfeld verändert oder die Mobilität eingeschränkt wird. Für ältere Personen kann die Aktivität in virtuellen Netzwerken zum Beispiel nach der Pensionierung interessant sein, wenn sie ihre Familienmitglieder betreuen oder vielleicht selber gesundheitliche Probleme bekommen. Online-Communities bieten ein riesiges Angebot an Teilnahmemöglichkeiten. Einige Gemeinschaften fokussieren auf soziale Kontakte, andere auf Wissenstransfer (z.B. Wikipedia), oder sie geben Interessierten die Gelegenheit für Freiwilligenarbeit, wie z.B. Texte verfassen oder Treffen im echten Leben organisieren (z.B. Seniorweb).



Hürden sind nicht technischer Natur

Weshalb beteiligen sich Menschen im Alter von 60+ trotz dieser Vorteile nicht öfter an Online-Communities? Die Forschungsergebnisse zeigen, dass die Hindernisse nicht technischer Natur sind, sondern vielmehr sozial bedingt: «Ich sehe den Nutzen nicht», so eine häufige Aussage der befragten Personen. Bis heute gelingt es den wenigsten Online-Communities, klar mitzuteilen welche Vorteile (ältere) Nutzerinnen und Nutzer geniessen, die sich ihnen anschliessen.

Um Online-Communities darin zu unterstützen, für Seniorinnen und Senioren attraktiver zu werden, hat das TAO-Team ein Online-Handbuch entwickelt, das kostenlos und für alle zugänglich ist. Die Hauptzielgruppen des Handbuches sind Geschäftsleitende und Mitarbeitende von Online-Communities. Das Handbuch bietet klare Richtlinien zu einem breiten Themenspektrum: vom Freiwilligen-Management, über Tipps zur Vereinfachung der technischen Bedienbarkeit bis hin zu Geschäftsmodellen. Letztlich profitieren davon nicht nur Seniorinnen und Senioren: Auch die Online-Communities und ihre Mitglieder können einen Nutzen aus der grossen, neuen Zielgruppe ziehen. ●

Weitere Informationen unter www.thirdageonline.eu/de

Persönliche Zeugnisse – Zwei Personen im Alter von 60+ erzählen von ihren Internet-Erfahrungen

«E-Mail gegen Einsamkeit»

Als seine Schwiegermutter (98) taub wurde und vereinsamt ist, wird Peter Wirthlin bewusst, dass E-Mails und Internet der Vereinsamung älterer Menschen vorbeugen können. Deshalb hilft der ehemalige Lehrer nun nicht mehr Kindern mit dem Internet, sondern Menschen im Alter von 50+.

Bevor es den Begriff «Computerklassen» überhaupt gab, fanden diese im Klassenzimmer des ehemaligen Lehrers Peter Wirthlin schon statt. Wirthlin kaufte selber einen Computer für das Klassenzimmer und liess «seine» Kinder darauf ihre Rechen- und Sprachkenntnisse üben, entwickelte eine Schulwebsite und organisierte für seine Klasse ausländische «Brieffreunde», die dann aber natürlich per E-Mail kontaktiert wurden. Peter Wirthlin bringt anderen immer noch den Umgang mit dem Internet bei, auch wenn die «Schülerinnen und Schüler» in der Zwischenzeit keine Kinder mehr sind. Er unterrichtet Menschen im Alter von 50+ und das als ehrenamtlicher Kursleiter bei Compihelp in Bern. Zuvor war er bereits Kursleiter bei Seniorwebs «Freie Fahrt ins Internet».

Eine persönliche Erfahrung motiviert ihn zu diesen Kursen: «Meine Schwiegermutter ist eine sehr liebe, kommunikative Frau, die immer sehr viel Kontakt mit anderen Menschen hatte. Nach ihrem 90. Geburtstag wurde sie taub und vereinsamte. Sie kann die anderen einfach nicht mehr hören. Ich habe oft gedacht, dass die Situation für sie ertragbarer wäre, wenn sie sich mit anderen zumindest per E-Mail austauschen könnte. Deshalb finde ich es so wichtig, dass Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit haben, das Internet rechtzeitig kennenzulernen, wenn sie daran interessiert sind. Niemand weiss, was im Alter passiert.»



Peter Wirthlin (71) aus Montfaucon (Jura): ehemaliger Lehrer, verheiratet, drei erwachsene Kinder

«Ich frage mich, was ich ohne das Internet tun würde»

Nach einem halben Jahrhundert hat Marie-Theres Bitzi ihre alten Klassenkameradinnen mit Hilfe von Online-Medien wiedergefunden. Sie kann sich ein Leben ohne Internet gar nicht mehr vorstellen.

Bereits 9 von 20 ehemaligen Mitschülerinnen hat sie gefunden. Vor 50 Jahren absolvierten alle von ihnen die Berufsschule zur Medizinischen Praxisassistentin. «Wir alle waren junge Frauen. Die meisten haben jetzt natürlich andere Namen», sagt Marie-Theres Bitzi aus Bern. «Ohne das Internet wäre die Suche hoffnungslos gewesen.»

Allerdings war es nicht Liebe auf den ersten Blick zwischen Marie-Theres Bitzi und dem Internet. «Obwohl ich in meinem Beruf ausgiebig mit dem Computer gearbeitet hatte, zögerte ich lange bis zum Schritt ins Internet.» Bis sie im Jahr 2006 beschloss, dass es doch sehr praktisch wäre, wenn sie zuhause nach diversen Informationen wie z.B. nach Fahrzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel suchen könnte. Heute ist das Internet fester Bestandteil ihres Lebens. Aufgrund dieser Motivation wurde Bitzi freiwillige Mitarbeiterin für den Kurs «Freie Fahrt ins Internet» von Seniorweb in Bern und half Gleichaltrigen bei deren ersten Schritten im Internet.

Selbst findet sie das Internet besonders wertvoll, um den Kontakt mit Familie und Freunden zu pflegen; auch für später, wenn sie vielleicht nicht mehr so mobil sein würde. Ständig online ist sie aber nicht: «Es gibt noch so viele andere Sachen. Zudem gibt es Dinge, die ich nie online tun würde. Streiten zum Beispiel oder über vertrauliche Sachen sprechen.» Aber so oder so: «Manchmal frage ich mich, was ich ohne das Internet tun würde.»



Marie-Theres Bitzi (70) aus Bern: ehemalige medizinische Praxisassistentin, ledig, keine Kinder

«Befähigen statt helfen» in bernischen Alters- und Pflegeheimen



Bernhard Müller
Dozent und Projektleiter
bernhard.mueller@bfh.ch



Dr. Regine Fankhauser
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
regine.fankhauser@bfh.ch

Förderung der Gesundheit und Selbständigkeit im Alter ist das prioritäre Handlungsfeld der Alterspolitik. Im Rahmen einer Evaluationsstudie soll das am Institut Alter entwickelte Modell bewegungsbasierte Altersarbeit mit der Leitidee «befähigen statt helfen» in zehn Berner Heimen untersucht werden.

«Befähigen statt helfen». Seit mehreren Jahren schon verpflichtet sich die Weiterbildung im Bereich bewegungsbasierte Altersarbeit am Institut Alter diesem Grundsatz. Was ist damit gemeint? Ältere Menschen werden in diesem Ansatz als Ganzheit verstanden: Auch bei körperlichen und/oder geistig-psychischen Einschränkungen hat der Mensch nicht Defizite, sondern individuelle Eigenschaften, die ihn ausmachen und mit denen er in seiner soziokulturellen und materiellen Umwelt sein Leben gestaltet. Dem Modell liegt das system- und handlungstheoretische Konzept Lebensgestaltung zugrunde. Es zielt darauf ab, dass der älter werdende Mensch sein ihm innewohnendes Potenzial in einem reichhaltigen, sinnstiftenden Alltag entfalten kann. Die Anwendung des Modells verbindet gesprächs- und körperorientierte Perspektiven und Inhalte zu einem integrativen Bildungsprozess. Bewegungsarbeit ist also gleichzeitig Bildungsarbeit, da sich der Mensch in einer ganzheitlichen Art und Weise mit sich, mit seinen Alltags- und Lebensthemen auseinandersetzt. Die am Institut ausgebildeten Fachleute sind für die Thematisierung zentraler Fragen zu Sinn, Vertrauen, Liebe, Identität und sozialer Rolle sensibilisiert. Sie unterstützen den älter werdenden Menschen darin, die in seinem Alltag sich bietenden vielfältigen Ressourcen zu nutzen und gleichzeitig neue aufzubauen. Sie befähigen ihn, seine schlummernden Bewegungsfähigkeiten zu aktivieren, so dass er alltägliche Aktivitäten leichter und kompetenter ausführen kann. Sie ermöglichen ihm, die innere Schönheit seiner eigenen Bewegung als tiefverankerte ästhetische Ressource zu erfahren.

Befähigungsorientierte Bewegungskultur

Eine befähigungsorientierte Bewegungskultur setzt somit gleichzeitig bei den Heimbewohnerinnen und -bewohnern und bei den Mitarbeitenden an. Indem die Heimbewohnenden ungenutzte Fähigkeiten entdecken, befähigen sie sich, ihre individuell herausfordernden Alltagsaktivitäten wie aufstehen vom Bett oder Stuhl, Körperpflege, Kleidung und Schuhe an- und ausziehen, gehen, Treppen steigen, in einen Bus ein- und aussteigen, Gewicht tragen, auf den Boden liegen und wieder aufstehen selbständiger und mit wachsendem Vertrauen in die eigenen Bewegungsfähigkeiten zu tun. Gleichzeitig wird der Wille zur Selbständigkeit gestärkt. Für die Mitarbeitenden bedeutet diese Befähigungsorientierung in ihrem Berufsalltag eine Abkehr vom dienstleistungsorientierten Hilfeleistungsparadigma. «State of the art» von Pflege und Betreuung heisst dann: jede unterstützende Interaktion mit einem Heimbewohner so gestalten, dass sie von beiden als wechselseitige Befähigung erfahren wird. Um diesen Paradigmenwechsel in den Heimen herbeizuführen braucht es Bewegungsschulung.

Evaluation einer befähigungsorientierten Bewegungsschulung

Im Rahmen einer von der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern und von Gesundheitsförderung Schweiz mitfinanzierten Studie werden in zehn Alters- und Pflegeheimen des Kantons Bern alltagsorientierte Bewegungsschulungen durchgeführt und deren Auswirkungen evaluiert. Einbezogen werden nicht nur die Heimbewohnerinnen und -bewohner und die Mitarbeitenden: In jedem Heim wird eine Bewegungsgruppe gebildet, bestehend aus ca. sechs Heimbewohnern, vier Mitarbeitenden, vier Angehörigen und Freiwilligen sowie einer Kindergruppe im Vorschulalter. Die Bewegungsschulung erstreckt sich jeweils über 3 bis 4 Monate mit einer Veranstaltung von ca. 1,5 Stunden pro Woche. Die Leitidee lautet «befähigen statt helfen».



Produktivität der Selbstgestaltungs- und Supportgestaltungs-kräfte

Untersucht wird begleitend die Fragestellung, inwiefern eine systematische Bewegungsschulung einerseits die Produktivität der alltagsbezogenen, gesundheitsförderlichen Selbstgestaltungskräfte und Selbstheilungsprozesse von Heimbewohnenden und andererseits die Produktivität der Supportressourcen von Mitarbeitenden sowie Angehörigen und Freiwilligen steigern kann. Letztlich interessiert natürlich auch, ob sich die Schulungen gesundheitsökonomisch positiv auswirken, indem Kosten reduziert werden können. Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen werden jeweils vor Beginn und nach Abschluss der 12-teiligen Schulung mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Gesprächs- und Aktivitätsassessments durchgeführt. Bei den Heimbewohnerinnen und -bewohnern werden zudem gesundheitsrelevante Daten erhoben. Zwischen den Schulungseinheiten wenden die Mitarbeitenden in ihrer alltäglichen Arbeit die Essenzen der einzelnen Veranstaltungen an und erfassen so alltagsrelevante Produktivitätsdaten. Durch einen Vergleich der Assessments sollen Rückschlüsse auf die Wirkung der Bewegungsschulung gezogen werden.

Gemischte Bewegungsgruppe als innovativer Ansatz

Innovativ am Bewegungsmodell ist die Bildung von gemischten Bewegungsgruppen mit Heimbewohnenden, Mitarbeitenden, Angehörigen, Freiwilligen und Kindern im Vorschulalter. Mit dieser Anlage werden verschiedene Zielsetzungen verfolgt, die sich auf alle Beteiligten förderlich auswirken sollen. Zuerst soll erfahrbar gemacht werden – was eigentlich gesellschaftlich normal sein sollte –, dass sich Menschen aus unterschiedlichen Altersgruppen und Lebensformen zu gemeinsamen Themen begegnen und sich austauschen

können. Dadurch soll die fast zwangsläufige Isolierung von Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern aufgebrochen und ihre gesellschaftliche Integration und Partizipation in einem möglichen Rahmen realisiert werden. In den Bewegungsveranstaltungen begegnen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht primär in ihren Rollen als Bewohner, Besucher, Mitarbeiter, Patient, externe Angehörige, Freiwillige oder Kind, sondern als Mensch, weil alle mit dem gleichen Thema beschäftigt sind: dem gemeinsamen Entdecken der eigenen alltagsrelevanten Bewegungsfähigkeiten. Dies soll das gegenseitige Verständnis und die gegenseitige Wertschätzung fördern. Die Befähigung, welche Angehörige und Freiwillige in der Entfaltung ihrer Begleitungs- und Unterstützungspotenziale erfahren, soll sich positiv auf das Lebensverständnis im Heimalltag auswirken. Die Begegnung zwischen Kindern und alten Menschen kann eine wechselseitige Neugier und Freude wecken, die gerade bei alten Menschen unerwartete Bewegungsfähigkeiten freisetzen kann. Im Rahmen der beschriebenen Evaluationsstudie sollen neben der oben beschriebenen Produktivitätszielsetzung auch die Bereiche der Angehörigen- und Freiwilligenarbeit in Heimen sowie der Aspekt der Intergenerativität als förderliche Faktoren für die sinnstiftende Lebensgestaltung, Selbständigkeit und Gesundheit von Heimbewohnerinnen und -bewohnern untersucht werden. Interessant ist letztlich die Fragestellung, wie sich das Altersbild aller Teilnehmenden durch die Schulung verändert. ●

DAS Bewegungsbasierte Altersarbeit

Die nächste Durchführung startet am 1. April 2014.

Informationen und Anmeldung

alter.bfh.ch

Web-Code: D-GER-2

Studienleiter Bernhard Müller berät Sie gerne auch persönlich.
bernhard.mueller@bfh.ch

«Bewegungsbasierte Altersarbeit in bernischen Alters- und Pflegeheimen»

Die Evaluationsstudie läuft von Oktober 2013 bis Mitte 2015. Der Schlussbericht sollte zu diesem Zeitpunkt vorliegen und publiziert werden.

Für weitere Auskünfte wenden Sie sich an:
Bernhard Müller
Projektleiter
bernhard.mueller@bfh.ch

Regine Fankhauser
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
regine.fankhauser@bfh.ch

Telefon +41 31 848 36 70

Weiterbildung

Angebot	Datum	Web-Code
Kurse zum Thema Pflegende Angehörige / Betreuung / Demenz		
Support von Freiwilligen: Grundlagen, Konzepte, Standards und Grenzen der Freiwilligenarbeit [neu]	12. Februar 2014, 8.45–12.15 Uhr 19. März 2014, 8.45–16.45 Uhr	K-A-30
Einführung in die familienzentrierte Pflege und Beratung (Calgary-Modell) [neu]	17./18. März 2014, 8.45–16.45 Uhr	K-A-31
Erfassung der Lebensqualität bei Demenz (H.I.L.DE.)	20. März 2014, 8.45–16.45 Uhr	K-A-10
Familiale Pflegesituationen im Migrationskontext: transkulturelle Supportkompetenz [neu]	9. April 2014, 8.45–16.45 Uhr	K-A-12
Systemisch-ökologischer Beratungsansatz für den Support von pflegenden Angehörigen und Freiwilligen	29./30. April 2014, 8.45–16.45 Uhr	K-A-2
Fachkurse [neu]		
Lebensgestaltung in familiären Betreuungssituationen (Teil 1)	8 Tage, Oktober 2014 bis Juni 2015	K-A-40
Lebensgestaltung in familiären Betreuungssituationen (Teil 2)	9 Tage, November 2014 bis Juni 2015	K-A-41
Support für Angehörige und Freiwillige in Betreuungssituationen (Teil 1)	10 Tage, Januar bis Mai 2015	K-A-42
Support für Angehörige und Freiwillige in Betreuungssituationen (Teil 2)	8 Tage, Dezember 2014 bis Juli 2015	K-A-43
Kurse zu weiteren Themen im Zusammenhang mit Alter/Altern		
Geschlechtsspezifische Fragestellungen im Alter	19./20. Februar 2014, 8.45–16.45 Uhr	K-A-21
Biografiearbeit	21. Februar 2014, 8.45–16.45 Uhr	K-A-20
Logotherapie: Sinnfindung und Endlichkeit [neu]	12. März 2014, 8.45–16.45 Uhr 13. März 2014, 8.45–12.15 Uhr	K-A-37
Weisheit im Alter	13. März 2014, 13.30–16.45 Uhr 14. März 2014, 8.45–16.45 Uhr	K-A-23
Trainingswissenschaft	10./11. April 2014, 8.45–16.45 Uhr	K-A-24
Tagungen, Impulsveranstaltungen		
Kognition und Motorik bei älter werdenden Menschen [neu]	5. März 2014, 8.45–16.45 Uhr	T-A-1
Die innere Erlebniswelt von Menschen mit Demenz	2. Juli 2014, 8.45–16.00 Uhr	T-A-2
Infoveranstaltungen		
Infoveranstaltung Master-, Diploma- und Zertifikatsstudiengänge (in Bern)	3. Februar 2014	IW-A-7
Infoveranstaltung Master-, Diploma- und Zertifikatsstudiengänge (in Bern)	29. April 2014	IW-A-5
Infoveranstaltung Master-, Diploma- und Zertifikatsstudiengänge (in Zürich)	5. Mai 2014	IW-A-6
Vorkurs für Studiengänge des Institut Alters		
Grundlagen des wissenschaftlichen Arbeitens für CAS, DAS und MAS im Institut Alter	11. Februar und 19. März 2014, 8.45–16.45 Uhr	K-GER-47
Certificate of Advanced Studies (CAS)		
CAS Aktives Altern – Selbstständigkeit und Lebensqualität bis ins hohe Alter	April 2014 bis März 2015	C-GER-2
CAS Bewegungs-basierte Lebensgestaltung [neu]	April 2014 bis April 2016	C-A-2
CAS Altern im gesellschaftlichen Kontext [neu]	Juni 2014 bis Januar 2015	C-A-4
CAS Altern – systemisch betrachtet [neu]	Oktober 2014 bis Mai 2015	C-A-3
CAS Pflegende und betreuende Angehörige und Freiwillige unterstützen	Oktober 2014 bis Oktober 2015	C-GER-1
CAS Demenz und Lebensgestaltung – Grundlagen und konzeptionelles Handeln	November 2014 bis November 2015	C-GER-3
CAS Gerontologie als praxisorientierte Wissenschaft [neu]	Januar bis September 2015	C-A-5
Diploma of Advanced Studies (DAS)		
DAS Bewegungs-basierte Altersarbeit	April 2014 bis April 2016	D-GER-2
DAS Angehörigen- und Freiwilligen-Support	Oktober 2014 bis Oktober 2016	D-GER-1
DAS Demenz und Lebensgestaltung	November 2014 bis November 2016	D-GER-3
Master of Advanced Studies (MAS)		
MAS Gerontologie – Altern: Lebensgestaltung 50+ [neu in modularer Form]	Einstiegsmöglichkeit mit jedem CAS	M-GER-1

Aktuelles im Institut Alter

Forschung



Sensibilisierung für sicheres Fahren im Alter

Mit einer breit angelegten Informationskampagne will der Automobilclub der Schweiz Personen über 55 Jahren für sicheres Fahren im Alter sensibilisieren. Im Auftrag des Fonds für Verkehrssicherheit hat das Institut Alter die Pilotkampagne anhand von Fragebogenerhebungen, Fokusgruppen und Einzelinterviews evaluiert. Schwerpunkt war die Erfassung der Selbsteinschätzung und der Bedürfnisse der Kernzielgruppe. Ein Grossteil der befragten Personen will bis ins hohe Alter selber fahren. Sie befürchten jedoch, die eigene Fahrfähigkeit zu überschätzen, was zu einem Risikoverhalten führen kann. Das Bedürfnis nach Weiterbildung im Hinblick auf die Fahrsicherheit im Alter kommt klar zum Ausdruck: Zentrale Inhalte sind dabei neben Tests der Seh- und Hörfähigkeiten die Schulung der Reaktions- und Antizipationsfähigkeit, die körperliche Leistungsfähigkeit, Aufmerksamkeit sowie die Schulung der allgemeinen Fahrfähigkeit (müheloses Manövrieren, Anpassen der Geschwindigkeit). Die Ergebnisse der Evaluation fliessen ein in die Hauptkampagne.

Weiterbildung

Flexibel studieren dank modularer Angebote

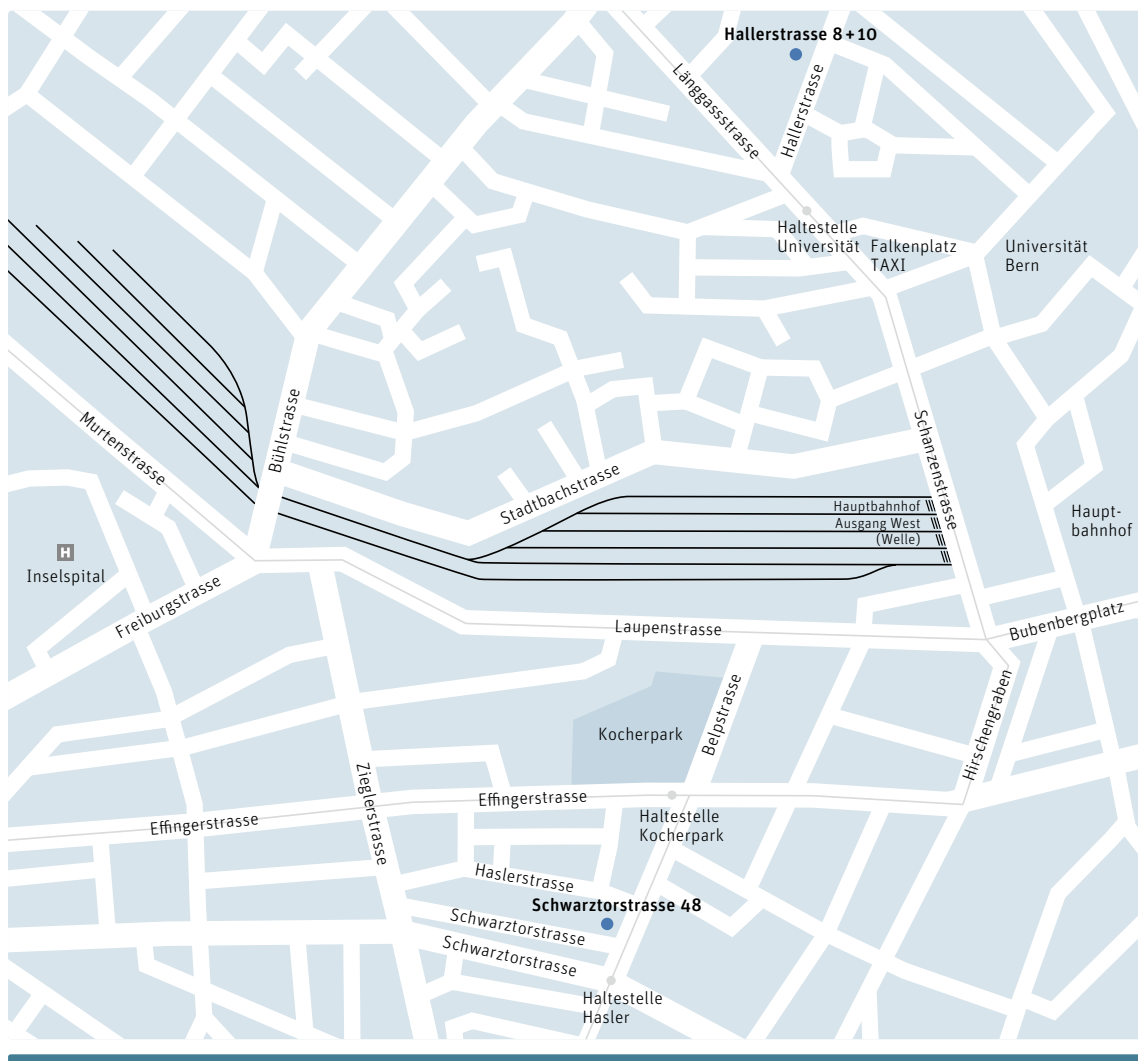
Berufsbegleitend ein Studium zu absolvieren und dabei einen auf die persönliche und berufliche Situation abgestimmten Weg gehen zu können, erfordert modulare und flexible Angebote. Am Institut Alter wurde im vergangenen Jahr insbesondere der MAS Gerontologie – Altern: Lebensgestaltung 50+ modularisiert. Das bedeutet, dass Interessentinnen und Interessenten die CAS-Module aus dem bestehenden Angebot frei auswählen, in beliebiger Reihenfolge zusammenstellen und gegebenenfalls dazwischen auch Studienpausen einplanen können.

Der DAS-Studiengang Angehörigen- und Freiwilligen-Support wird ebenfalls in kleineren Einheiten (Fachkursen mit je 8–10 Tagen) angeboten, die einzeln oder aufeinander aufbauend besucht werden können. Sie ermöglichen einen probeweisen Einstieg ins Thema ebenso wie einen schrittweisen Aufbau hin zu einem CAS oder DAS nach eigenem Rhythmus und Bedarf.

Die Studienleitenden unterstützen die Teilnehmenden bei Bedarf gerne im Zusammenstellen ihres spezifischen Curriculums.

Weitere Informationen unter alter.bfh.ch/weiterbildung

Unsere Standorte



Die Weiterbildungsveranstaltungen finden in der Regel an der Schwarztorstrasse 48 und an der Hallerstrasse 8 und 10 in Bern statt. Bitte beachten Sie die Anzeige beim Eingang.

Berner Fachhochschule

Fachbereich Soziale Arbeit
Hallerstrasse 10
3012 Bern

Telefon +41 31 848 36 00
Fax +41 31 848 36 01

soziale-arbeit@bfh.ch
soziale-arbeit.bfh.ch

Studium

- Bachelor und Master in Sozialer Arbeit

Weiterbildung

- Master, Diploma und Certificate of Advanced Studies
- Kurse
- Betriebsinterne Weiterbildungen

Dienstleistungen

- Evaluationen und Gutachten
- Entwicklung und Beratung
- Bildung und Schulung

Angewandte Forschung und Entwicklung

- Soziale Intervention
- Soziale Organisation
- Soziale Sicherheit
- Sozialisation und Resozialisierung

Kompetenzzentrum Mediation und Konfliktmanagement
Kompetenzzentrum Qualitätsmanagement